



## Inhalt

Kommt die Wende nach der Wende der Wende? _____	1
Von der Täuschung zur Enttäuschung _____	2
Interview mit Ministerin Dr. Regine Hildebrandt _____	4
„Meine Identität als Bundesbürgerin greift noch nicht tief“ _____	7
Die Geschichte eines Briefes _____	9
Die Richtlinien zur Förderung von Schwangerenberatungsstellen in den neuen Ländern _____	10
28 Jahre „Ehe und Familie“ _____	12
Die neuen Landesverbände _____	13
Kontakte und Freundschaften schon seit Anfang 1990 _____	17
Pro Familia kenn doch jeder! (?) _____	17
Rostocker Tagung der Gesellschaft „Ehe und Familie“ _____	19
Wie sagen wir es den Schulkindern? _____	20
Statement zur Sexualpädagogik _____	20
Psychotherapeuten in Ostdeutschland bängen um die Zukunft _____	21
Buchbesprechungen _____	22
Skandal um Sexualerziehung _____	27
Veranstaltungen, Termine _____	27

## Pro Familia Informationen

Die Praxis des § 218 – eine „de facto-Fristenregelung“ _____	29
IPPF-Zentralrat geht in die Offensive _____	30
Fortbildung der Familienplanungszentren _____	31
Adressen der Landesverbände _____	31
Kinderlosigkeit und Fortpflanzungsmedizin _____	32
Zwei Jubiläen hat unser Magazin in diesen Wochen _____	33

## Impressum

pro familia magazin Sexualpädagogik und Familienplanung  
Heft 2/91, 19. Jahrgang

ISSN 0175-2960

**Herausgeber:** Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V., Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt a. Main 1, Telefon (069) 550901.

**Redaktion** (Anschriß siehe Verlag): Jürgen Heinrichs, Gerd J. Holtzmeier (verantwortlich), Ruth Kuntz-Brunner, Inge Nordhoff.

**Verlag:** Gerd J. Holtzmeier, Verlag, Weizenbleek 77, W-3300 Braunschweig, Telefon (0531) 320281 Fax (0531) 302219 Postgiro: Hannover 383811-307

**Satz:** Fotosatz Meinecke 3341 Groß Denke

**Druck:** RGG-Druck 3300 Braunschweig

**Vertrieb:** siehe Verlag  
Anzeigen an den Verlag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste 1990.

Stellenanzeigen nur an: Ring u. Simon, Alt Fechenheim 87, 6000 Frankfurt 61.

**Bezugspreis:** Im Abonnement DM 6,50 pro Heft (Ausland DM 7,-) einschließlich Versandkosten und MwSt. Ein Einzelheft kostet 6,50 DM zuzüglich Versandkosten.

**Bezugsbedingungen:** Das Abonnement erstreckt sich über ein Kalenderjahr. Es verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, wenn es nicht bis zum 30. September eines jeden Jahres gekündigt wird. Das Jahresabonnement wird im Januar in Rechnung gestellt, Neu-Abos im laufenden Jahr bei Zustellung des ersten Heftes.

Für Mitglieder der Pro Familia ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Erscheinungsweise:** 6 × jährlich (jeweils bis Mitte Januar, März, Mai, Juli, September und November).

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Zu diesem Heft

Im Spätsommer 1990 schlug ich der Redaktion vor, ein *pro familia* magazin ganz unter das Thema „Familienplanung im geeinten Deutschland“ zu stellen. Ein Grund dafür war mehr emotional, verursacht durch Begegnungen mit in der Familienplanungsarbeit Aktiven aus der DDR zum Beispiel während der Pro-Familia-Versammlung in Königswinter, der Tagung des Landesverbandes Niedersachsen „Sexualität BRD/DDR im Vergleich“ sowie bei vielen einzelnen Gesprächen. Hinzu kam ein weiterer, nüchterner Grund: *Pro Familia* und die DDR-Gesellschaft „Ehe und Familie“ führten erste Fusionsgespräche.

Die endgültige Entstehungsphase fiel dann in den Zeitraum nach dem Beitritt der früheren DDR zur früheren BRD. Zusammen mit den beiden Ausschüssen im Fachgebiet Information und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband tagte die Redaktion wenige Tage nach dem Zusammenschluß der beiden Staaten. Dort wurde dann in großer Übereinstimmung befürwortet, dieses Heft unter das vorgesehene Motto zu stellen. Dabei war sich die Redaktion bewußt, daß die Beiträge in diesem Heft überwiegend nur eine Zeitspanne widerspiegeln, keine endgültigen Fakten vorlegen können. So gab es denn auch in der Redaktion die Meinung, mit einem solchen Heft abzuwarten, bis genau feststeht, was aus der Fusion von *Pro Familia* und „Ehe und Familie“ und aus der im Einigungsvertrag vorgesehenen einheitlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wird.

Andererseits wurden aus dem Verband immer wieder Wünsche laut, vor der Fusion mehr zu erfahren – und es mehrten sich Anfragen aus den neuen Bundesländern. So erscheint das Heft also nun doch zu diesem Zeitpunkt. Die Fusion zwischen *Pro Familia* und „Ehe und Familie“ ist noch nicht ganz vollzogen, die Regierungsparteien haben in ihren Koalitionsverhandlungen nach dem 2. Dezember das Thema Schwangerschaftsabbruch fast ausgeklammert und vertagt.

Bei den Vorbereitungsgesprächen zu diesem Heft mit Frauen und Männern in beiden Teilen Deutschlands ist mir deutlich geworden, daß simple Vereinigungsparolen nicht greifen. Nicht zwei Staatsgebilde taten sich zusammen, sondern fast 80 Millionen Individuen sehen sich vor die schwere Aufgabe gestellt, zueinander zu finden, wobei bei vielen Westlern der irrije Glaube zu herrschen scheint, die „Neuen aus dem Osten“ hätten sich anzupassen. Mehrere Beiträge in diesem Heft machen deutlich, daß es offenbar nach wie vor eine Mauer gibt, wenn auch nicht aus Stein. Diese Mauer wird von denen schmerzlicher empfunden, die lange unter der steinernen Mauer mehr gelitten haben als die, die sie nur von der Westseite kannten. Der Beitrag der Magdeburger Bibliothekarin Ute Schildt (Seite 7) eröffnet uns hierzu besonders eindringlich den Schmerz, die Zerrissenheit, die Verluste, die Frauen in den neuen Bundesländern erfahren. Erfreut sind wir daher, daß wir eine mutmachende mutige Frau, die brandenburgische Ministerin Dr. Regine Hildebrandt für ein Interview gewinnen konnten (Seite 4).

Dieses Heft schildert also im wesentlichen eine Übergangszeit, die aber sicher noch andauern wird. Insofern sind die Beiträge keine „Eintagsfliegen“, sondern ein Zeitdokument. Hinzu kommen Informationen, die in beiden Teilen des Landes für in der Familienplanung Aktive wichtig sind: Die Struktur des Bundesverbandes *Pro Familia* wird ebenso dargestellt (Seite 17) wie die Gesellschaft „Ehe und Familie“ mit ihrer eigenen Geschichte und den neuen Landesverbänden (ab Seite 12), die ja möglicherweise schon bald dem Bundesverband der *Pro Familia* angehören.

Gerd J. Holtzmeier



# Kommt die Wende nach der Wende der Wende?

## Familienplanungsarbeit als Marginalie im Strudel der Vereinigungsfolgen

Gerd J. Holtzmeyer

Die ersten Wochen des Jahres 1991 machen von Tag zu Tag deutlicher, was der Eini-gungsvertrag wirklich beinhaltet. Der 1. Januar war für viele, auch in der Familienplanungsarbeit, ein gravierender Stichtag. Bis dahin nämlich mußte das begonnen werden, was im Vertrag „Abwicklung“ benannt wird: Zahlreiche Einrichtungen sollten bis dahin zu neuen Ufern geführt werden, teilweise mit neuen Übergangsfristen. Wo das nicht gelang, bedeutet „Abwicklung“ Schließung und Entlassung. Bereits im Dezember meldeten Mitarbeiter aus früheren Familienplanungs-, Partnerschafts- und Sexualberatungsstellen ihre Entlassungen aus diesen staatlichen Einrichtungen, weil die „Abwicklung“ nicht geklappt hatte. Andere befinden sich nun in der „Warteschleife“ (amtlicher Begriff). Das bedeutet, daß die „Abwicklung abgefedert“ wird. Die Beschäftigten sind nicht sofort arbeitslos, sondern ihnen wird eine Frist bis Mitte 1991 gewährt (mit 70 Prozent des letzten Einkommens). Hat die „Abwicklung“ dann nicht geklappt, beginnt die Arbeitslosigkeit. Dieser Mechanismus gilt natürlich nicht nur für in der Familienplanungsarbeit Aktive, sondern für Millionen von Arbeitnehmern, zumal die Gewerkschaften mit den noch nicht privatisierten Betrieben ähnliche „Warteschleifen“ vereinbart haben.

Diese Form des Übergangs in die Marktwirtschaft führt zu Unruhe, die Demonstrationen der Studenten und Streiks beweisen das.

Warum kommt die Unruhe erst jetzt? Warum haben die früheren DDR-Bewohner nicht 1990 reagiert, sondern „gegen ihre eigenen Interessen gewählt“ (Brandenburgs Bildungsministerin Birthel)? Es gab Dringenderes zu tun. Nahezu atemlos galt es, bis Ende 1990 die richtige Krankenkasse zu wählen, die Lohnsteuerkarte als Novum auszufüllen, Sozialhilfe zu beantragen und dann auch noch mit dem Überangebot von Waren fertigzuwerden.

Und das alles unter der hemmungslosen Propaganda-Kampagne vieler Westmedien und -politiker, die kein gutes Haar an dem ließen, was 40 Jahre zwischen Elbe und Oder geschah. Ein geschickteres Einflößen von Minderwertigkeitskomplexen gab es bisher wohl noch nie.

*Während der Recherchen zu diesem Heft wurden, vor allem in den letzten Wochen und Tagen vor Redaktionsschluß, Konsequenzen aus dem politischen Eiltempo des Jahres 1990 deutlich, die Familienplanungsarbeit fast zu einer Marginalie im Strudel der Vereinigungsfolgen werden lassen. Konsequenzen, die vor allem die Betroffenen in den neuen Ländern manchmal brutal treffen, weil aus dem Text des Eini-gungsvertrages Alltag wird. Nachdem die begeisternde Wende vom Herbst 1989 Mitte 1990 abgelöst wurde von einer Kehrtwendung, die vielen wie eine Unterwerfung vorkam, scheint sich in den vergangenen Wochen eine Wende nach der Wende der Wende anzubahnen. In den fünf neuen Ländern bro-delt es erneut. Den Ursachen wird in diesem Beitrag nachgegangen, der scheinbar eine Allgemeinbetrachtung ist, aber notwendig ist für das Verständnis des Umfeldes, in dem derzeit in den Ländern der früheren DDR auch Familienplanungsarbeit sich voll-zieht.*

Kein Wunder, daß Fragen der Familienplanung zu einer Nebensächlichkeit wurden. In vielen Gesprächen vor allem mit Frauen in den neuen Ländern wurde Unverständnis darüber deutlich, weshalb die Frage des § 218 StGB eine zentrale im Wahlkampf wurde, gilt doch in der bisherigen DDR die Fristenregelung weiter. Selbst bei denen, die in der früheren DDR Familienplanungsarbeit geleistet haben, wußte man zunächst nichts mit der großangelegten Kampagne zur Einführung eines „flächen-deckenden Beratungsnetzes“ anzufangen. Viele fragten sich, was dieses Netz in einem Gebiet soll, in dem es keine Zwangsbera-tung gibt.

Doch inzwischen wird immer deutlicher, daß es doch lohnt, sich mit diesem Konzept zu befassen. Nicht nur, weil staatliche Beratungsstellen abgeschafft werden und man seinem Beruf künftig nur noch in Einrich-tungen freier Träger nachgehen kann. Man-

chen dämmt auch, daß die neuen Bera-tungsstellen die Vorhut einer Zwangsbera-tung werden könnten. Zwiespalt kommt auf. Sicher braucht es Beratungsstellen für freiwillige Beratung, andererseits sind es gerade kirchliche Stellen, darunter für eine Diaspora auffällig viele katholische, die die Mittel für die neuen Beratungsstellen in Anspruch nehmen. Der ungewohnte Umgang mit Bewilligungsanträgen läßt sich mit Helfern aus den westlichen Diözesen besser bewältigen. Pro Familia wird auf allen Ebenen um Hilfe gebeten; die Schwesterorganisa-tion „Ehe und Familie“, in der zwar in Bera-tung Aktive Mitglieder sind, die aber nie freie Trägerin von Beratungsstellen war, strebt nicht ohne Grund eine Kooperation mit Pro Familia an.

Wer in 40 Jahren die Allgegenwärtigkeit des Staates erlebt hat, tut sich schwer, etwas in freier Trägerschaft zu gründen. Und das mitten in der „Abwicklungsphase“. Die Redaktion hat denn auch Absagen von Frauen und Männern bekommen, die eigentlich für dieses Heft Beiträge beisteuern wollten. Betroffen macht folgende Begründung:

*Da ich in einer Hochschulklinik angestellt bin, könnte ich zu diesem Thema nicht schreiben, ohne den Standpunkt mit der Klinikleitung abgestimmt zu haben. Ich sehe da inhaltlich keine allzugroßen Probleme, aber es würde Zeit kosten und mich irgendwie einengen im subjektiven Zugang. Ich habe bisher nur destruktive Diskussionen zu diesem Thema (Schwangerschaftsabbruch in der DDR. Die Redaktion) erlebt . . . Auch innerhalb der Ärzteschaft, die bis zum Sommer 1990 relativ geschlossen zur Fristenlösung stand, sind die Konservativen im Vormarsch – und das unter dem Motto „Wir hatten schon immer Gewissensbisse bei Abbrüchen, wurden aber gezwungen“. Als Nicht-Arzt zu diesem Punkt Stellung zu nehmen, der jetzt auch zu alten Rache- und Machtgeschichten genutzt wird, wäre zur Zeit ein Sprung in den Abgrund. Ich eigne mich nicht für Lager und habe sowohl mit diesen ärztlichen Spießbürgern als auch mit den westlichen Feministinnen (wo zum Teil auch mit ungeheurer Aggressivität um meines Erachtens oft nichtige Inhalte gefightet wird) meine Schwierigkeiten. Inhalte, um die es*

*mir geht, werden momentan gern überhört. Daher habe ich Scheu vor diesem Kraftakt . . . und scheue mich momentan vor so bittersten Gedanken und Formulierungen.*

Diese Absage bedeutet doch – richtig interpretiert –, daß trotz Einzug des Grundgesetzes mit Meinungsfreiheit vieles beim alten geblieben ist. Statt Angst vor dem Staat jetzt Angst um den Arbeitsplatz – und davor schützt der neue Staat nicht. Kohls These „Keinem wird es schlechter gehen als vorher“ bewahrheitet sich hier besonders makaber, er hätte auch hinzufügen können „ . . . aber auch nicht besser“.

Dazu paßt auch ein Bericht aus der Weihnachtsausgabe der Magdeburger Allgemeinen, in dem geschildert wird, wie in einem ehemaligen Stasi-Gefängnis mit 50 Betten für Obdachlose, Alkoholiker und Stadtstreicher auf engstem Raum nun auch Frauen gewalttätiger Männer hausen. Für Anfang 1991 wurde ein Haus mit weiteren 50 Betten als Frauenhaus angekündigt. Die in der DDR bis dahin ungewohnte Arbeitslosigkeit führt zu Familiendramen, denen sich Frauen mit ihren Kindern nur durch die Flucht entziehen können.

Das Frühjahr 1991 wird unruhig in den neuen Ländern. Die Frauen und Männer in der ehemaligen DDR kommen nicht zur Ruhe. Da helfen auch nicht die jubelnden Umsatzmeldungen westlicher Handelsketten, Versicherungen, Banken und Unternehmen, die kaum etwas mehr fürchten als die Zerschlagung der alten „Seilschaften“, mit denen sich so prächtig Geschäfte „abwickeln“ lassen. Schon längst sind viele der Seilschaften per Geschäftsführerverträge verknotet mit den neuen „Herren“ aus dem Westen.

Man braucht sich dabei nicht auf PDS-Chef Gregor Gysi zu berufen, der Ende Januar mit drohendem Unterton prophezeite, die Bevölkerung in der ehemaligen DDR werde nicht länger widerstandslos hinnehmen, daß sie von Westlern wie von „Kriegsgewinnlern“ behandelt werden.

Der jeglicher Zweckpropaganda sicher unverdächtigere sächsische Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), charakterisierte in einer Fernsehsendung die Lage schlichter: Auf die Frage, ob die Politiker im Westen möglicherweise gar nicht wüßten, wie es den Menschen in der ehemaligen DDR wirklich gehe, kam von ihm ein einfaches „Ja“.

Wenn solche Unkenntnis Politikern zugebraut wird, dann darf nicht wundern, wenn die westdeutsche Bevölkerung nahezu ahnungslos ist. Die Frauen und Männer in den neuen Ländern sind sicher noch für viele Überraschungen gut. Blicke zu hoffen, daß es ihnen gelingt, die Westbürger aufzurütteln.

# Von der Täuschung zur Enttäuschung

## Familienplanungsarbeit im geeinten Deutschland vor neuen Herausforderungen

*„Die sich nun artikulierenden Freiheitssehnsüchte osteuropäischer Frauen und Männer haben einen weiteren bemerkenswerten Sachverhalt zu Tage gefördert: Je größer die Täuschung, um so dramatischer die kaum zu bewältigende Enttäuschung“*

Elke Thoß im Jahresbericht 1989 des Bundesverbandes

Der Pro-Familia-Jahresbericht 1989 entstand, als in der damaligen DDR noch nicht absehbar war, daß der Sturz des SED-Regimes schon ein Jahr später in einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland münden würde. Und Elke Thoß hat recht behalten: Viele Frauen und Männer in den fünf ostdeutschen Ländern fühlen sich getäuscht. Daß ihre Enttäuschung sich nicht anders artikuliert als in den Wahlergebnissen des Jahres 1990, mag vielen unverständlich sein. Was sich 1990 in der früheren DDR abgespielt hat, war eine Einnebelung, war ein sich gegenseitiges Hochschaukeln von Hoffnungen und Emotionen zwischen den Mächtigen am Rhein und einer Bevölkerung, für die eine 40 Jahre währende Welt zusammengebrochen war; mehr noch: der sie selbst ein Ende gesetzt hat. Die Brüder und Schwestern im reichen Westen ließen ihnen keine Zeit, zur Besinnung zu kommen.

Der Beitrag von Elke Thoß unter der Überschrift „Zeitläufe“ hat in seinen Aussagen zu den Veränderungen in Ost-Europa (sie hat damals der DDR noch keine Sonderrolle zurechnen können) noch heute Gültigkeit:

*„Daß das Lokale nicht vom Globalen zu trennen sei und umgekehrt, diese wohlfeile Rhetorik aus dem UN-System hat 1989 unerwartet an neuer Bedeutung und neuem Gehalt gewonnen.“*

*Barock, gigantisch, bunt und futuristisch inszeniert Frankreich die Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution. Das mediale Kunstwerk Revolution wird gleichermaßen in Anwesenheit von Frauen und Männern der ausgebeuteten wie der ausbeutenden Welt gefeiert.*

*Ein wenig zeitversetzt stellen Frauen und Männer Osteuropas die Verhältnisse ihrer Länder auf den Kopf. Monolithische Partei- und Staatsapparate lösen sich auf. Auch diese Ereignisse finden nahezu ungeteilte Zustimmung. Die Forderung nach Autonomie und Selbstbestimmung scheint sich weltweit durchsetzen zu wollen . . .“*

*„ . . . Die Aufbrüche in Osteuropa haben nicht nur die Frauenfrage, sondern auch die Frage nach der Lebensnähe und Menschlichkeit von Institutionen neu aufgeworfen. Dabei geht es nicht um die generelle Abschaffung von Institutionen – auch Pro Familia würde dies nicht wollen –, sondern darum, wie Institutionen angesichts autonomeren Handelns von Menschen sich zu verändern*

## Koalition noch ohne Konzept

Die Regierungskoalition aus CDU, FDP und CSU hat in ihren Vereinbarungen die Frage ausgeklammert, wie eine Neuregelung der Regelungen des Schwangerschaftsabbruchs aussehen soll. Laut Einigungsvertrag soll bis Ende 1992 in Deutschland eine einheitliche Regelung erarbeitet werden. In den Koalitionsvereinbarungen steht denn auch lediglich folgende Passage:

*„Bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches und somit auch der Beratung beteiligt sich der Bund auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung an der Finanzierung der Beratungsstellen in den neuen Bundesländern. Die Beratung wird in den alten Bundesländern entsprechend den Länderregelungen bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches fortgeführt. In diesem Zusammenhang verweist die CSU auf die Unverzichtbarkeit des Bestandsschutzes des bayerischen Beratungsgesetzes auch bei einer Neuregelung.“*



haben.

Die bekannten Forderungen nach mehr Durchsichtigkeit von und Mitgestaltung in Institutionen müssen sicherlich immer wieder auf ihren Realisierungsgehalt überprüft werden. Die sich nun artikulierenden Freiheitssehnsüchte osteuropäischer Frauen und Männer haben einen weiteren bedenkenwerten Sachverhalt zu Tage gefördert: Je größer die Täuschung, um so dramatischer die kaum zu bewältigende Enttäuschung . . .“

Nun also, im Jahre 1991 und sicher auch in kommenden Jahren, heißt es, mit der neuen Lage fertig zu werden. Das gilt nicht nur für die neuen Bundesbürger, sondern ebenso für die bisherigen. Ein Zurück zu den Ansätzen vom Frühjahr 1990 gibt es nicht.

Die Entwicklung hat auch nicht vor der Familienplanungsarbeit halt gemacht. Damit ist Pro Familia als Verband gefordert. Es gilt, die Positionen der vergangenen Jahre mit noch mehr Nachdruck zu vertreten und dabei zu versuchen, die Hoffnungen vieler Enttäuschter in die Verbandspolitik zu integrieren. Das geht nicht mit Proklamationen, das ist harte Alltagsarbeit. Es ist zu erwarten, daß es schon in den nächsten Monaten, wenn nicht gar Wochen, Anträge von Landesverbänden in den neuen Bundesländern auf Aufnahme in den Bundesverband geben wird.

Diesen Anträgen wird sich der Bundesverband nicht verschließen können, muß möglicherweise die Kriterien für die Aufnahme von Landesverbänden neu interpretieren. Denn die möglichen neuen Landesverbände werden von Frauen und Männern getragen, für die Familienplanungsarbeit anders war als in den Ländern der früheren Bundesrepublik. Der gravierendste Unter-

schied: Der Kampf um die Abschaffung des § 218 war in der DDR kein Thema gewesen, dort gibt es seit Jahren die Fristenregelung. Daraus ergibt sich, daß dennoch vorhandener Beratungsbedarf anders anzugehen ist als die Zwangsberatung in der früheren Bundesrepublik.

Ohne Zweifel werden die möglichen neuen Mitglieder den Kampf der Pro Familia für die Abschaffung des § 218 mittragen. Es gilt, Beratungsinhalte zu diskutieren.

Bis spätestens Ende 1992 wird die Diskussion, wie der Schwangerschaftsabbruch rechtlich neu zu regeln ist, vorherrschen. Nach wie vor gibt es mindestens 5 verschiedene Strömungen in den politischen Strömungen:

1. Verschärfung des jetzigen § 218 mit Gültigkeit in der gesamten Bundesrepublik („Lebensschützer“ vor allem im konservativen Lager)
2. Beibehaltung des jetzigen § 218 mit Gültigkeit in der gesamten Bundesrepublik (Teile des konservativen Lagers)
3. Fristenregelung mit Zwangsberatung (wird in allen Parteien diskutiert, besonders von der FDP favorisiert)
4. Fristenregelung mit freiwilliger Beratung (wird in allen Parteien diskutiert, von der SPD und Teilen der Ost-CDU favorisiert)
5. Völlige Abschaffung einer gesetzlichen Regelung (Grüne/Bündnis 90, PDS, teilweise auch in der SPD).

Ob die neue Bundesregierung und die sie tragenden Parteien zu einer wirklichen Liberalisierung bereit sind und wie diese aussehen wird, hängt nicht zuletzt von der außerparlamentarischen Einflußnahme ab, Pro Familia eingeschlossen.

Sollte die Zwangsberatung wegfallen, wird es sicher weiterhin Beratungsbedarf geben, auch Schwangerschaftskonfliktberatung. Stärker in den Mittelpunkt würden dann Verhütungs- und sexualpädagogische Beratung stehen. Zunehmen dürfte auch die Beratung bei Kinderwunsch; nicht zuletzt angesichts der vor allem bei Männern dramatisch zunehmenden Fertilitätsstörungen (erinnert sei an den von Jürgen Heinrich geprägten Begriff „Sexualökologie“). In wieweit bei einer Liberalisierung der Abbruch-Praxis medizinische Einrichtungen bei Pro Familia vorgehalten werden müssen, bleibt abzuwarten.

Ganz gleich, welche Rahmenbedingungen die Politik für den Schwangerschaftsabbruch schafft: die Familienplanungsarbeit im geeinten Deutschland steht vor neuen Aufgaben und Herausforderungen, wobei zu einem geeinten Deutschland sicher auch Migranten gehören. Gerd J. Holtzmeier

## Die Dokumente in diesem Buch reichen weit über die Zeit der Memminger Prozesse hinaus und gewinnen im geeinten Deutschland eine besonders aktuelle Dimension!



### MEMMINGEN: ABTREIBUNG VOR GERICHT

Der „Prozeß von Memmingen“ gegen über 100 Frauen und den Frauenarzt Dr. Theissen ist längst nicht „abgehakt“. Noch steht das Revisionsverfahren aus. Die in diesem Band dokumentierten Texte aus den Prozessen sowie aus zahlreichen Stellungnahmen werden noch lange aktuell bleiben, denn Memmingen bleibt das Synonym für ein mißlungenes Gesetzeswerk (§218) und seine Folgen. In den bevorstehenden Diskussionen um eine neue „gesamtdeutsche“ Regelung werden die Dokumente in diesem Buch eine gewichtige Rolle spielen.

Elke Kügler hat die Dokumente zusammengestellt. Das Buch wurde herausgegeben von Pro Familia zusammen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Das Einkaufszentrum für öffentliche Bibliotheken empfiehlt nicht ohne Grund: „Die Dokumentation der Memminger Ereignisse sollte jede öffentliche Bibliothek bereitstellen“.

Broschur 200 Seiten  
ISBN 3-923722-36-2 DM 20,—

**Gerd J. Holtzmeier Verlag**

## Urteil erst 1992

**do. Karlsruhe**  
Mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) über die Normenkontrollklage Bayerns gegen die Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen im § 218 des Strafgesetzbuchs ist erst 1992 zu rechnen. Nach Auskunft des Vorsitzenden des zuständigen Zweiten Senats, Ernst Gottfried Mahrenholz, werde die Klage „zügig bearbeitet“. Die Fristen zur Stellungnahme betroffener Institutionen seien jedoch noch nicht abgelaufen. Der Senat habe außerdem Erhebungen über die Praxis der Beratungsstellen in den Ländern veranlaßt, die noch nicht abgeschlossen seien. Mit einer mündlichen Verhandlung über die Klage sei nicht vor Anfang 1992 zu rechnen. Mahrenholz wies Vermutungen zurück, das Gericht warte auf den Gesetzgeber, der eine Neuregelung des Paragraphen 218 beabsichtigt.

Hannoversche Allgemeine, 4.2.91

# „Wir müssen viel Geduld miteinander haben“

Interview mit Dr. Regine Hildebrandt,  
Ministerin in Brandenburg für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

*pro familia magazin:* Frau Ministerin, Sie haben unseren Interview-Wunsch spontan akzeptiert, obgleich Ihr Terminkalender übervoll ist. Kann man daraus schließen, daß Ihnen der Verband *Pro Familia* wichtig ist?

*Hildebrandt:* Na klar – vor allem die Zielsetzung.

*pro familia magazin:* Man hört immer wieder, daß vor allem Frauen die Folgen des Wechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft zu spüren bekommen. Wo liegen denn die Verschlechterungen?

„Erschreckend ist, wie schnell sich das Rollenbild wandelt“

*Hildebrandt:* Vordergründig bei den bekannten Dingen: Kinderkrippen und Kindergärten sind in ihrem Weiterbestand gefährdet; die Möglichkeit, zuhause zu bleiben, wenn ein Kind krank ist, ist auf fünf Tage im Jahr reduziert (Anpassung an den Westen – früher gab es solche Fristen nicht). Und dann natürlich die Arbeitslosigkeit!

Aber das ist ja alles noch viel tiefgreifender, und das können viele im Westen offenbar schwer nachvollziehen. 90 Prozent der Frauen in der früheren DDR standen im Berufsleben. Das hatte zur Folge, daß Frauen und Männer es tatsächlich verinnerlicht hatten, ihre Aufgaben in Beruf und Familie gleichberechtigt teilen zu müssen. Natürlich haben die Frauen die Doppelbelastung mehr zu tragen als Männer, aber im Bewußtsein der Bevölkerung war die Gleichberechtigung vorhanden, nicht nur in der Theorie.

Und nun kommt das Schlimme: Die Welle der Arbeitslosigkeit trifft Frauen stärker als Männer. Erschreckend für mich ist, daß nun das Rollenbild aus dem Westen um sich greift: Die Frau ist es, die die Familienarbeit zu leisten hat. Das kratzt am Selbstbewußtsein.

*Schon als Mitglied der ersten frei gewählten Regierung der DDR fiel Dr. Regine Hildebrandt durch ihre leidenschaftlichen und temperamentvollen Warnungen vor den sozialen Folgen einer nicht sorgfältig vorbereiteten und überstürzten Wirtschaftseinheit auf. Das macht sie populär bei den einen, das brachte ihr Kritik bei anderen ein. Die Warnungen der Sozialdemokratin und praktizierenden Christin wurden überhört – nun ist sie seit Dezember 1990 dabei, in Brandenburg mit den Folgen fertigzuwerden. Im Kabinett Stolpe übernahm sie das schwere Ressort für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Inge Nordhoff und Gerd J. Holtzmeyer unterhielten sich mit der engagierten Politikerin in ihrem Potsdamer Amtszimmer.*

*pro familia magazin:* Gehört dazu auch, daß Frauen nun in die ungewohnte Rolle geraten, materiell vom Mann abhängig zu sein?

*Hildebrandt:* Natürlich, und das ist ein ziemlicher Schock. Viele Frauen wußten, daß sie notfalls von ihrem Einkommen allein mit den Kindern leben konnten. Die hohe Scheidungsrate und die hohe Zahl Alleinerziehender belegt das. Diese Zusammenhänge kapierten viele im Westen nicht, auch nicht im politischen Bereich, aus dem nun ganz merkwürdige Interpretationen kommen. Das Schlimmste, was ich im Behördenstil zu hören bekam, war folgende Formulierung: „... verstärkte Erwerbsneigung der Frauen im Beitrittsgebiet“. Was heißt hier Erwerbsneigung? Erwerbstätigkeit war etwas völlig Selbstverständliches in der früheren DDR (der Begriff „Beitrittsgebiet“ ist ja auch so eine merkwürdige Wortschöpfung).

*pro familia magazin:* Kommen wir nun zum heißdiskutierten Thema Schwangerschaftsabbruch. Wie stehen Sie als engagierte Christin dazu?

*Hildebrandt:* Also: Für mich ist jeder Abbruch einer zu viel. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, daß Frauen nicht in Situationen geraten, einen Abbruch vornehmen lassen zu müssen. Die im Vergleich zur früheren Bundesrepublik niedrigeren Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen in der DDR müßten ja zu denken geben. Und was geschieht zur Zeit? Genau das Gegenteil: Die Arbeitsmarktlage schafft Zukunftsängste; die unsichere Weiterführung von Krippen und Kindergärten, damit die Angst um den Arbeitsplatz, haben zu einem Anstieg der Abbruchzahlen führt. Wir in Brandenburg setzen alles daran, den Kommunen und anderen Trägern zu helfen, die Einrichtungen für Kinder zu erhalten, wenn sich die Arbeitsmarktlage mal gebessert hat. Und noch etwas: Seit dem 1. Januar müssen Frauen Verhütungsmittel selbst bezahlen, weil das im Westen ja auch so ist. Früher gab es sie kostenlos. Wir in Brandenburg zahlen die Verhütungsmittel (außer Kondomen) nun aus dem Landesetat. Ich befürchte, daß durch eine plötzliche volle Kostenbeteiligung ungewollte Schwangerschaften und damit auch Abbrüche zunehmen. Leider machen die anderen Länder nicht mit.

„Fristenregelung – das ist für mich keine Frage“

*pro familia magazin:* Die neue Koalition in Bonn hat ja in ihren Vereinbarungen ausgeklammert, wie eine gesamtdeutsche Abbruch-Regelung aussehen soll. Laut Einigungsvertrag soll das aber bis Ende 1992 erledigt sein. Dann soll es nicht mehr so sein, daß in den östlichen Ländern die Fristenlösung und in den westlichen der § 218 StGB weiter gilt. Mehrere Modelle werden derzeit heiß diskutiert ...

*Hildebrandt:* Da gibt es nur die Fristenregelung – das ist für mich keine Frage. Daß die gekippt werden könnte, ist für mich ein Unding.



*pro familia magazin:* Obwohl Sie vorhin sagten, jeder Abbruch sei einer zuviel?

*Hildebrandt:* Jeder ist einer zuviel, aber es ist doch keine Frage, daß der Abbruch als Möglichkeit der Entscheidung zur Verfügung stehen muß.

*pro familia magazin:* Können Sie das nochmal genauer begründen?

*Hildebrandt:* Da bleibt doch die Frage: Was ist die Alternative? Ich möchte keine Schwangerschaftsabbrüche, aber noch weniger will ich, daß Kinder zur Welt kommen, für deren Existenz keine vernünftigen Voraussetzungen von Anfang an gegeben sind.

*pro familia magazin:* Aber kann das nicht über das Indikationsmodell auch erreicht werden?

### „Die Indikationsregelung ist doch eine ganz unaufrichtige Sache“

*Hildebrandt:* Also, wissen Sie: Die Indikationsregelung ist doch eine ganz unaufrichtige Sache. Jede Frau überlegt sich dann, unter welchen Bedingungen welche Indikation gegeben sein könnte und „fummelt“ ihr Schicksal dann so hin, daß es paßt. Dies ist für mich ein Ding der Unmöglichkeit, geradezu eine Erziehung zur Unehrllichkeit, zur Konstruktion von Sachverhalten, damit man einen bestimmten Zweck erreicht. Der Schwangerschaftsabbruch muß eine verantwortliche ehrliche Entscheidung sein. Ich muß der Frau zubilligen, daß sie allein die Möglichkeit hat, für sich zu entscheiden. Und das tut doch keine leichtfertige.

*pro familia magazin:* Wie sehen denn Ihre Hoffnungen aus, wie der Streit ausgehen wird?

*Hildebrandt:* Als Optimistin bin ich der Überzeugung, daß die Fristenregelung sich durchsetzt. Es geht auch gar nicht anders. Die Praxis zeigt doch, daß in den Ländern, in denen es harte Regelungen gibt, nicht weniger Schwangerschaften abgebrochen werden, aber mit größeren Risiken.

*pro familia magazin:* War in der früheren DDR die Zahl der Abbrüche aufgrund der Fristenregelung höher?

*Hildebrandt:* Nein, im Gegenteil! Das läßt sich belegen: In der früheren DDR gab es sogar weniger Abbrüche als im Westen, wenn man dort die Dunkelziffer berücksichtigt.

*pro familia magazin:* Könnten Sie sich mit dem Kompromiß abfinden, der da lautet: Fristenregelung mit Zwangsberatung?

*Hildebrandt:* Für Beratung bin ich im Prinzip. Aber in dem Moment, wo sie er-



Dr. Regine Hildebrandt (rechts) im Gespräch mit Inge Nordhoff und Gerd J. Holtzmeyer.

Foto: Joachim

zwungen wird, muß man sich überlegen, ob man dieses Vorgehen überhaupt noch Beratung nennen kann. Ich bin der Meinung, daß man Beratung anbieten soll, aber keine Zwangsberatung. Die Beratungsangebote müssen natürlich attraktiv sein und sollten originelle Konzepte haben. Vielleicht kann man das ja auch mit anderen Bereichen verknüpfen. Gerade jetzt, wo wir versuchen, die Frauenarbeit zu verstärken; wir unterstützen Frauenzentren und Selbsthilfegruppen. So etwas hatten wir bisher ja nicht. Da wären doch Möglichkeiten, Angebote zu machen, die eine breite Wirkung haben. Und da könnte man die Konfliktberatung einbeziehen. Aber Zwang? – Wir hatten doch so lange Zwang . . .

### „Richtlinien sind eigentlich Ländersache“

*pro familia magazin:* Im Einigungsvertrag steht, daß „flächendeckend“ ein breites Beratungsangebot eingerichtet werden soll. Der Bund hat Förderrichtlinien herausgegeben, nach denen er die Finanzierung nur bis Ende 1990 übernehmen wollte. Jetzt sollen die Länder mit herangezogen werden. Haben Sie schon eine erste Übersicht? Auch hinsichtlich der nichtkirchlichen Träger wie zum Beispiel der Gesellschaft „Ehe und Fa-

milie“, die mit Pro Familia kooperiert, einem Verband also, der sich eindeutig gegen die jetzige Regelung in der früheren Bundesrepublik ausspricht und daher in konservativen westlichen Ländern Schwierigkeiten hat?

*Hildebrandt:* Das Problem ist, daß am 3. 10. 1990, als die neuen Bundesländer noch gar nicht existierten, „Richtlinien für Schwangerschaftsberatungsstellen“ für unser Gebiet erlassen wurden.

Solche Richtlinien zu machen, ist eigentlich Ländersache. Als das Ziel der Beratung wurde der Schutz des ungeborenen Lebens und die, wie es heißt „verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen“ definiert. Damit wird die Zweijahresfrist für die Fristenregelung unterlaufen und ein neues Gesetz präjudiziert. Gegen diese Richtlinie ist von verschiedenen Seiten, natürlich auch von mir, Einspruch erhoben worden.

*pro familia magazin:* Vor allem die katholische Kirche, die ja den Schwangerschaftsabbruch ablehnt, ist dabei, ihr Netz an Beratungsstellen auszubauen. Viele Frauen wollen doch aber eine überkonfessionelle Beratung.

*Hildebrandt:* Wir sind hier in Brandenburg, da sehe ich keine Schwierigkeiten. Im Süden sieht es anders aus. In den katholisch geprägten Gebieten ist klar, daß die Fristenregelung problematisch ist. Wir machen ja

in den neuen Bundesländern immer alles besonders perfekt: Früher waren wir besonders rot, jetzt sind wir besonders schwarz. Das ist manchmal erschreckend. Ich habe es in der Volkskammer mit der DSU erlebt. Wenn Sie deren Abgeordnete zu diesem Thema haben reden hören, dann hatten Sie das Gefühl, das können keine Menschen sein, die 40 Jahre im DDR-Gebiet gelebt haben.

*pro familia magazin:* Beratung beginnt ja schon früher, beispielsweise als Sexualerziehung in der Schule. Wie sah das bisher bei Ihnen aus?

*Hildebrandt:* Das war lehrplanmäßig vorgesehen, aber ist nicht immer mit den entsprechenden Sinnhalten gefüllt. Mir ist es ein Anliegen, daß auch die ethischen Fragen damit verbunden werden. Die Vermittlung der biologischen Sachverhalte ist die eine Sache, die Vermittlung des verantwortlichen Umgangs miteinander ist eine an-

dere. Ich glaube, das zweite ist bisher nicht überzeugend passiert. Ich denke, daß der Umbruch, der unsere Schulen erfaßt hat, da noch viel leisten muß.

*pro familia magazin:* Und wie sieht es mit Beratung für Jugendliche und Erwachsene außerhalb der Schule aus? Im Gebiet der früheren Bundesrepublik gibt es ja ein sehr differenziertes Beratungsangebot für alle Lebenslagen. Man versucht, möglichst vielen individuellen Fragen gerecht zu werden. Beziehungsprobleme, Sexualstörungen und Partnerschaft nehmen großen Raum ein. Gibt es diesen Bedarf auch in den neuen Ländern?

*Hildebrandt:* Natürlich ist ein Bedarf da. Wir hatten ja Familienplanungs-, Partnerschafts- und Sexualberatungsstellen. Aber die liefen oft so nebenbei mit und lösen sich leider derzeit im Zuge der unsicheren Entwicklung des Gesundheitswesens teilweise

auf. In Brandenburg sind aber immerhin 17 Beratungsstellen von den Kommunen übernommen worden. Trotzdem, da ist Handlungsbedarf.

*pro familia magazin:* Wir hören von Beraterinnen und Beratern, die arbeitslos werden. Wie steht es um deren Qualifikation für neu zu schaffende Beratungseinrichtungen?

**„Den DDR-Bürgern wurde ein System übergestülpt, in das sie eigentlich nicht passen.“**

*Hildebrandt:* Da müssen wir etwas tun. Umschulung und Weiterbildung sind auch für diese Berufe wichtig. Die Qualifizierung der bisherigen Fürsorger zu Sozialarbeitern ist ein konkretes Projekt. Die Ausbildungspalette reicht aber nicht aus. Da wird es Übergangslösungen geben müssen. Bitte bedenken Sie, daß die DDR-Bürger immer mehr spüren, daß ihnen ein System übergestülpt wurde, in das sie eigentlich nicht passen. Das gilt auch für die Ausbildung. Viele bisherige Ausbildungen werden nicht anerkannt, weil sie nicht in das westliche Schema passen.

*pro familia magazin:* Wenn man Ihre Probleme so hört, könnte man das Beratungsangebot im Westen z. B. für Sexualstörungen als Hilfe für „Luxus-Nöte“ bezeichnen?

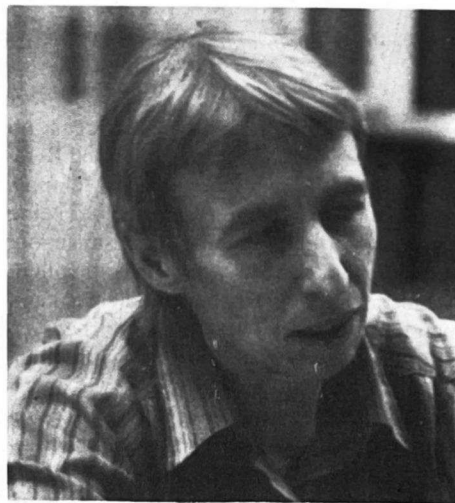
*Hildebrandt:* Genau so ist es. Wir hatten neulich eine Zusammenkunft mit Experten und Frauengruppen aus den westlichen Ländern. Und da ist mir ganz deutlich geworden, daß die Terminologien oft nicht stimmen. Vieles verstehen wir ganz anders. Wenn man bei uns von Beratung spricht, meint man ganz handfeste Hilfen für den täglichen Bedarf. In den westlichen Ländern scheint es ein ausgefeiltes System für die unterschiedlichsten „Komplexe“ zu geben, die 20 Jahre Zeit hatten, sich flächendeckend auszubreiten.

Wir befinden uns momentan im Grobster und müssen nun sehen, wie wir in die Feinheiten kommen. Das braucht seine Zeit und auch Verständnis. Wir müssen noch viel Geduld miteinander haben. Wie auf allen Gebieten sehe ich auch hier, daß wir zusammenwachsen können, wenn man im Alltag mehr Kontakte hat. Und zwar nicht nur mal mit einem Besuch irgendwann und irgendwo, sondern vor Ort, damit gegenseitiges Vertrauen und Verständnis wachsen können. Dann wird es ja vielleicht irgendwann solche Formulierungen wie „wachsende Erwerbsneigung der Frauen im Beitrittsgebiet“ nicht mehr geben.

## Regine Hildebrandt – Kämpferin im Brandenburger Kabinett

„Von jener Abgehobenheit, auch Weltfremdheit, die westliche Politiker mit Genuß an den Tag legen, ist bei ihr rein gar nichts zu spüren. Da kommt alles aus dem Bauch, aus dem Gefühl . . .“ So ein Eindruck der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, den wir in der persönlichen Begegnung bestätigt fanden. Nicht weniger als 14 Termine an einem Tag hatte Regine Hildebrandt, Arbeits- und Sozialministerin des Landes Brandenburg, bereits hinter sich gebracht, als sie uns in ihrem Amtszimmer im Potsdamer Landtag empfing. Spontan, herzlich, ohne Zuarbeiter, der ihr – wie bei westlichen Bundesministern üblich – die vorgefertigten Antworten auf die vorher eingereichten Fragen dezent zuschiebt . . .

49 Jahre alt ist die gelernte Biologin und Sozialdemokratin im Kabinett Manfred Stolpes. Auch wenn sie manchmal die Verzweiflung packen könnte angesichts der ganzen Umstellungsschwierigkeiten ihrer Landsleute und all der ungelösten Fragen, so scheint doch Untergangsprophetie nicht Sache der engagierten Christin zu sein. 40 Jahre lang haben ihr Mann, lange Zeit Lektor der Evangelischen Verlagsanstalt, und sie sich der offiziellen DDR-Politik verweigert. Die drei Kinder wurden nicht in den Wehrkundeunterricht geschickt; stattdessen hat die Familie mit Bürgerbewegungen vor der Volkskammer „Diese Kammer, Welch ein Jammer“ skandiert. Kämpfen – das hat Regine Hildebrandt gelernt. Berliner Schnauze und Herz: in Regine Hildebrandt vereinigt sich beides. Das macht sie sympathisch und überzeugend. I. N.



Trotz großer Sorgen . . .



. . . den Humor behalten

Fotos: Joachim



# „Meine Identität als Bundesbürgerin greift noch nicht tief“

Ute Schildt

*Dieser Beitrag einer 28jährigen wissenschaftlichen Bibliothekarin aus Magdeburg macht deutlich, wie tiefgreifend die Veränderungen in der früheren DDR nicht nur äußere Lebensbedingungen beeinflussen, sondern besonders bei Frauen Verletzungen hervorrufen. Möglicherweise ist dies eine vorübergehende Phase, nicht zuletzt verursacht durch mangelndes Einfühlungsvermögen westlicher Politiker(innen) und Medien. Die Autorin läßt offen, wie sich ihr Lebensbild in der neuen Republik endgültig „ordnen“ wird, denn zum Schluß drückt sie aus, daß sie es so wie vor der Wende vom Herbst 1989 auch nicht haben möchte. Die Trauer über das „wie“ des deutschen Zusammenschlusses mischt sich mit dem Vorsatz, auch unter neuen Bedingungen das erworbene Selbstwertgefühl zu erhalten oder zu erkämpfen. Ein Stimmungsbild, das viele „Schwestern“ in der früheren BRD zur Solidarität und zu einem einfühlsamen Umgang veranlassen sollte.*

Noch bevor Frau Bundesministerin Lehr mit dem 3. Oktober 1990 vorübergehend auch meine Ministerin wurde, war sie mir im Sommer letzten Jahres allein durch einen einzigen Satz äußerst unangenehm aufgefallen: sinngemäß äußerte sie, daß die Frauen in der DDR nun die Möglichkeit hätten, sich zu entscheiden, ob sie arbeiten gehen möchten oder nicht. Wollte man uns da verspotten? Offener Hohn von Frau zu Frau sozusagen? Oder meinte diese Frau es wirklich ernst? Kann der blinde Glaube an die eigene D-Mark so allmächtig sein, daß er eine Ministerin blind macht für Realitäten und ein anderes Selbstbewußtsein der Frauen hier?

In meiner Verwandtschaft sind alle Frauen im Alter zwischen 55 und 60 Jahren im Vorruhestand. Ihnen wurde die angepreisene Entscheidung abgenommen, sie hatten nicht mehr zu entscheiden. Die Kindergärtnerin spielt jetzt nur noch mit den eigenen Enkeln, die Küchenkraft eines Altenburger Feierabendheimes teilt nur noch zu Hause das Essen aus, die Arbeiterin der Brandenburger Sauerkrautfabrik kann jetzt schneide verpacktes Sauerkraut aus West-Germany kaufen, und die Lehrerin aus Magdeburg darf nur noch zwei Stunden in der Woche eine Schülerarbeitsgemeinschaft führen, mehr nicht!

Frauen, die der Familie wegen oder aus anderen Gründen teilweise oder ganz zu Hause bleiben wollten, taten dies auch bereits zu alten DDR-Zeiten, wenn auch finanziell mit nur einem Einkommen keine großen Sprünge möglich waren. Die Möglichkeit der Teilzeitarbeit war gering, aber das soll in der alten BRD bisher nicht viel anders gewesen sein. Meine Wahl zwischen den Möglichkeiten „Hausfrau/Mutter“ oder „Mutter und berufstätig“ wäre immer zugunsten der letzteren ausgefallen. Wer alles will, macht aber nicht alles richtig. So quält mich als Mutter mein schlechtes Gewissen, weil meine Tochter den ganzen Tag in der Kindereinrichtung ist. War ich wegen Krankheit des Kindes aber über längere Zeit zu Hause, bekam ich Gewissensbisse,

weil die Arbeit im Betrieb liegenblieb oder von den Kolleginnen mitgemacht werden mußte. Nur die Hausfrau in mir hat keine Sorgen, wenn einmal nicht unbedingt nötige Arbeit längere Zeit liegenbleibt.

In den Nachrichten hörte ich vor einiger Zeit von dem Untersuchungsergebnis zur Gleichberechtigung der Frauen in der ehemaligen DDR. So wurden wir um 25 bis 30 Prozent schlechter bezahlt als die Männer und bekamen meist nur untergeordnete und unbedeutende Posten. Das mag alles stimmen und ist schlimm genug. Und dennoch wußte ich immer, daß es mir möglich wäre, auch allein mit meiner Tochter leben zu können. Mein Mann verdient zwar mehr als ich, aber abhängig von seinem Verdienst war ich nie. Kinderkrippe, Kindergarten sowie die gesetzliche Regelung bei Krankheit

des Kindes (durch die so mancher Chef wohl mehr als einmal ins Schwitzen kam), haben mir meine Arbeit ermöglicht.

Ein Bekannter meinte im Mai 1990 noch scherzhaft, durch die momentane Entwicklung können die Männer endlich wieder unter ihren Tischen zu Hause hervorkommen. So richtig lachen konnte ich aber nicht darüber. Wirtschaftliche Abhängigkeit knackt sicher auch das uns Ex-DDR-Frauen von verschiedenen Seiten bestätigte Selbstwertgefühl an.

„§218 – der war für uns so weit weg ...“

Das neue Scheidungsrecht sichert Frauen, sofern ihr Einkommen geringer ist, zwar besser ab, aber so recht begeistern kann ich mich darüber nicht. In der neuen Gesellschaft ist diese Unterhaltspflicht aber bestimmt ein nicht zu unterschätzender Gewinn, den ich in seiner Bedeutung noch nicht erfassen kann. Aber warum dieses verordnete Trennungsjahr? Abgesehen davon, daß die praktische Umsetzung dieser Regelung schon am fehlenden Wohnraum scheitern würde: wenn Ehepaare aber zusammenbleiben, weil sie getrennt lebend beide zum Sozialfall werden würden, dann möchte ich nicht wissen, was sich in solch einer Ehe für Szenen abspielen. Dann hat so manche Ehe neben der amtlich bestätigten freiwilligen Gemeinschaft auch noch den Touch einer Zwangsgemeinschaft aus wirtschaftlichen Erwägungen. Es ist mir unvorstellbar, wie man so leben kann.

Andere Änderungen im Leben kann ich gelassener hinnehmen. Die Pille muß ich jetzt selbst bezahlen. Dafür sind Sterilisationen nicht mehr genehmigungspflichtig. So umstritten diese Operation als Mittel der Schwangerschaftsverhütung auch ist, so kann doch nun jeder für sich entscheiden.

Ob aber die D-Mark-Wähler im März 1990 auch bedacht haben, daß der §218 für uns noch einmal aktuell werden könnte? Als in Memmingen der Prozeß gegen den

Frauenarzt Dr. Theissen stattfand, interessierte mich dies sehr. Und wie wirklichkeitsfern mir die Geschehnisse vorkamen! Praktiziertes modernes Mittelalter im damals noch so fernen Bayern. Wie leicht ließ sich der Prozeß dort verfolgen, wenn man im „Warmen“ saß und wußte, daß man in der DDR solche Probleme nicht mehr kennt. Aber die Situation hat sich sehr schnell geändert. Memmingen könnte sich schon bald auch in Thüringen oder Sachen wiederholen.

Ich persönlich bin zu spät aufgewacht. Es schien mir einfach unmöglich, weil ungeheuerlich, die Herren Politiker könnten versuchen, für ganz Deutschland den lange umstrittenen Paragraphen 218 der Bundesrepublik gelten zu lassen. Die anfänglichen Diskussionen zum Thema haben mich deshalb auch wenig bewegt. Wie konnte ich auch ahnen, daß Politiker sich solchen Schwachsinn wie „Wohnortregelung“ einfällen lassen! Die inzwischen gefundene Übergangsregelung nach dem „Tatort(!)“-prinzip befriedigt mich natürlich auch nicht. Was für ein Gesetz in der Übergangszeit aber auch gebastelt wird, wir dürfen keinesfalls still abwarten – soviel habe ich inzwischen gelernt.

### „Mein Selbstbewußtsein lasse ich mir nicht kaputtverdammen“

Es wird später Statistiken geben über die Anzahl der geborenen Kinder, und auch die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen wird erfaßt sein. Keiner weiß aber, wieviele Kinder eigentlich noch „geplant“ waren und wegen der großen Unsicherheit über das Kommende nicht geboren werden. Unser zweites gehört zunächst einmal dazu.

Und dann sehe ich Reklame im Ost-Fernsehen. Schon viele Male gesehene Spots regen mich wegen ihrer Dummlichkeit plötzlich auf, weil – und das ist völlig neu – jetzt auch ich angesprochen werden soll. Ich fühle mich beleidigt durch die Naivität. Was meine Mutter durch ihre Erziehung bei mir nicht geschafft hat, will die Werbung jetzt nachholen: alles soll endlich sauber, hygienisch und rein werden. Die Wende im Frauenbild ist einfach zu groß. Von der sozialistischen Frauenpersönlichkeit, die im Durchschnitt 2 Kinder hat und sich so nebenbei im Fernstudium qualifiziert, wendete sich das offizielle Bild zur betont glücklichen Hausfrau, die das Problem hat, noch immer nicht das richtige Spülmittel gefunden zu haben. Ich muß wohl ganz schnell lernen, keine Aufregung mehr an solche Sachen zu verschwenden. Mein Selbstbewußtsein lasse ich mir jedenfalls nicht kaputtverdammen.

Die Zeit der Wende hat mir persönlich auch gezeigt, daß es mit meinem Toleranzvermögen nicht allzuweit her war. Ich muß mich plötzlich Meinungen gegenüber in Toleranz üben, mit denen ich vorher nicht konfrontiert wurde.

Als die ersten „Bild“-Zeitungen in meiner Kaufhalle auftauchten, war ich noch optimistisch. Naja, einmal reingucken muß wohl jeder mal, um den Schund dann in Zukunft souverän liegen zu lassen. Aber warum sollten wir auch schlauer sein als unsere Brüder und Schwestern im Westen? Es dauerte nicht lange, und das Regal mit den DDR-Zeitschriften verschwand aus der Kaufhalle. Und wie ernst zu nehmen die neue Informationsfreiheit war, zeigte sich mir endgültig, als eine von mir geschätzte Bekannte ernsthaft versicherte, daß „Bild am Sonntag“ mit den vielen Extra-Rubriken wie Frauen, Hobby, Ratgeber und Sport im Preis noch besser käme, als würde man sich einzelne Zeitschriften zu diesen Themen kaufen.

### „Bananengeil und doof?“

Andere für mich neue Presseerzeugnisse machten mir schwer zu schaffen. Nach dem Lesen des „Spiegels“ etwa brauchte ich mindestens 2 Stunden Zeit oder ein aufbauendes Gespräch mit guten Freunden, um als DDR-Mensch noch mein Spiegelbild ertragen zu können. Doof sollen wir sein, runtergewirtschaftet ist alles, ökologisch tot sowieso, geknechtet, gebückt, pornohungrig, bananengeil und – vor allem – unfähig, allein aus der Scheiße zu kommen. In den Artikeln suchte ich förmlich nach Dingen, Kleinigkeiten nur, die nach meinem Wissen einwandfrei falsch waren, was halt nur ein Ostler wissen kann. Daß ich sie fand, änderte am Gesamtbild nicht viel. Im Fernsehen konnte nicht oft genug gezeigt werden, wie DDRler über ferne Grenzen rennen oder ihre Botschaftszäune heben. Nur ein einziger Journalist hat einmal im Nachhinein angemerkt, daß man zu dieser Zeit nicht die Tränen der Hiergebliebenen gezeigt hat, die aber auch zu diesen Bildern gehörten. Und es waren ja nicht nur Rote, die damals heulten.

Eine Rentnerin aus meinem Haus fragte mich damals, ob es den Jungen denn wirklich so schlecht geht, daß sie ihren Kindern solche ungewissen und furchtbaren Bedingungen wie in Prag zumuten. Wie sollte eine Frau, die nach dem Krieg drei Kinder allein durchbringen mußte, der Mann war in Gefangenschaft, wie sollte sie auch verstehen können, wenn ich das nicht einmal ganz verstand. Fast geweint hat diese Frau aber Wochen später, als es um die Kinder ging, die von ihren Eltern in der DDR zurückgelas-

sen worden waren, weil sie beim Weg über die Grenze oder beim neuen Anfang störten.

Keine Frage, ich bin ein Kind dieses nicht mehr existierenden Landes DDR. Ich kann nicht stolz behaupten, schon immer alles gewußt zu haben. Ich gehörte nicht zu den Wenigen, die bei der Wahl 1989 ihr Amen verweigerten. Wenn eine Akte bei der Stasi existiert, dann nicht wegen politischer Untergrundaktivitäten, sondern weil mein Mann einmal für drei Monate beruflich nach Griechenland fahren konnte. Der SED habe ich mich nicht deshalb verweigert, weil ich den real existierenden Sozialismus durchschaute, sondern weil ich einfach meine Ruhe haben wollte und diese Parteidisziplin mit ihrer scheinheiligen Moral, dieser Versammlungshorror und die Schmeicheleien meine Dinge nicht sind. Wenn es Unterschiede in Meinung und Anschauung zu Themen gibt, zwischen früher und heute, so frage ich mich vorsichtig, ob das Ergebnis eines Lernprozesses oder meines eigenen Wendehalses ist. Einfach furchtbar, wie schnell jetzt einer den anderen beschuldigt, früher so oder so gewesen zu sein und sich selbst nicht befragt.

### „Man zeigt uns schon wieder, wo es langgeht ...“

In manchen Dingen scheint mir die Demokratie schon wieder eine Linie vorzugeben, nur eben in einer ganz anderen Richtung. Man gratuliert uns zur neugewonnenen Freiheit und zu der jungen Demokratie, um uns dann aber zu zeigen, wo es langgeht.

Ich habe so meine Schwierigkeiten mit dem Wechsel der Gesellschaften, und meine neue Identität als Bundesbürger greift noch nicht tief. Wann das hüben-drüben, wir-ih, Ossi-Wessi zu einem wir und uns werden wird, nicht nur in meinem Kopf, sondern auch in der Realität, kann ich nicht sagen. Wenn ich aber gar nicht mehr weiß, ob ich über die momentane Entwicklung noch froh sein kann, genügt eine normale Tageszeitung vom September 1989 (also vor der Wende), die von mir bewußt aufbewahrt wird, um dann plötzlich doch wieder froh zu sein, daß es sooooooooo nicht mehr ist.



Ute Schildt, 28 Jahre, Bibliothekarin in der Medizinischen Akademie Magdeburg, verheiratet, 1 Tochter.



# Die Geschichte eines Briefes

Bis Anfang November 1989 galt die Frauenfrage in der DDR offiziell als gelöst. Frauenforschung, die anderes im Blick hatte, kam nicht über die private Schublade hinaus; oder aber sie verschwand in den Panzerschränken offizieller Instanzen und blieb ein wohlgeheutes Geheimnis.

Aus amtlicher Sicht war die DDR-Frau verheiratet, voll berufstätig, gut ausgebildet, gesellschaftlich aktiv und versorgte ihren Mann und (mindestens) 2 Kinder. Damit galt sie als gleichberechtigt. Ein Leitbild, das von vielen angenommen und tief verinnerlicht wurde. Von Männern und Frauen

Und dann: ein offener Brief, geschrieben Anfang November!

## Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?

In dem jetzt in Gang gekommenen Dialog spielen die Interessen von Frauen bislang keine Rolle. In unserer Gesellschaft existiert kein öffentliches Bewußtsein über die reale Lage der Frauen und ihres weitgehenden Ausschlusses aus den wichtigsten Entscheidungsbereichen der staatlichen und politischen Macht. Reformen werden nur dann Erfolg haben, wenn die Interessen der weiblichen Hälfte unserer Gesellschaft wahrgenommen und berücksichtigt werden. Das müssen in erster Linie Frauen selbst in Gang bringen und mit allen gemeinsam durchsetzen. Dazu bedarf es konkreter Interessenvertretungen, demokratischer Organisationsformen und -strukturen, die den Frauen Macht- und Entscheidungsbefugnisse geben.

Wir fordern, daß auf dem anstehenden Plenum des ZK der SED diese Fragen auf die Tagesordnung kommen und bei der konzeptionellen Vorbereitung des XII. Parteitag der SED wie auch bei der Veränderung politischer und staatlicher Strukturen grundsätzlich mitbedacht werden.

Auf der Grundlage der bereits geschaffenen Bedingungen für Frauen stehen unseres Erachtens kurzfristig folgende Aufgaben zur Entscheidung an:

- Quotierung, das heißt gleiche Anteile von Frau und Mann an Funktionen und Ämtern in Staat, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und Schaffung entsprechender Arbeits- und Lebensbedingungen;
- Umgestaltung im Staatsapparat, in Parteien, in der Gewerkschaft und den gesellschaftlichen Organisationen in der Weise, daß spezielle Bedingungen, Bedürfnisse

und Interessen von Frauen artikuliert und durchgesetzt werden können, zum Beispiel durch Frauenabteilungen und -kommissionen mit entsprechenden Macht- und Entscheidungsbefugnissen;

- Neuprofilierung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) und/oder Zulassung einer selbständigen Frauenbewegung, die die Interessen der Frauen in allen Bereichen ihres Lebens erfaßt;
- Bildung eines Ausschusses für Frauenfragen in der Volkskammer und eines Gremiums auf höchster Regierungsebene;
- Förderung der Aktivitäten von Frauen, sich eigene Lebensräume zu schaffen (Medien, Klubs u. ä.);
- der vorrangigen Zuschreibung der Familienaufgaben an Frauen ist durch Orientierung auf Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft und Änderung der entsprechenden sozialpolitischen Maßnahmen, die Väter bisher nur bedingt daran beteiligten, entgegenzuwirken;
- das System der Dienstleistungen und Versorgung, der Kinderbetreuung und des öffentlichen Nahverkehrs ist qualitativ zu verbessern, und territoriale Unterschiede sind abzubauen.

Wir sind bereit, unsere Vorstellungen, die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Arbeiten und unsere Vorschläge öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Unterzeichnet hatten diesen Brief Journalistinnen der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* und namhafte Frauenforscherinnen des Landes: Prof. Dr. sc. Irene Dölling, Prof. Dr. sc. Gisela Ehrhardt, Dr. Jutta Gysi, Dr. sc. Ute Kretzschmar, Dr. sc. Hildegard Maria Nickel, D. Uta Röth, Dr. Eva Schäfer.

## Es geht ums Ganze

Seitdem wir den Brief geschrieben haben, gingen etliche Monate ins Land. Und nun fragen wir: Wie müßten wir ihn heute formulieren? Welche Forderungen für Frauen stehen heute auf der Tagesordnung? Wofür müssen wir selbst Entscheidendes tun? Keine unserer damaligen Forderungen würden wir heute zurücknehmen. Doch es kämen viele hinzu. Das Entscheidende ist, daß im Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung verlorenging, was sich Frauen in beiden deutschen Staaten geschaffen haben, was darüber hinaus an feministischen Alternativen entwickelt wurde. Doch

dies wäre bereits der Anfang für ein neues Buch. Für besonders wichtig erachten wir:

- Alles, was das Recht der Frau auf Berufstätigkeit fördert. Also gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit; Quotierung für Frauen und Männer in allen Bereichen (was bedeuten würde: mehr Frauen in Hochtechnologien, mehr Männer in soziale Berufe) einschließlich der besonderen Förderung von Frauen und Mädchen; rechtliche und soziale Absicherung jeglicher Erwerbsarbeit; bedürfnisgerechte Arbeitszeiten im Interesse der ArbeitnehmerInnen mit Kindern, vor allem aber Reduzierung der Gesamtarbeitszeit; rechtzeitige staatliche bzw. kommunal finanzierte Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für Frauen und Männer.

- Bedingungen für wirkliche Wahlfreiheit schaffen – für beide Geschlechter. Dazu gehört die gesellschaftliche Anerkennung jeglicher Form von notwendiger Arbeit, im Beruf und für die Familie.

- Alles, was den Kindern zugute kommt. Bezahlte Erziehungszeiten für biologische und soziale Mütter und Väter, staatliche und kommunal subventionierte Netze von Einrichtungen zur Kinderbetreuung in unterschiedlicher Art und hoher Qualität. Abbau traditioneller Rollenklischees in der Erziehung von Mädchen und Jungen, chancengleiche Ausbildung und beruflicher Einsatz von Töchtern und Söhnen. Das schließt die besondere Förderung von Mädchen ein, um bisherige Defizite aufzuholen.

- Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft, auf kostenlose Beratungsangebote, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch ohne Diskriminierungen

- Gleichzeitig ein gesellschaftliches Umfeld, das frauen-, männer- und kinderfreundlich ist.

- Die Gleichstellung, Schutz und Förderung jeglicher Lebensformen.

- Soziale Absicherung besonders von Alleinerziehenden und RentnerInnen, die Ermöglichung eines würdigen Alterns.

Sicherlich könnten und sollten diese Forderungen erweitert werden. Nur müssen das Frauen selber tun. Und vor allem müßten sie auch selbst durchsetzen, was sie wollen. Gemeinsam mit allen. Heute können dies die Frauen in der ehemali-

gen DDR nicht mehr allein für ihr Territorium lösen. Dies geht nur gemeinsam mit ihren Schwestern im westlichen Teil des Landes. Vielleicht gelingt es dann, daß aus einem einig deutschen Vaterland auch ein Mutterland wird.

Aus: Gislinde Schwarz / Christine Zenner (Hg.): DDR-Frauen im Aufbruch – Wir wollen mehr als ein „Vaterland“. Rowohlt, Reinbek 1990. 158 Seiten, DM9,80.

## Frauenhäuser auch im Osten

Die Finanzierung von Frauenhäusern sollte durch eine Novelle des Bundessozialhilfe-Gesetzes (BSHG) gesichert werden. Es sei „dringend erforderlich“, Kreise und Kommunen per Gesetz zu verpflichten, sich finanziell an den Frauenhäusern zu beteiligen, meint Irene Schlempp, Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauen- und Kinderschutzhäuser“ während einer Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft, in der 32 von Wohlfahrtsverbänden oder freien Trägern unterhaltene Frauenhäuser zusammengeschlossen sind, an der erstmals auch ostdeutsche Frauen teilnahmen. Gewalt gegen Frauen sei im Sozialismus ein Tabu-Thema gewesen, berichteten sie. Erst jetzt gründeten sich auch dort Frauenhäuser: Im Ostteil Berlins gebe es bereits eines; weitere würden in Kürze in Dresden, Potsdam, Frankfurt/Oder, Potsdam, Magdeburg, Görlitz und Gera eingerichtet.

## Jugend-Forscher vor dem Aus

Das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) steht vor dem Aus. Ab Januar haben gut fünf Dutzend Soziologen des Instituts keine Arbeit mehr, weil der Geldgeber fehlt. Zwar konnte die bereits zum Beitrittstag im Oktober angedrohte Schließung um fast ein Vierteljahr hinausgezögert werden, „mehr war jedoch nicht drin“, betonte Institutsdirektor Walter Friedrich in einem dpa-Gespräch.

Das vor 25 Jahren gegründete ZIJ steht nicht auf der Liste erhaltenswerter Einrichtungen im Einigungsvertrag. Ex-Ministerin Cordula Schubert (CDU), in der letzten DDR-Regierung für Jugend und Sport zuständig, wollte „Vorbelautes“ nicht länger subventionieren und setzte sich nicht für das ZIJ ein, kritisiert Friedrich.

Seit 1966 kämpfte das Institut, das insge-

# „Verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen“

## Die umstrittenen Richtlinien für die Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen

*Der Einigungsvertrag zwischen den ehemals beiden selbständigen deutschen Staaten sieht vor, daß bis spätestens Ende 1992 auf dem Gebiet der früheren DDR die Fristenregelung gilt, in der früheren Bundesrepublik das bisherige Indikationsmodell gemäß § 218/219. Dem neuen Bundestag obliegt es, eine neue Regelung für das gesamte Bundesgebiet zu finden. Zugleich sieht der Einigungsvertrag die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen im Gebiet der neuen fünf Länder vor. Die dafür entworfenen Richtlinien werfen allerdings mehrere Fragen auf.*

Bereits zu Beginn ist zu lesen, es sei „Ziel der Beratung, den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen Frauen durch Beratung und soziale Hilfe besser zu gewährleisten.“

Diese Formulierung wirft die Frage auf, was „verfassungskonform“ ist. Bekanntlich ist die im alten Bundesgebiet 1974 parla-

mentarisch beschlossene Fristenregelung nach Auffassung der Verfassungsgerichtsmehrheit nicht verfassungskonform. Der Einigungsvertrag hat allerdings nach Meinung vieler ebenfalls Verfassungsrang, weil er in beiden Parlamenten mit Zweidrittelmehrheiten verabschiedet wurde. Danach steht auf dem Gebiet der früheren DDR ein Ausbau von Stellen zur freiwilligen Beratung an. Einrichtungen für eine Zwangsberatung bedarf es nicht, denn im gleichen Vertrag ist die Fristenregelung in den neuen Bundesländern ohne Zwangsberatung festgeschrieben. Liest man den Text der Förderrichtlinien genau, dann scheint es nicht abwegig zu sein, wenn der Bundesverband der Pro Familia in einer Presseerklärung argwöhnt, das Beratungsgesetz, das im früheren Bundesgebiet gescheitert ist, solle durch die „Hintertür“ via DDR nun noch eingeführt werden. In (Ost-)Berlin wurde noch vom DDR-Ministerium für Familie und Frauen ein Referat „Schutz des ungeborenen Lebens“ eingerichtet, das nun dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Bonn unterstellt ist.

Die Richtlinien stoßen auf scharfe Kritik. Sprecherinnen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Frauenministerinnen und Gleichstellungsbeauftragte der SPD-geführten Bundesländer (siehe auch im Interview mit Dr. Regine Hildebrandt Seite 4), sowie Vertreterinnen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen befürchten eine Aushöhlung der in der früheren DDR noch geltenden Fristenlösung, weil Ziele und Inhalt der Beratung vorgegeben werde. Sie verlangen die Einrichtung von Beratungsstellen für Schwangere ohne Auflagen.

Wir dokumentieren sowohl die Förderrichtlinien als auch die Presseerklärung von Pro Familia, um deutlich zu machen, womit sich freie Träger in den neuen Ländern beschäftigen müssen, wenn sie Beratungsstellen einrichten wollen. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Mittel aus den Richtlinien vor allem von kirchlichen Trägern in Anspruch genommen werden, vornehmlich von katholischen. Die Pro Familia-Schwesterorganisation „Ehe und Familie“ bemüht

samt etwa 500 große Studien zu Jugendproblemen erarbeitete, fast ständig ums Überleben. Auch in der Ära Honecker sei es eher mißlieblich und geduldet denn gefördert und beliebt gewesen, so der Institutschef. Vor lauter Argwohn seien die Forschungsergebnisse – etwa zu Kultur- und Freizeitbedürfnissen, zu Entwicklungswegen von Schülern, Lehrlingen und Studenten, zur Jugendkriminalologie sowie zum Partner- und Familienbereich – einschließlich Sex – unter Verschuß geblieben.

Nach den bisherigen Plänen wird das Deutsche Jugendinstitut München (DIJ) 18 der bislang 80 Mitarbeiter des Leipziger Instituts übernehmen. Zwei sogenannte Längsschnittstudien werden fortgeführt, um die Jugendentwicklung vor und nach der „Wende“ zu beobachten. (dpa)



sich ebenfalls um Mittel aus dem Fond der Richtlinien, hat es aber schon allein hinsichtlich der Vorgaben in Sachen Räumlichkeiten oder gar Telefonanschluß eine schwerere Startposition als etwa kirchliche Stellen. Der Bundesverband *Pro Familia* oder die westlichen Landesverbände können auch nur bedingt helfen, zumal seit November 1990 nicht mehr Bundesverbände die Anträge stellen können. Das müssen die Frauen und Männer vor Ort tun. Und das

in Ländern, in denen es so etwas wie freie Trägerschaft und Antragsverfahren über Jahrzehnte nicht gab.

Man wird den Umgang mit den Förderlinien genau verfolgen müssen. Vieles ist noch im Fluß, Änderungen sind möglich. So sollen die neuen Bundesländer bei der Finanzierung einbezogen werden.

— tz —

## Richtlinien für die Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen

Die Bundesrepublik Deutschland fördert nach Art. 31 Abs. 4 des Einigungsvertrages bis auf weiteres den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen verschiedener Träger.

Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich als Teilfinanzierung, wobei eine Eigenleistung des Trägers und eine Förderung durch das Land bzw. die Kommune vorausgesetzt werden. Bis auf weiteres ist eine Vollfinanzierung zulässig.

Ziel der Beratung ist es, den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen durch Beratung und soziale Hilfen besser zu gewährleisten.

### Inhalt der Beratung

Eine Schwangere ist insbesondere über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Eltern und Kinder zu informieren und darüber hinaus bei der Geltendmachung von Ansprüchen und bei Inanspruchnahme der Hilfen, bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einer Betreuungsmöglichkeit für das Kind sowie bei Beginn oder Fortsetzung ihrer Ausbildung oder bei Aufnahme bzw. Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit zu unterstützen. Falls die Ratsuchende es wünscht, ist die Beratung nach der Schwangerschaft fortzusetzen.

### Konzept der Beratungsstellen

Förderungswürdige Beratungsstellen müssen eine auf Dauer angelegte Beratungsarbeit gewährleisten und folgende Kriterien erfüllen:

- Die Beratungsstelle muß von den zuständigen Behörden oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sein.
- Aus der Bezeichnung der Beratungsstelle muß das konkrete Beratungsangebot eindeutig hervorgehen.
- Das Beratungsangebot soll über die persönliche und soziale Beratung im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft und den daraus entstandenen Problemen und Konflikten hinaus auch Sexualaufklärung und Familienplanung einbeziehen und auch für familiäre Probleme und Notlagen nach der Geburt eines Kindes zur Verfügung stehen.

Die Beratungsstelle muß auf Grund ihrer organisatorischen und personellen Voraussetzung die Gewähr für eine fachkundige Beratung bieten und die regelmäßige Fortbildung der Beratenden sicherstellen.

### Personelle Ausstattung und Qualifikation des Beratungspersonals

Zur Beratung zugelassen werden u. a. Diplompsychologen/Diplompsychologinnen, Ärzte/Ärztinnen, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen, Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen, Seelsorger/Seelsorgerinnen mit anerkannter psychotherapeutischer oder beraterischer Ausbildung und Ehe-, Familien- und Lebensberater/Lebensberaterinnen mit abgeschlossener Ausbildung.

Für die Schwangerenkonfliktberatung ist eine Zusatzausbildung erforderlich, die schnellstmöglich berufsbegleitend zu erfolgen hat. Davon ausgenommen sind Fachärzte/Fachärztinnen für Gynäkologie mit postgradualer psychotherapeutischer Zusatzausbildung.

- Zur beraterischen Kompetenz gehören:
- ausreichende persönliche und berufliche Qualifikation und Erfahrung
  - regelmäßige Fortbildung
  - regelmäßige Supervision.

Die Beratungsstelle muß gewährleisten, daß im Bedarfsfall ärztliche, psychologische, juristische und andere Fachkräfte hinzugezogen werden können.

Eine mit 3 hauptamtlichen Beratungskräften ausgestattete Beratungsstelle ist mit einer hauptamtlichen Verwaltungsangestellten zu besetzen.

### Räumliche und sachliche Ausstattung

Pro Beratungskraft ist bei zeitlich parallel laufender Beratung 1 Beratungszimmer erforderlich.

Jede Beratungsstelle muß über ein Sekretariat und ein Wartezimmer mit Kinderspielmöglichkeit verfügen.

Die Einrichtung eines Gruppenraumes wird empfohlen.

Die Zimmer der Beratungsstelle müssen so ausgestattet sein, daß die Beratung in ruhiger, freundlicher und vertrauensweckender Atmosphäre möglich ist.

Die Beratungsstelle muß über einen Telefonanschluß verfügen.

Die Beratungsstelle muß sich in verkehrsgünstiger Lage befinden. Dabei ist darauf zu achten, daß dem Wunsch nach Anonymität Rechnung getragen wird.

Die Öffnungszeiten müssen so liegen, daß auch für Berufstätige die Möglichkeit besteht, zu einer Sprechzeit gehen zu können.

## Pressemitteilungen des Pro Familia-Bundesverbandes

**Pro Familia will frauennahe Beratung in ganz Deutschland**  
Vorsitzende weist katholischen Monopolanspruch zurück

„Bevormundung und Strafandrohung haben in der Beratung nichts zu suchen. Frauen müssen sich auch künftig sicher sein können, daß sie fachlich qualifiziert beraten und nicht einseitig mit kirchlichen Dogmen konfrontiert werden.“ Mit diesen Worten hat sich heute die Vorsitzende der *Pro Familia*, Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim, dagegen gewandt, das in der BRD gescheiterte Schwangerenberatungsgesetz zum Maßstab für das geplante Beratungsstellennetz in der bisherigen DDR zu machen.

Frau Simmel-Joachim fordert dagegen den Erhalt und den Ausbau eines pluralen Beratungsstellenangebots in ganz Deutschland. Das katholische Beratungskonzept könne nicht Heilsbringer für die gesamte Bevölkerung sein.

Frau Simmel-Joachim richtet sich damit gegen den Versuch der Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, *Pro Familia* gesetzeswidriges Handeln zu unterstellen und sie beim Aufbau der Beratung in den neuen Ländern auszuschalten.

„Das Konzept von katholischen Beratungsstellen ist Sache der Kirche. Sie hat aber kein Recht“, so Frau Simmel-Joachim, „ihre Wertvorstellungen den freigemeinnützigen, nicht-konfessionellen Beratungsstellen aufzuzwingen. Wir dagegen fordern ein Beratungsstellennetz, das unserer pluralistischen Gesellschaft entspricht. Der Staat hat die Aufgabe, dieses pluralistische Angebot zu sichern und nicht eine einzige, kirchliche Weltanschauung zum Maßstab zu machen.“

(Pressemitteilung vom 27. 9. 90)

### Schwangerenberatungsgesetz kommt durch die Hintertür

Ab 3. Oktober Übernahme des Ostberliner Referats „Schutz des ungeborenen Lebens“ durch Bonn / Pro Familia fordert Offenlegung

Vollkommen unbeirrt von dem Versuch von Parteien und Verbänden, überparteilich und auf demokratische Weise nach dem 3. 10. zu einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zu kommen, hält das Bonner Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit am Schwangerenberatungsgesetz fest.

Gerade erst in der BRD gescheitert, kommt es nun durch die Hintertür wieder zurück und soll nach dem 3. Oktober auf dem Gebiet der ehemaligen DDR angewendet werden.

Auf dieser Grundlage gibt es bereits jetzt vorläufige Förderungsrichtlinien, nach denen Anträge gestellt werden können. Geprüft werden diese durch ein am 1. 8. 1990 vom DDR-Ministerium für Familie und Frauen eingerichtetes Referat „Schutz des ungeborenen Lebens“. Dieses Referat bereitet auf der Grundlage der gescheiterten Bonner Pläne für ein Schwangerenberatungsgesetz den Aufbau von Beratungsstellen in den neuen Bundesländern vor. Dabei arbeitet das Referat eng mit dem Bundesministerium für

Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zusammen. Nach dem 3. Oktober wird es sogar von Bonn übernommen.

Im bisherigen Anhörungsverfahren zu den Förderrichtlinien wurden die kirchlichen Verbände eindeutig bevorzugt. Offenbar sollen damit die nichtkonfessionellen Beratungsstellen beim Aufbau eines Beratungsstellennetzes ausgeschaltet werden.

Pro Familia dagegen fordert eine öffentliche und demokratische Diskussion über den Aufbau von Beratungsstellen in den fünf neuen Ländern und die Garantie für die Pluralität der Beratungsangebote, auch in den neuen Bundesländern.

Die beim Aufbau der Beratungsstellen in der BRD bewährte Gleichrangigkeit von Familienplanungs-, Sexual- und Schwangerschaftsberatung muß auch in den neuen Bundesländern möglich sein.

(Pressemitteilung vom 1. 10. 90)

– Anzeige –



## Sexueller Mißbrauch von Kindern

## Wieder lieferbar

Heft 2/89 des pro familia magazin mit dem Titel „Sexueller Mißbrauch von Kindern“ ist wieder lieferbar. Der Verlag gibt es aufgrund zahlreicher Nachfragen zu Staffelpreisen ab:

Einzelheft 6,50 DM (zuz. Porto), 5 bis 9 Hefte 4,- DM pro Stück. Außerdem wird das Heft in folgenden Versandarten verschickt: 10 Hefte = 36,- DM, 25 Hefte = 75,- DM, 50 Hefte = 125,- DM. In den Preisen sind Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Bestelladresse: Gerd J. Holtzmeier Verlag, Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig.

# 28 Jahre „Ehe und Familie“

## Fast eine Abschiedsbilanz der (DDR)-Gesellschaft für Familienplanung

*Am 17. Mai 1963 wurde in der DDR die Sektion „Ehe und Familie“ innerhalb der Gesellschaft für Sozialhygiene gegründet. In einer Mischung aus Realismus und Wehmut zieht der derzeitige Präsident von „Ehe und Familie“ Bilanz. Über ein Vierteljahrhundert konnten die Mitglieder Einfluß nehmen auf medizinische und sexualpolitische Entscheidungen in der ehemaligen DDR. Ohne „Staatsorgan“ zu sein, beeinflussten die Fachfrauen und -männer Gesetze wie die zur Fristenregelung oder zur Aufhebung der Homosexuellen-Diskriminierung. Die meisten Mitglieder waren wissenschaftlich tätig oder als Berater/innen in den Sexualberatungsstellen. Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik sieht es so aus, als löse sich „Ehe und Familie“ auf. Die zum Jahresende 1990 gegründeten Landesverbände streben eine Fusion mit den Pro Familia an. Sie werden im Anschluß an diesen Beitrag vorgestellt.*

Hans Georg Neumann

„Ehe und Familie“ als Gesellschaft für Familienplanung ist das Endglied einer Kette, die sich in den 5 neuen Bundesländern nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches entwickelte und die sich mit den Problemen der Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann in Partnerschaft, Sexualität und Familie befaßte. Sie versuchte dies von Anfang an unter Berücksichtigung und Ausnutzung der realen gesellschaftlichen Bedingungen in der ehemaligen DDR – bei den rigiden Vorstellungen über Sexualität, Intimität, Individualität und Familienplanung der damaligen Machthaber kein leichtes Unterfangen.

Nach Außerkraftsetzung des § 218 StGB durch die damaligen Länderregierungen wurde per Anordnung der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen 1946 die Schaffung von Einrichtungen für Eheberatung gefordert. Hier liegt die historische Wurzel für die Einbindung derartiger Einrichtungen in das Gesundheitswesen.

Diese Entwicklung vollzog sich zunächst völlig unkoordiniert und schleppend. So gab es 1960 erst 22 funktionierende Einrichtungen.

Durch die Wiedereinführung der Beschränkung eines Schwangerschaftsabbruches im Jahre 1950 auf die vitale und eugenische Indikation stieg die Zahl der illegalen Aborte bis 1959 auf fast 100 000 pro Jahr an. So veranstaltete Herr Professor Mehlan 1960 in Rostock – Warnemünde eine heute als bahnbrechend für die weltweite Abortbekämpfung geltendes internationales Symposium mit Experten aus 17 Ländern und 3 Erdteilen. Dies war auch die Geburtsstunde der institutionalisierten Familienplanung in der ehemaligen DDR.

Am 17. Mai 1963 gründete sich innerhalb der Gesellschaft für Sozialhygiene die Arbeitsgemeinschaft und spätere Sektion „Ehe und Familie“ unter Leitung von Herrn Professor Mehlan. Teilnehmer der Gründungsversammlung waren über 80 Ärzte, Fürsorgerinnen, Psychologen, Pädagogen und Juristen. Es wurden einige prägende Arbeitsschwerpunkte festgelegt, denen wir uns bis heute – wenn auch modifiziert, adaptiert und erweitert – verpflichtet fühlen:

- kinderreiche Familien und Mütter
- gefährdete Ehen
- Abortbekämpfung und Kontrazeption
- Aufbau eines Netzes von Ehe- und Sexualberatungsstellen im Gesundheitswesen mit Ausarbeitung entsprechender Arbeitsrichtlinien.

Im aktuellen Statut der Gesellschaft „Ehe und Familie“ lesen sich diese Aufgaben heute so:

- Sexualerziehung als Vorbereitung auf Partnerschaft und Familie
- Beratung von Jugendlichen bei sexuellen, partnerschaftlichen und familiären Problemen
- Förderung einer verantwortungsbewußten Elternschaft
- Beibehaltung des legalen Schwangerschaftsabbruches der Frau
- Verminderung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche durch bewußte Kontrazeption
- Unterstützung von Maßnahmen zur Vermeidung ungewollter Kinderlosigkeit



- Beratung und Behandlung bei Sexualstörungen, Partnerschaftskonflikten und Beziehungsstörungen
- Erhalt bestehender und Aufbau neuer Beratungsstellen für Partnerschafts-, Sexual- und Familienprobleme
- Unterstützung der Entwicklung, Propagierung und Anwendung akzeptabler und effektiver Kontrazeptiva
- Mitarbeit bei der wissenschaftlichen Erforschung medizinischer, psychologischer, soziologischer und demographischer Probleme von Partnerschaft, Sexualität und Familie
- Beratung von gesellschaftlichen Einrichtungen, Behörden und Verbänden
- umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Aus diesen Zielstellungen ist ersichtlich, daß unser Selbstverständnis das einer wissenschaftlichen Gesellschaft ist – im Unterschied zu *Pro Familia*, die sich als einen Fach- und Trägerverband betrachtet mit allen materiellen und standesbedingten Problemen einer pluralistischen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft. Unter den damaligen Bedingungen eines diktatorischen Systems gab es für Ehe und Familie keine andere Möglichkeit als die genannte, um dem Gedanken der Familienplanung als einem Menschenrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Und die historische Entwicklung hat uns letztendlich Recht gegeben.

Günstig wirkte sich dabei allerdings auch die internationale Anerkennung der Arbeit von ‚Ehe und Familie‘ durch die International Planned Parenthood Federation (IPPF) aus, der ich an dieser Stelle dafür besonders danken möchte. Bereits 1959 wurde Herr Professor Mehlan als Experte in den Vorstand der IPPF berufen. Seit 1968 ist die Gesellschaft ‚Ehe und Familie‘ Mitglied der Region Europa der IPPF.

Wichtig für den Zusammenhalt, die Motivation und Durchsetzungsfähigkeit der an Familienplanung Interessierten in der ehemaligen DDR waren die zweijährigen Tagungen der Gesellschaft mit internationaler Beteiligung in Rostock, deren 14. wir im November 1990 – übrigens erstmalig mit einer größeren Personenzahl von *Pro Familia* – Mitgliedern – zusammen mit einem internationalen AIDS – Symposium veranstalteten. Hier konnten die in der Praxis tätigen Ärzte, Fürsorgerinnen, Hebammen, Juristen, Pädagogen, Psychologen u. a. erfahren, daß ihre Arbeit internationale Anerkennung fand und sie sich mit ihrer Arbeitsqualität durchaus sehen lassen konnten. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, diese einmalige Tradition deutscher Familienplanung mit der Veranstaltung weiterer wissenschaftlicher Tagungen in Rostock zu aktuellen Fragen von Sexualität, Partnerschaft und Familie in der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen.

Durch die nach dem 3. 10. 1990 nunmehr für ganz Deutschland geltende föderative Länderstruktur galt es, kompatible Strukturen mit der Organisationsform von *Pro Familia* zu schaffen. Dieser Prozeß der Etablierung eigenständiger Landesverbände der Gesellschaft ‚Ehe und Familie‘ konnte bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Diese Landesverbände können nun auch als freie Träger von Beratungsstellen auftreten. Des weiteren haben sie die Möglichkeit, sich durch eine Beitrittserklärung beim Bundesvorstand mit *Pro Familia* zusammenzuschließen. Damit wäre dann eine Vereinigung zwischen einem Fach- und einem Trägerverband auch in den 5 neuen Bundesländern realisiert. Mit dieser ‚Quadratur des Kreises‘ (wie es die Vorsitzende von *Pro Familia*, Frau Professor Simmel-Jochim mir gegenüber einmal bezeichnete) werden wir wohl in Zukunft leben müssen.

Was soll dann aber noch ‚Ehe und Familie‘? Durch die Vielfalt der Möglichkeiten, sich in der Bundesrepublik nun auf den verschiedensten Gebieten der Familienplanung je nach Interessenlage, Weltanschauung und Beruf organisieren zu können, hat auch zu einem drastischen Rückgang unserer Mitglieder von über 360 noch Anfang 1990 auf derzeit unter 100 geführt. Damit wären wir mit unserem Anliegen unter den Verhältnissen bundesdeutscher Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit eigenständig nicht mehr lebensfähig. Darüber werden der Vorstand, die Landesverbände und die Mitglieder der Gesellschaft ‚Ehe und Familie‘ bis zum Sommer 1991 in ihren Gremien und im Rahmen einer Mitgliedervollversammlung endgültig entscheiden.



Dozent Dr. sc. med. Hans-Georg Neumann, Präsident der Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung e. V. „Ehe und Familie“, ist Leiter der Abteilung Familienplanung am Institut für Sozialhygiene der Universität Rostock.

## Die neuen Landesverbände

Bis 1990 war *Ehe und Familie* ein DDR-weiter Verband. Jetzt gibt es Landesverbände, die sich in den nachstehenden Beiträgen vorstellen. Obgleich es nur fünf neue Länder gibt, sind es sechs Beiträge, weil es in Berlin eine Sondersituation gibt. Der Übersichtlichkeit wegen hier die Kontaktadressen der Landesverbände, die sich teilweise *Ehe und Familie (EFA)*, teilweise *Ehe und Familie/Pro Familia* nennen.

**Berlin:** Ehe und Familie, c/o Dr. Hans-H. Fröhlich, Rochstraße 9/20, O-1020 Berlin

**Brandenburg:** Ehe und Familie, c/o Jürgen Tietz, Sperberhorst 7, O-1585 Potsdam

**Mecklenburg/Vorpommern:** Ehe und Familie, Leninallee 70, O-2500 Rostock

**Sachsen:** *Pro Familia*/Ehe und Familie, c/o Prof. Dr. Lykke Aresin, Güdelgossaer Str. 25, O-7027 Leipzig

**Sachsen-Anhalt:** Ehe und Familie, Leninallee 159, O-4020 Halle.

**Thüringen:** Ehe und Familie/*Pro Familia*, c/o Dr. Harald Stumpe, Berliner Str. 26, O-5300 Weimar

## Berlin

In Berlin gibt es die besondere Situation, daß es in einem Stadtgebiet nebeneinander sowohl den Landesverband der *Pro Familia* als auch seit dem 29. September 1990 den Landesverband „Ehe und Familie“ gibt. Die beiden Landesverbände arbeiten bereits eng zusammen, was sich auch in der Organisation zeigt. Es wurde ein „Assoziierter Landesverband“ gegründet.

Der Landesverband „Ehe und Familie Berlin e.V.“ (EFA) hat bereits Anträge zum



Umbau bzw. Aufbau von EFA-Beratungsstellen in sechs der elf Bezirke im Ostteil gestellt. Dazu waren Verhandlungen zunächst mit dem Ost-Berliner Magistrat, dann mit dem (Gesamt-)Berliner Senat sowie den Bundesbehörden erforderlich. Kontakte gibt es auch mit Frauengruppen, die ebenfalls Beratungsstellen in freier Trägerschaft einrichten wollen. Mit der Eröffnung der ersten Beratungsstellen ist in diesen Monaten zu rechnen. Das hängt einzig davon ab, ab wann die beantragten Fördermittel der Bundesregierung dem Landesverband zur Verfügung stehen.

Die Berliner Landesverbände bieten bereits gemeinsame Beratungen an. Zudem besteht der Erfahrungsaustausch zum gesundheitspolitischen und fachlichen Selbstverständnis der beiden Verbände. *Pro Familia* wird „Ehe und Familie“ bei den erforderlichen Nachqualifizierungen – insbesondere auf dem Tätigkeitsfeld der Sozialarbeiterinnen – unterstützen; darüberhinaus gibt sie konkrete Hilfestellung im Zusammenhang mit organisatorischen Erfordernissen beim Aufbau von Beratungsstellen in freier Trägerschaft.

Die MitarbeiterInnen der neuen EFA-Beratungsstellen werden erfahrene und fachlich spezialisierte Kolleginnen und Kollegen der bisherigen Ehe-, Familien- und Sexualberatungsstellen sein. Maßnahmen zur Werbung weiterer Mitglieder sind eingeleitet worden. Die EFA-Berater folgen einem integrativen Beratungskonzept, d. h., daß der Mensch in seiner Ganzheit sowie in seinem sozialen und gesellschaftlichen Kontext im Mittelpunkt steht. Daraus ergibt sich eine stärkere Orientierung auf Paarberatungen. Beratungsinhalte orientieren sich zudem am Beratungsbedarf.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden Dr. rer. nat. Hans-H. Fröhlich (Fachpsychologe der Medizin), der stellvertretenden Vorsitzenden Dr. rer. nat. et sc. phil. Bergit Maspfuhl (Fachpsychologin der Me-

dizin), sowie der Sekretärin und Schatzmeisterin Dr. päd. Christina Walther (Dipl.-Pädagogin).

Dr. Fröhlich und Dr. Maspfuhl sind auch im Gesamtvorstand von „Ehe und Familie – Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung e. V.“ vertreten, womit eine Verbindung auch zum *Pro Familia* Bundes-Vorstand gewährleistet ist.

Hans H. Fröhlich

## Brandenburg

Am 23. 11. 1990 gründete sich aus der Gesellschaft für „Ehe und Familie“ unser Landesverband der Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung Brandenburg e. V.

Die Gründung fand in Fortsetzung einer Weiterbildung für Eheberater des ehemaligen Bezirkes Potsdam statt, in der Kolleginnen von *Pro Familia* und AIDS-Schoolworker aus Westberlin uns über ihre Arbeit informierten.

Wir waren uns darüber einig, daß die bisherigen Aufgaben der Gesellschaft für „Ehe und Familie“ und besonders die darin enthaltene Ehe- und Familienberatung eine besondere, bewahrungswürdige Tradition und Erfahrung in das vereinigte Deutschland einbringt

Daher suchen wir nach Wegen, diese unsere alten mit neuen Aufgaben zu verbinden und zu Beratungsangeboten zu kommen, die an territorial Gewachsenes angepaßt und in den neuen Strukturen funktionstüchtig (vor allem finanzierbar) und notwendig sind.

In unserer Gründungsversammlung haben wir uns der Schnelligkeit der Geschehnisse entsprechend auf eine vorläufige Satzung geeinigt, die wir bis Ende 1991 zu einer allen Umständen und Intentionen angepaßten Arbeitsgrundlage qualifizieren wollen.

Aus ihr geht hervor, daß wir uns besonders folgenden Zielen gewidmet haben:

- Sexualerziehung als Vorbereitung auf Partnerschaft und Familie;
- Beratung von Jugendlichen bei sexuellen, partnerschaftlichen und familiären Problemen;
- Förderung einer verantwortungsbewußten Elternschaft;
- Schwangerschaftskonfliktberatung;
- Förderung der Kontrazeptionsberatung;
- Unterstützung von Maßnahmen zur Vermeidung von ungewollter Kinderlosigkeit



- keit bzw. deren Bewältigung;
- Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten, einschl. AIDS;
- Förderung und Sicherung der Beratung und Behandlung homo- und heterosexueller Personen bei Sexualstörungen, sexuellen Deviationen, sexuellem Mißbrauch und Gewaltanwendung sowie Partnerschaftskonflikten und Beziehungsstörungen;
- Erhalt bestehender und Aufbau neuer Beratungsstellen für Familien-, Partnerschafts- und Sexualberatung;
- Mitarbeit bei der wissenschaftlichen Erforschung medizinischer, psychologischer, pädagogischer, soziologischer und demographischer Probleme von Partnerschaft, Sexualität und Familie.

Wir haben uns vorgenommen, ganz unterschiedliche Beratungsstrukturen in unserem Verband zu vereinen.

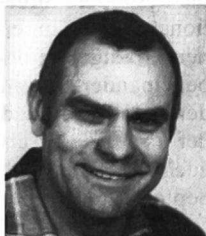
Bisher haben die Beratungsstellen nach Qualifikation der Berater und Fragestellung der Ratsuchenden verschiedene inhaltliche Präferenzen gehabt; von Familienplanung über Umgang mit Sexualität bis hin zur Ausgestaltung von Familienleben. Dieses differenzierte Angebot wollen wir erhalten ebenso wie einige inhaltliche Arbeitsergebnisse der letzten zehn Jahre; z. B. den Grundsatz, daß Beziehung, Sexualität, Schwangerschaft, Elternschaft mindestens eine Paarfrage ist, und wenn es aus einem Vater, der gegangen ist, plus Mutter und Kind besteht.

Unsere allernächste Arbeit wird also darin bestehen, eine solche Arbeitsbasis zu schaffen und Kontakt zu jenen Kolleginnen zu finden, die in unserem Verband mitarbeiten wollen bzw. könnten. Jürgen Tietz

## Mecklenburg-Vorpommern

Zunächst bestand die Notwendigkeit, sich den veränderten territorialen Strukturen der freien Wohlfahrtsverbände anzugleichen, so daß es nun einen Dachverband wie auch einen eigenständigen Landesverband der „Ehe und Familie“ (EFA) geben wird. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden Dr. med. Bernd Eilitz, Wolfgang Krause (stellv. Vors.) und Frau Burgit Stiegert. Gegründet wurde der Landesverband am 5. November 1990.

Der Landesverband will wesentliche In-



links oben: Dr. Fröhlich  
rechts oben: Dr. Walther  
links: Dr. Maspfuhl



halte bisheriger Arbeit bewahren; aber auch mit neuen Inhalten den Menschen in unserem norddeutschen Territorium zur Verfügung stehen. Das bedeutet die Schaffung neuer Beratungsstellen in freier Trägerschaft, um dem durch staatliche Sparplanungen (Abbau der Beratungsstellen an den Polikliniken) entstandenen Beratungsdefizit zu begegnen. Zu unseren Zielen gehören vordringlich:

- Engagement für die Beibehaltung des legalen Schwangerschaftsabbruches der Frau;
- Gewährleistung einer verantwortungsbewußten Schwangerenberatung bei voller Entscheidungsfreiheit der Frau;
- Einflußnahme auf die Verminderung der Unterbrechungen durch Prävention;
- Beratung über Verhütungsmittel einschl. Verfügbarkeit;
- Beratung, Aufklärung und Hilfen bei sexuellem Mißbrauch und Gewaltanwendung;
- Beratung und Behandlung von Partnerschaftsstörungen, einschließlich Sexualstörungen und Familienproblemen;
- wissenschaftlich fundierte Sexualpädagogik in Schulen und mit Multiplikatoren u. v. a.

Besonders im kritischen Vergleich zu unseren westlichen Partnern wollen wir territoriale Beratungsstrukturen erhalten und ausbauen. Wir haben festgestellt, daß – trotz der immer wieder beschworenen politischen Bevormundung – unsere Menschen das Vertrauen zu den Beratungsstellen gefunden und erhalten haben. Das drückt sich z. B. in der Geschlechterverteilung der Beratungen (50:50) und in den Klientenzahlen nach der „Wende“ aus.

Auch sind die Beratungsinhalte der östlichen Bundesländer bisher nicht durch die vordergründige Notwendigkeit zur Zwangsschwangerenberatung gekennzeichnet. Das hatte zur Folge, daß erheblich mehr Menschen mit Partnerschafts- und Sexualstörungen beraten und behandelt werden konnten. Das Bewußtsein, fachlich qualifizierte Hilfen ohne Diskriminierung inanspruch nehmen zu können, ist das Ergebnis einer guten Arbeit und soll durch den Landesverband weiter getragen und ausgebaut werden.

Verantwortungsbewußte Gesundheitspolitik zeichnet sich durch enge Kooperation mit den kommunalen Einrichtungen (wobei wir hier derzeit Stagnation erleben müssen) und freien Trägern aus. Dazu gehören für den Landesverband die politisch orientierte Zusammenarbeit mit dem Ministerium „... Frauen und Familie“, der Bremer Kommune und anderen koordinierenden Institutionen; ganz wichtig jedoch unsere Kontakte zur *Pro Familia* in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein im Hinblick auf ge-

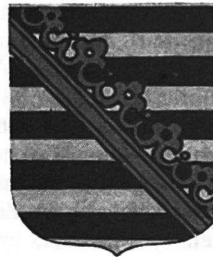
meinsame und unterscheidende Inhalte. Hier erfahren wir oft partnerschaftlichen Austausch, auch in bezug auf künftige Schwangerenkonfliktberatung in ihrer politischen Brisanz.

Derzeit sind wir auf unseren „alten Mitgliederstamm“ angewiesen. Dem Landesverband ist jedoch an der Mitarbeit interessierter Bürger gelegen, auch wenn diese Zeit wenig Raum für derartiges Engagement zu bieten scheint. Nur auf der Grundlage einer breiten, basisdemokratischen Mitarbeit vieler können die eigenständigen Aufgaben bewältigt werden.

Wolfgang Krause

## Sachsen

Der Landesverband Sachsen *Pro Familia*/Ehe und Familie strebt einen raschen Beitritt zum Bundesverband *Pro Familia* an. Das wurde schon während der Gründungsversammlung



am 29. September 1990 deutlich. Realistisch, wenn auch nicht ohne Trauer, teilt die Vorsitzende, Prof. Dr. Lykke Aresin mit, daß die Kündigungswelle in vielen Beratungseinrichtungen anhalte, wovon besonders Halbtagskräfte betroffen seien. Hoffnungen werden auf die Fördermittel aus Bonn gesetzt. Für Leipzig und Chemnitz (dort vom örtlichen Frauenbegegnungszentrum) wurden bereits Anträge gestellt.

Weiter schreibt Frau Prof. Dr. Aresin:

„Als zukünftige Aufgaben verstehen wir den Komplex der Familienplanung einschließlich Schwangerenberatung und Sexualpädagogik sowie Sexual- und Partnerschaftsberatung mit Therapie.“

In Leipzig haben wir Kontakte zur Fraueninitiative und dem Kinderschutzzentrum sowie dem Frauenbegegnungszentrum Chemnitz, 3 Mitarbeiter dieser Einrichtung sind Mitglieder unseres Landesverbandes geworden.

Es besteht der Wunsch nach einer Zusammenarbeit und möglichst schnellen Vereinigung mit *Pro Familia*. Wir benötigen Unterstützung beim Aufbau neuer und dem Erhalt bereits bestehender Beratungsstellen, da anderenfalls konfessionelle Beratungsstellen die entstandenen Lücken schließen werden. Unser Landesverband verfügt bisher über keinerlei finanzielle Mittel und Räume, wohingegen genügend qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen, selbst

wenn diese in bestimmten Bereichen noch Fortbildung und Training brauchen.

Wir planen sowohl aktive Mitgliederwerbung als auch die Fortsetzung der Arbeit mit den bisherigen Mitgliedern.“

Der Vorstand:

Vorsitzende: Lykke Aresin (Prof. em. Dr. sc. med., Nervenfachärztin, Sexualberaterin und Therapeutin, Leiterin der Sexualberatungsstelle an der Univ.-Frauenklinik), Leipzig; Stellvertreter Frank Kroschel (Dipl. Psych., Fachpsychologin für Medizin, Sexualberater und Sexualtherapeut, Gesundheitsamt beim Landratsamt), Markkleeberg; Sekretärin Ingeborg Kiene (Dr. med., Fachärztin für Sozialhygiene, Sexualberaterin und Sexualtherapeutin, Leiterin der Sexualberatungsstelle an der Städt. Frauenklinik), Leipzig; Schatzmeisterin Ildiko Sobeslavsky (Dipl. Psych., BKH Dresden-Friedrichstadt, Abtl. für Sexualmedizin und Sterilitätstherapie), Dresden; Beisitzer/innen Wolfgang Engelmann (Dr. päd., FS-Dozent, Sexualpädagoge), Leipzig; Christine Schwenke (Sozialfürsorgerin), Markkleeberg, und Siegfried Schnabl (Dr. sc. phil., Dipl. Psych., Sexualberater und Sexualtherapeut, Leiter der Sexualberatungsstelle Chemnitz), Chemnitz.



Prof. Dr. Aresin



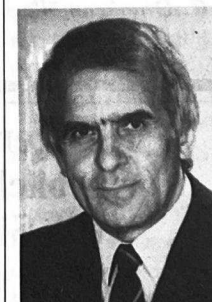
Kroschel



Dr. Kiene



Schwenke



Dr. Engelmann



Sobeslavsky

## Sachsen-Anhalt

Am 1. 11. 1990 wurde in Halle der Landesverband Sachsen-Anhalt der Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung „Ehe und Familie“ e. V. gegründet. Es waren 17 Gründungsmitglieder anwesend.



Vorstandsmitglieder wurden Dr. Claus Drunkenmölle, Halle (Vorsitzender), Dr. Klaus Groscheck, Magdeburg (stellv. Vorsitzender), Karin Born, Halle-Neustadt (Schatzmeister) und Andrea Dreißiger (Sekretär), Stendal.

Über den Beitritt zu *Pro Familia* wird die Mitgliederversammlung des Landesverbandes im nächsten Jahr entschieden. Zwischen Einrichtungen des Landesverbandes Niedersachsen und einigen Beratungsstellen in Sachsen-Anhalt gibt es seit einiger Zeit sehr hilfreiche Kontakte. In gleicher Weise entwickeln sich Kontakte im Rahmen von Städtepartnerschaften (z. B. Halle-Karlsruhe, Magdeburg-Braunschweig).

Für das nächste Jahr sind vorgesehen die Gründung von Ortsverbänden in den Großstädten Halle, Magdeburg und Dessau und eine damit verbundene Mitgliederwerbung. Dabei sollen besonders Lehrer als „Multiplikatoren“ angesprochen werden.

Bei rund 2,9 Millionen Einwohnern im Lande Sachsen-Anhalt und ca. 9000 Schwangerschaftsabbrüchen ergibt sich ein großer Beratungsbedarf. Umso schwerwiegender ist die in den vergangenen Monaten erfolgte Abwanderung von Mitarbeitern in andere sozial-medizinische Bereiche zu sehen. Die vom Bund und den Kommunen bereitgestellten Mittel bieten eine reale Überlebenschance bestehender Einrichtungen.

Schwerpunkte zukünftiger Arbeit werden sein die Schwangerschaftskonfliktberatung, die Unterstützung sexualpädagogischer Aktivitäten mit dem Ziel der Verminderung der Zahl ungewollter Schwangerschaften und die Beratung bei Partnerschaftskonflikten.

C. Drunkenmölle

## Thüringen

Am 7. 12. 1990 gründete sich der Landesverband „Ehe und Familie/ *Pro Familia*“ in Erfurt. Damit wurde auch in Thüringen die Keimzelle für die Entwicklung eines Systems von Beratungsstellen freier und nichtkonfessioneller Trägerschaft gelegt. Die Gründungsmitglieder sind überwiegend in der Praxis tätige Kolleginnen und Kollegen, die schon in der Vergangenheit engagierte Arbeit in der Gesellschaft „Ehe und Familie“ geleistet haben.



Folgender Vorstand wurde gewählt:

Vorsitzender: Dr. med. Harald Stumpe, Facharzt (Weimar), stellvertretende Vorsitzende: Christine Blatz, Diplom-Psychologin (Erfurt), Schatzmeisterin: Dr. med. Christiane Becker, Ärztin (Jena), Schriftführerin: Sigrid Beckmann, Fürsorgerin (Erfurt) und Beisitzerin: Rommy Salzmann, Diplom-Psychologin (Eisenach).

Der gewählte Vorstand des Landesverbandes hat sich das Ziel gesetzt, die traditionell gewachsene, wissenschaftlich orientierte Arbeit in der Gesellschaft „EFA“ mit den Erfahrungen der *Pro Familia*-Verbände, besonders als Träger von Beratungseinrichtungen, zu verbinden und damit bei der im Einigungsvertrag vorgesehenen Schaffung eines pluralistischen Beratungssystems in den neuen Bundesländern mitzuwirken.

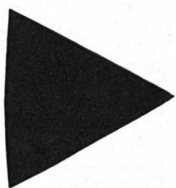
In der kommenden Zeit geht es vordergründig um die Absicherung der Erhaltung und Finanzierung bereits bestehender Beratungsstellen. Da die Anschubfinanzierung an die Richtlinie für die Förderung von Schwangerenberatungsstellen des Bundes gebunden ist, sehen die Mitglieder des Landesverbandes Thüringen ernsthafte Schwierigkeiten. Der Inhalt der Richtlinie für die Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat Befremden bei allen Gründungsmitgliedern hervorgerufen. Sie engt die Beratungstätigkeit in unzulässiger Weise ein und behindert

ein komplex angelegtes Beratungskonzept. Die Richtlinie ist in ihrem Wesen einseitig und kurzsichtig zugleich. Anstatt grundsätzlich auf die Verhinderung ungewollter Schwangerschaften und der damit meist verbundenen Schwangerschaftsabbrüche zu orientieren, setzt sie ungeachtet aller Umstände einseitig auf den Schutz des ungeborenen Lebens ohne die konkrete individuelle Situation der Schwangeren und die Komplexität des Phänomens ungewollter Schwangerschaft zu berücksichtigen. Die Zielstellung „Schutz des vorgeburtlichen Lebens und verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen“ stellt eine Verkürzung bzw. Verkennerung des Problems dar.

Wir unterstützen die Zielvorstellung der Verhinderung ungewollter Schwangerschaften uneingeschränkt. Nur so wird es möglich sein, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche weiter zu senken. Der Ansatz Schwangerenberatung zur Lösung der in der Richtlinie formulierten Aufgaben ist allein nicht tauglich. Nur durch umfangreiche präventive Methoden, die sexualpädagogische Aktivitäten, Familienplanung, aber auch Partnerschafts- und Sexualberatung/therapie einschließen, wird es gelingen, ungewollte Schwangerschaften und die damit verbundenen Abbrüche zurückzudrängen. Das Beratungsverständnis der Mitglieder des Landesverbandes steht damit keinesfalls im Widerspruch zur Richtlinie des Ministeriums. Sie bedarf jedoch einer fachkompetenten Überarbeitung, in die Vertreter verschiedener Träger von Beratungsstellen und wissenschaftlicher Gesellschaften einbezogen werden müssen. Der neu gegründete Landesverband versteht sich jedoch nicht nur als eine Vereinigung von Beratern und Wissenschaftlern, sondern ist bestrebt, in der Zukunft eine breite Mitgliederbasis im Lande Thüringen zu entwickeln. Jeder interessierte Bürger über 18 Jahre, der die Ziele des Vereins unterstützt, kann Mitglied des Landesverbandes werden. Erste Interessenbekundungen sind dem Vorstand bereits zugegangen.

Harald Stumpe

**Übrigens: *Pro Familia* ist ein Mitgliederverband und muß einen erheblichen Teil der Kosten aus eigenen Mitteln aufbringen. Wenn Sie Mitglied bei *Pro Familia* werden möchten, wenden Sie sich an die Ihnen nächstgelegene Beratungsstelle oder schreiben Sie dem zuständigen Landesverband.**





## Kontakte und Freundschaften schon seit Anfang 1990

### Viele Pro Familia-Beratungsstellen sind zu Hilfen in den neuen Ländern bereit

Nachdem die Grenze im November 1989 offen war, bekamen Pro Familia-Beratungsstellen vor allem im Grenzgebiet zu spüren, daß Pro Familia in der früheren DDR durchaus ein Begriff war. Es gab bald zahlreiche Besuche, aus denen vielerorts feste Kontakte, oft gar Freundschaften entstanden sind. Auch die Landesverbände und der Bundesverband knüpften Kontakte. Dabei wurde die personelle Kapazität oft überstrapaziert, aber die nahm man vor allem in der Anfangsphase gern in Kauf. Mittlerweile muß über „geordnete“ Kontakte nachgedacht werden. Vorreiterrollen übernahmen viele örtliche Gruppen, aber z. B. auch der Landesverband Niedersachsen mit seiner Tagung in Bad Nenndorf, der Landesverband Hessen mit seiner Starthilfe in Thüringen und der Bundesverband, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mehr und mehr mit handfesten Dingen wie den Förderrichtlinien (siehe Seite 10/11) zur Einrichtung von Beratungsstellen zu befassen haben. Das geht nicht immer auf dem Postweg. In Berlin fand u. a. ein „Schnellkurs“ zum Erlernen des Umgangs mit Antragstellungen statt.

Im Herbst 1990 startete die Bundesgeschäftsstelle eine Umfrage bei allen 115 Pro Familia-Beratungsstellen in den alten Bundesländern. Das Echo war sehr groß. Über die Hälfte aller Beratungsstellen antwortete. Davon erklärten 80 Prozent ihre Bereitschaft, Anfragen aus den neuen Bundesländern zu beantworten und Initiativen zu unterstützen. Nur neun Beratungsstellen lehnten dies aus personellen Gründen ab.

Als die Umfrage lief, hatten bereits 29 Beratungsstellen, also jede vierte, Kontakte zu Ehe- und Sexualberatungs-, Familien- oder Partnerschaftsberatungsstellen aufgenommen, außerdem gab es etliche Kontakte zu Fraueninitiativen, Ärzten und Polikliniken.

Das Hauptinteresse aus der damals noch existierenden DDR lag naturgemäß erst einmal bei Informationsmaterial. 15 Anfragen zur Gründung von Beratungsstellen gab es im Herbst bereits (eine Zahl, die im Winter stark gestiegen ist). Fortbildungsmöglichkeiten waren ebenfalls gefragt.

41 Beratungseinrichtungen der Pro Familia boten die Möglichkeit der Unterstützung in Form von Erfahrungsaustausch und Hos-

spitation, Fortbildung und gar Hilfe beim Aufbau von Familienplanungszentren an.

Die Umfrage konnte nur nüchterne Zahlen erbringen. Nicht erfaßt wurden die zahlreichen persönlichen Kontakte zwischen einzelnen Frauen und Männern aus der Pro Familia. Inzwischen gibt es auch Kooperationen zwischen Städten, die ohnehin Partnerschaftsverträge haben (z. B. Braunschweig-Magdeburg oder Marburg-Eisenach). Weitere Kontakte zwischen Frauenbeauftragten bei Kommunen in Ost- und Westländern vertiefen sich, gemeinsame Veranstaltungen finden statt – oft auch informell. Um weitere Wünsche nach Kooperation aus den neuen Bundesländern zu unterstützen, hat die Bundesgeschäftsstelle ein Arbeitsmaterial erstellt, das eine Übersicht von Unterstützungsangeboten der Pro Familia-Beratungsstellen gibt.

Dieses Arbeitsmaterial kann bei Michael Artmann im Bundesverband der Pro Familia (Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt) angefordert werden. Es ist genau angegeben, in welchen Bereichen man bereit ist zu helfen: Aufbau von Beratungsstellen, Hilfe bei der Gründung von Ortsverbänden, Informationsaustausch, Beratungsaustausch, Fortbildung sowie die AnsprechpartnerInnen in den Beratungsstellen). Diese Übersicht wird derzeit an Interessenten geschickt, die sich aus den neuen Bundesländern melden. Für die westlichen Beratungsstellen kann sie ein Anreiz sein, ebenfalls aktiv zu werden: Sie sollten sich in der Bundesgeschäftsstelle melden.

Angesichts der zu erwartenden Fusion zwischen Pro Familia und der Schwesterorganisation *Ehe und Familie* sind Basiskontakte besonders wichtig. Und die Basis in der neuen Bundesrepublik muß zusammenrücken, wenn die Diskussion um die endgültige „gesamtdeutsche“ Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in die heiße Phase gerät.

– tz –

## Pro Familia kennt doch jeder! (?)

*In diesem Heft, das „Familienplanung im geeinten Deutschland“ heißt, geht es naturgemäß um die fünf hinzugekommenen Länder. Die Redaktion ist der Meinung, daß in diesem Heft auch Grundinformationen über Pro Familia enthalten sein müssen, beispielsweise für die neuen Leserinnen und Leser in den neuen Ländern. Und mancher in den westlichen Ländern kann wohl auch nicht mit voller Überzeugung sagen „Pro Familia kennt doch jeder!“*

Wir informieren hier daher einmal kurz über einige Strukturprinzipien der Pro Familia und dokumentieren eine grafische Darstellung der Bundesverbandsstruktur (Seite 19).

Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V. ist ein Mitgliederverband, der 1952 gegründet wurde. Pro Familia hat eine föderative Struktur. Der Verein gliedert sich in Bundesverband, Landesverbände und Orts- bzw. Kreis- und Bezirksverbände. Die Mitglieder des Bundesverbands sind 10 Landesverbände, die sich mit Ausnahme des Landesverbands Rheinland-Pfalz/Saarland an den Grenzen der Bundesländer orientieren.

Die jährlich tagende Mitgliederversammlung ist das höchste Vereinsorgan des Pro Familia-Bundesverbands.

Der Bundesvorstand ist das maßgebliche Entscheidungsgremium des Pro Familia-Bundesverbands zwischen den Mitgliederversammlungen. Die Mitglieder des Bundesvorstands repräsentieren den Bundesverband in ihren Landesverbänden und nach außen.

Um alle Landesverbände an den Entscheidungen des Bundesverbands gleichberechtigt zu beteiligen, entsendet jeder Landesverband eine/n Vertreter/in in den Bundesvorstand.

Die Fachgebiete haben die Aufgabe, dem Bundesvorstand in fachlichen Fragen zuzuarbeiten.

Generell wird der Verband überlegen müssen, ob neue Strukturen für den Bundesverband notwendig werden, um den Zielen und Aufgaben einer gesamtdeutschen Familienplanungsorganisation gerecht zu

## Pro Familia im Überblick

	Anzahl	davon	
<b>BERATUNGSSTELLEN</b> (Dez. 1988)	112	anerkannt nach § 218 b StGB	104
		Familienplanungszentren <sup>1</sup>	5
<b>NEUE KLIENTINNEN UND KLIENTEN</b> (1988)	150.000	Beratene Personen <sup>5</sup>	120.000
		-davon Frauen	80%
		-davon Ausländer/innen	18%
		über Jugendarbeit erreichte Personen (1984)	30.000
<b>BERATUNGSFÄLLE</b> <sup>4,5</sup> (1988)	100.000	nach Schwerpunkt der Beratung:	
		Schwangerschaft	63%
		Familienplanung	15%
		Partnerschaft/Sexualität	15%
		sonstige Schwerpunkte	7%
<b>BERATUNGSSTIZUNGEN</b> (1988)	190.000	nach Schwerpunkt der Beratung:	
		Schwangerschaft	44%
		Familienplanung	20%
		Partnerschaft/Sexualität	29%
		sonstige Schwerpunkte	8%
<b>MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER</b> (Dez. 1988)	878	Angestellte und Honorarkräfte	757
		-darunter nach Wochenarbeitszeit:	
		35 Stunden und mehr	6%
		20 bis 34 Stunden	42%
		weniger als 20 Stunden	52%
		-darunter nach Berufen:	
		Ärztinnen/Ärzte	26%
		Sozialarbeiter/innen	25%
		Psycholog/inn/en	13%
		Pädagogen, Lehrer/innen	7%
		Krankenschwestern, MTA etc.	5%
		sonstige	24%
		ABM, ZDL <sup>2</sup>	64
		Ehrenamtlich Tätige <sup>3</sup>	57
<b>FINANZAUFKOMMEN</b> <sup>6</sup> (1988)	DM 25,3 Mio	nach Art der Einnahmen:	
		von Bundesländern	40%
		von Kommunen und Kreisen	30%
		von Bundesregierung	4%
		Eigenmittel und sonstiges	27%
<b>VEREINSMITGLIEDER</b> (Dez. 1988)	6.154		

1) mit Möglichkeit der medizinischen Behandlung zur Familienplanung und Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche

2) ABM=befristet Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen); ZDL=Zivildienstleistende

3) nur in Beratungsstellen ehrenamtlich Tätige (ohne die in Vorständen und Gremien ehrenamtlich Tätigen)

4) Beratung von Paaren und Familien gilt jeweils als ein Beratungsfall

5) nur Erstberatungen 1988

6) PRO FAMILIA-Landesverbände einschließlich Bundesverband



werden. Der Bundesvorstand hat bereits begonnen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

„Pro Familia im Überblick“ heißt die nebenstehende Aufstellung, die Wichtiges aussagt über die bisherige Mitarbeiterstruktur, die Beratungsangebote des Verbands und ihre Inanspruchnahme durch die Ratsuchenden.

# 14. Rostocker Tagung der Gesellschaft „Ehe und Familie“

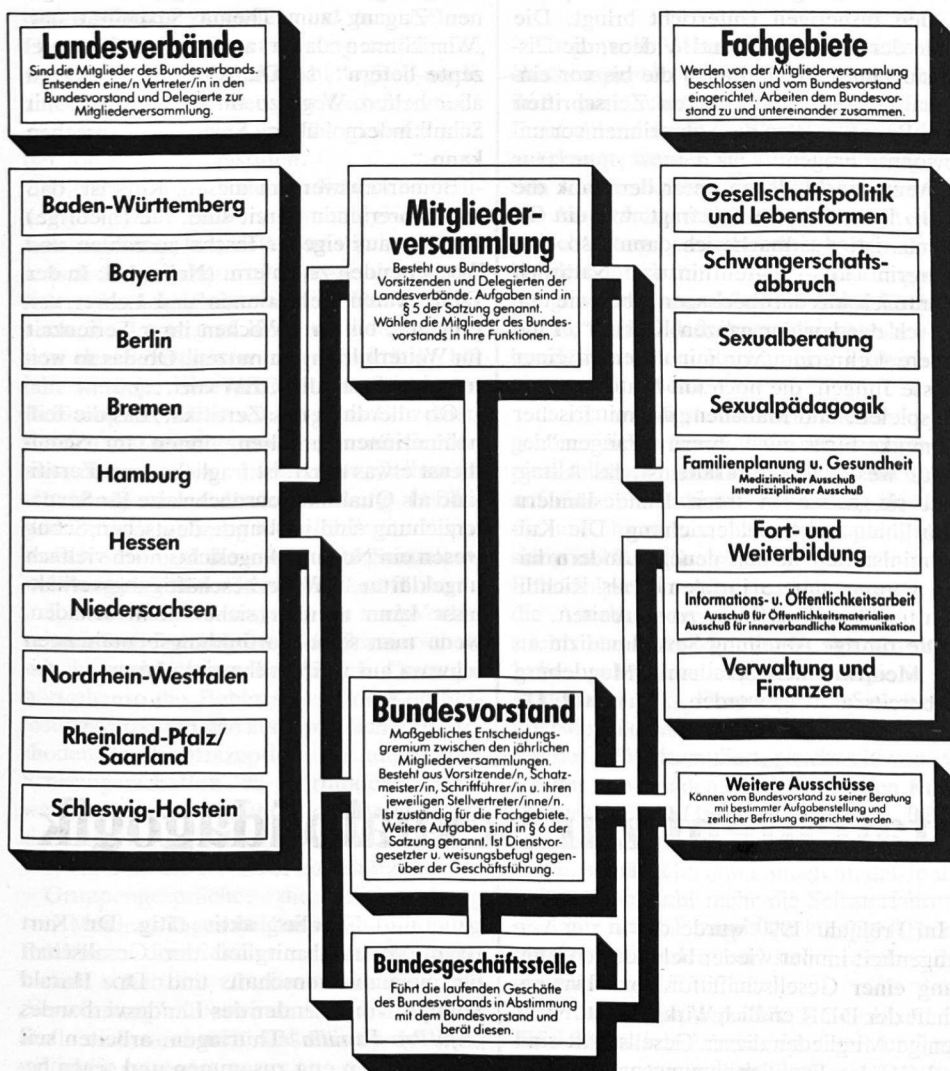
Robert Bolz

Auch die neue Namensgebung „Rostocker Tagung“ (bisher hieß die in der Regel alle zwei Jahre stattfindende Fachtagung der DDR-Schwesterorganisation „Ehe und Familie“: Rostocker Fortbildungstage, abgekürzt RoFaTa) konnte nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß in Rostock etwas zuende ging. Sicher noch nicht die Existenz

der zweiten deutschen Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung, besser bekannt unter dem Namen „Ehe und Familie“, noch Vollmitglied der IPPF Europa, bis die gemeinsame Vertretung geklärt ist. Aber auf jeden Fall die Geschichte von insgesamt vierzehn wissenschaftlichen Tagungen (der wissenschaftliche Charakter der RoFaTas war den DDR-KollegInnen immer sehr wichtig), die im Oktober 1965 mit der ersten Veranstaltung begann. Karl-Heinz Mehlan, der langjährige Vorsitzende von „Ehe und Familie“ – bis 1990 eine Sektion in der Gesellschaft Sozialhygiene der DDR – hatte die Rostocker Fortbildungstage gegründet und war nun nach 25 Jahren auch bei dem (vorläufigen) Ende mitanwesend: sicher für ihn und für viele andere engagierte KollegInnen in der ehemaligen DDR nicht einfach. Vielleicht ist in dieser Zeitschrift demnächst eine ausführliche Würdigung der 14 Rostocker Veranstaltungen möglich.

So war auch nicht verwunderlich, daß von angemeldeten 220 TeilnehmerInnen nur knapp 70 gekommen waren: viele erhielten keine Dienstbefreiung bzw. keine Kostenerstattung. Und für viele – so war zu hören – war die Frage der beruflichen Weiterarbeit nach dem 31. 12. 90 wichtiger, als sich drei Tage lang mit Problemen der Ehe- und Sexualberatung unter der Rahmenthematik: „Bewußte Sexualität – erfüllte Partnerschaft“ zu befassen. Ebenso hatten etliche ReferentInnen abgesagt. Die Tagungseinheiten waren überschrieben mit „Individuelle und soziale Aspekte menschlicher Partnerschaft“, „Spezielle Aspekte menschlicher Sexualität“, „Sexualstörungen des Mannes“ und der letzte Halbtage war dem Thema AIDS gewidmet. Trotz der Absagen gab es noch viele Referate mit vielen Untersuchungsergebnissen und Daten. Wie überhaupt die Sozialempirie bei den Rostocker Fortbildungen immer stark vertreten war, zum Teil jedoch mit Kleinstuntersuchungen (z. B. N = 14!), die zumindest bei mir immer wieder die Frage aufkommen ließen, wozu das dienen sollte. Vielleicht war auch diese Forschung der Ausdruck eines „Nischendaseins“ in der ehemaligen DDR. Und sicher sollten die großangelegten Untersuchungen, wie die Partnerschafts- und Sexualverhaltensstudien des „Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ)“ Leipzig,

## Struktur des PRO FAMILIA Bundesverbandes



die auch Eingang in die Literatur fanden (als Beispiel: Starke/Friedrich: Liebe und Sexualität bis 30, Berlin/DDR: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1984; besprochen in *pro familia magazin* 2/85) dokumentieren, wieweit die Menschen, besonders die jungen, in der DDR bereits sind: „Gesellschaftspolitisch sehr aktive junge Menschen sind auch sexuell aktiver“ (*pro familia magazin* 2/85, S. 17/18). Hier sind Zweifel angezeigt: so spricht Maaz davon, „daß eine allgemein sexualfeindliche Erziehung ... die Regel (war). Dabei mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß statistische Befragungen scheinbar günstigere Ergebnisse brachten, die jedoch einer genaueren Analyse nicht standhielten ... Unter den von uns untersuchten 5000 Patienten war nicht einer, der sich nicht in seiner sexuellen Lust- und Befriedigungsfähigkeit als behindert und gestört eingeschätzt hätte.“ (in: Der Gefühlsstau, Berlin: Argon, 1990, S. 62). TeilnehmerInnen in Rostock bestätigten Ähnliches.

Aufgrund von Anregungen von Monika Simmel-Joachim, der Vorsitzenden von *Pro Familia*, von Elisabeth Jandl-Jäger, der Präsidentin der IPPF Europa Region, die beide in ihren Beiträgen auf die aktuelle Situation nach der Vereinigung Deutschlands eingingen, und auch von mir, entschloß sich der Vorstand von „Ehe und Familie“, einen Halbtage zu einem Round-Table-Gespräch zur aktuellen Lage („Wie geht es mit den Beratungsstellen weiter?“) umzuwidmen, was nach Rückmeldungen vieler der anwesenden KollegInnen als sehr wichtig eingeschätzt wurde.

Mit der Verabschiedung des „Rostocker AIDS-Statement“ im nunmehr sehr klein gewordenen TeilnehmerInnenkreis am letzten Tag, fand die 14. Tagung der (ehemaligen DDR-) Gesellschaft „Ehe und Familie“ ihr Ende. Ob es jemals wieder eine Rostocker Tagung geben wird?

#### Literaturhinweise:

- I. Nordhoff: Familienplanung und Sexualität in der DDR, in: *pro familia magazin* 2/85  
*pro familia magazin* 6/87; Schwerpunktthema: Zum Beispiel DDR  
 J. Heinrichs: Veranstaltung „Sexualität BRD/DDR“, in: *pro familia magazin* 5/90  
 R. Raue: Familienplanung und Sexualerziehung im Sozialismus der DDR, in: *pro familia magazin* 6/90

## Wie sagen wir es den Schulkindern?

### Fortbildung für Lehrer in Sachsen-Anhalt zur Sexualerziehung

Sexualerziehung – diesen Begriff gab es in den Schulen der bisherigen DDR nicht. Dennoch haben viele Lehrerinnen und Lehrer in der Praxis mit den Schülerinnen und Schülern über Fragen der Verhütung, der Sexualität und natürlich der Fortpflanzungsmechanismen gesprochen. Daß dennoch eine Verunsicherung vorhanden ist, zeigte sich zu Beginn eines Fortbildungsprogramms „Sexualerziehung“, das die Abteilung Sexualmedizin an der Medizinischen Akademie Magdeburg anbietet.

Zum Vorbereitungsseminar kamen 30 Lehrerinnen (kein einziger Mann) aus Sachsen-Anhalt, aber auch von weiter her nach Magdeburg. In der Auftaktdiskussion wurde deutlich, daß die Wende und vor allem die Öffnung der Grenze neue Aspekte in den bisherigen Unterricht bringt. Die Welle der Pornoshops und -Videos, die Diskussion um Aids und auch die bis vor einhalb Jahren unbekanntem Zeitschriften wie „Bravo“ stellen die Lehrerinnen vor ungewohnte Fragen.

„Wenn ein Mädchen unter der Bank die *Bravo* liest und plötzlich fragt, was ein Orgasmus ist, was mache ich dann“, so eine Lehrerin und fügte hinzu: „Natürlich könnte ich was darüber sagen, aber wie mache ich das vor der ganzen Klasse?“. Eine andere Lehrerin: „Vor mir sitzen in einer Klasse Jungen, die noch mit Matchbox-Autos spielen, und Mädchen, die mit frischer Schminke Flirts mit Lehrern anfangen.“

Für westliche Lehrkräfte ist das Alltag. Und sie haben in ihren Bundesländern Richtlinien zur Sexualerziehung. Die Kultusministerien in den neuen Ländern haben vorerst andere Probleme, als Richtlinien für Sexualerziehung zu erarbeiten.

Die rührige Abteilung Sexualmedizin an der Medizinischen Akademie Magdeburg ist bereits aktiv geworden. Ihr Leiter, Dr.

Hans-Joachim Ahrendt, hat dem Kultusministerium von Sachsen-Anhalt bereits signalisiert, daß seine Abteilung bei der Erstellung der Richtlinien gern mitzuarbeiten bereit sei. Im Vorfeld läuft nun bis zum Sommer das Fortbildungsprogramm für Lehrer. Das Team besteht neben Dr. Ahrendt aus der Diplom-Psychologin Dr. Carmen Beilfuß, der Dipl.-Pädagogin Cornelia Haase und der Dipl.-Pädagogin Birgit Steimer.

Alle vier arbeiten seit Jahren zusammen und haben die Entwicklung in der früheren Bundesrepublik genau verfolgt. Ihre Arbeitsweise entspricht der ähnlicher Angebote andernorts. Zur „Einstimmung“ wurde in einer Art Rollenspiel deutlich gemacht, daß jede Lehrkraft aufgrund eigener Erfahrungen und Einstellungen einen eigenen Zugang zum Thema Sexualität hat. „Wir können daher auch keine Patentrezepte liefern“, so Dr. Ahrendt, „möchten aber helfen, Wege zu finden, wie man mit Schulkindern über Sexualität sprechen kann.“

Bemerkenswert an diesem Kurs ist, daß die Lehrerinnen bereit sind, die (niedrige) Gebühr aus eigener Tasche zu zahlen und Wochenenden zu opfern. (Nebenbei: In der DDR waren Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet, bis zu 2 Wochen ihrer Ferienzeit für Weiterbildung zu nutzen. Ob das so weitergeht, da sei die GEW vor ...).

Ob allerdings das Zertifikat, das die Teilnehmerinnen erhalten, ihnen im Schuldienst etwas nutzt, ist fraglich, denn Zertifikate als Qualifikationsnachweise für Sexualerziehung sind im bundesdeutschen Schulwesen ein Novum. Angesichts noch vielfach ungeklärter Weiterbeschäftigungsverhältnisse kann es aber sicher nicht schaden, wenn man seine Fortbildungsbemühungen schwarz auf weiß nachweisen kann. —tz—

## Statement zur Sexualpädagogik

Im Frühjahr 1990 wurde die in der Vergangenheit immer wieder behinderte Gründung einer Gesellschaft für Sexualwissenschaft der DDR endlich Wirklichkeit. Nicht wenige Mitglieder dieser Gesellschaft sind auch in der Familienplanungsorganisation

„Ehe und Familie“ aktiv tätig. Dr. Kurt Bach, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Dr. Harald Stumpe, Vorsitzender des Landesverbandes „Efa/Pro Familia“ Thüringen, arbeiten seit vielen Jahren eng zusammen und sehen be-



sonders in der teilweise stark vernachlässigten sexualpädagogischen Arbeit großen Nachholbedarf. Sie verfaßten daher folgendes Statement, welches auch den zuständigen Stellen der Landesregierungen übergeben wird:

## Sexualerziehung in den Schulen

Es gehört zu den Grundrechten aller Kinder und Jugendlichen, auch sexuell gebildet und erzogen zu werden.

Diese Aufgabe ist sowohl Recht und Auftrag für die Eltern als auch für die gesellschaftlichen Erziehungsträger.

Vorschulkinder und SchülerInnen sind keine asexuellen Wesen. Kinder verhalten sich sexuell, wobei die Ausdrucksformen kindlicher Sexualität sehr unterschiedlich sein können. In nicht wenigen Unterrichtsthemen sind sexuelle Probleme und Sachverhalte enthalten.

Die meisten Pädagogen verfügen trotz bestehender Unsicherheiten über das notwendige Fachwissen und haben die Pflicht, die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen allseitig zu bilden und zu erziehen. Dazu gehört die Beantwortung der Kinderfragen und die Vermittlung biologisch-medizinischen Grundwissens im Sachunterricht der Grundschule und im Biologieunterricht der folgenden Schulstufen.

Darüber hinaus sollen in diesen und in allen geeigneten Fächern psychologische, gesellschaftliche, kulturelle, juristische, künstlerisch-ästhetische u. a. Aspekte der Sexualitäten berücksichtigt werden. Dabei sollte auch die Lust- und Kommunikationsfunktion der Sexualitäten uneingeschränkt beachtet werden. Eine adäquate erzieherische Beratung zur Verantwortung des Einzelnen für sich und seine PartnerInnen soll die Heranwachsenden zur sinnvollen Selbstentscheidung und Selbstbestimmung befähigen. Sexualerziehung muß daher emanzipatorisch sein und die ungestörte Sexualentwicklung als Teil der Persönlichkeit fördern.

In diesem Sinne ist sie immer auch Vorbereitung auf eine beglückende Partnerschaft mit ihren vielfältigen Problemen. Dazu gehört ebenso das Beherrschen von Konfliktlösungsvarianten wie auch von sicheren Methoden der Kontrazeption, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Eine weitere Aufgabe besteht in der Befähigung, sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten, einschließlich AIDS, zu schützen.

Gruppengespräche, die Einbeziehung von Medien, Tagesereignisse und situative Erlebnisse der Schüler und methodische Vielfalt sollen mit zunehmendem Alter die „Verschulung“ überwinden und an deren Stelle mehr und mehr das Prinzip der Freiwilligkeit setzen.

Geeignete Unterrichtsmaterialien sind zur Verfügung zu stellen, die Lehrer-, Schüler- und öffentlichen Bibliotheken müssen ihre Bestände systematisch erweitern. Schulfunk und Bildungsfernsehen sollten Programme zur Sexualerziehung gestalten, die von Schulen und Freizeitzentren genutzt werden können.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Beschluß vom 21. 12. 77 die Sexualerziehung in den öffentlichen Schulen für legitim und legte die grundsätzliche Entscheidungskompetenz über die Einführung und Grobziele in die Verantwortung der Landesparlamente, wobei diese an die vom Bundesverfassungsgericht formulierten Leitlinien gebunden sind.

Die Gesellschaft für Sexualwissenschaft hat sich, vorwiegend im Rahmen ihrer Arbeitsgemeinschaft „Sexualerziehung“, intensiv mit sexualpädagogischen Problemen

auseinandergesetzt und versichert den Parlamenten der neuen Bundesländer ihre Bereitschaft, sie bei der Entscheidungsfindung über Ziele, Inhalte und Methoden der Sexualerziehung zu beraten.

Wir halten es für unbedingt erforderlich, die Sexualpädagogik in die Lehrerbildung obligatorisch aufzunehmen, den Studenten Gelegenheit für didaktische Studien und die Entwicklung von Unterrichtseinheiten zu geben, Themen für schriftliche Arbeiten anzuregen. Weiterhin müssen zukünftig vielfältige Formen der Fort- und Weiterbildung zu sexualpädagogischen Schwerpunkten für PraktikerInnen initiiert werden. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, ebenso VertreterInnen des Landesverbandes „Efa/Pro Familia“ Thüringen, verfügen über umfangreiche Erfahrungen und stellen diese gern zur Verfügung.

## Psychotherapeuten in Ostdeutschland bängen um berufliche Zukunft

Sorgenvolle Mienen bekamen viele Psychotherapeuten in der DDR, wenn sie an ihre berufliche Zukunft im vereinten Deutschland dachten. Wird ihre Ausbildung anerkannt, werden sie zur Abrechnung mit den Krankenkassen zugelassen und werden sie Ausbildungswege, die sich nach ihrer Einschätzung besser bewährt haben als die bundesdeutschen, in die Ausbildungsordnungen einbringen können? Oder fürchten sie zu Recht, daß ihnen die bestehenden bundesdeutschen Regelungen kurzerhand übergestülpt werden?

Zu den wichtigsten Wurzeln solcher Ängste gehören die Unterschiede in der Psychotherapieausbildung hüben und drüben. Das wurde auf einer Diskussionsveranstaltung deutlich, die im Rahmen eines Psychotherapie-Symposiums in Halle (Saale) stattgefunden hat. Die Lehranalyse, die jeder durchlaufen muß, der die Anerkennung als Psychoanalytiker anstrebt, stand im Mittelpunkt der Kritik an Lehre und Praxis der Psychotherapie in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde überwiegend von Ärzten und Psychologen aus der DDR formuliert, gleichwohl von vielen der anwesenden bundesdeutschen Kollegen unterstützt. Hans-Joachim Maaz, leitender Psychotherapeut des Diakonie-Werkes in Halle, bemängelte unter anderem, daß in der Lehranalyse nicht mehr die Selbsterfahrung im Sinne einer „Therapie des künftigen Therapeuten“ im Vordergrund stehe, sondern das abschließende Zertifikat.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Lehranalyse langwierig, teuer und nur den Ärzten zugänglich. In der DDR war

sie, sehr zum Leidwesen der tiefenpsychologisch orientierten Therapeuten, verboten. Alles, was mit Psychoanalyse und den aus ihr hervorgegangenen tiefenpsychologischen Konzepten und Methoden zu tun hatte, war tabu. Das konnte auch nur bedingt unterlaufen werden, indem man der Sache offiziell einen anderen Namen gab und sie „psychodynamisch“ nannte.

Diese Situation hat dazu geführt, daß die Fronten zwischen den Lagern der Psychotherapeuten in der DDR anders verlaufen als in der Bundesrepublik Deutschland. Während im Westen die Psychologen als mögliche Konkurrenz und als angeblich minderqualifiziert von vielen Ärzten bekämpft werden, haben sich im Osten die tiefenpsychologisch ausgerichteten Ärzte und Psychologen jetzt in einem gemeinsamen Berufsverband zusammengeschlossen. Ebenso kämpfen im Lager der „Bremsen“ Ärzte und Psychologen Seite an Seite.

Für die Psychologen, die ihre Leistungen bisher ebenso wie die Ärzte im Rahmen der kostenlosen Gesundheitsversorgung der DDR zur Verfügung gestellt haben, wäre es eine besondere Härte, wenn die derzeitigen Zulassungskriterien zur Abrechnung mit den Krankenkassen eines Tages auch für sie gälte: Sie wären dann von Berufs wegen ausgeschlossen. Die Kassen übernehmen die Behandlungskosten in einer psychologischen Praxis nämlich in der Regel nur dann, wenn ein Arzt den Psychologen mit der Behandlung eines Patienten beauftragt hat.

Claudia Kronschwitz

in „Frankfurter Rundschau“ 22. 10. 90

# Buchbesprechungen



*Hans-Joachim Maaz:*  
Der Gefühlsstau: Ein  
Psychoprogramm der  
DDR. Argon Verlag,  
Berlin, 1990. 248 Sei-  
ten, DM 19,80.

Als ich Mitte November 90 dieses Buch in einer Rostocker Buchhandlung kaufte, war mir der Name Hans-Joachim Maaz bereits bekannt. Bekannt durch Berichte über das Forum „Psychotherapeuten äußern sich zur Situation in unserem Land“ am 27. Januar 1990 in der Berliner Charité, durch Aufsätze wie „Die psychische Revolution hat noch nicht stattgefunden“ (in „Psychologie Heute“ April 1990) und durch einen Artikel von Wolf Büntig „Zwei Tage in Halle“ (in ZIST-Programm Jan.–Juni 1991), in dem Büntig von einem Besuch bei Maaz in Halle berichtet. Voller Interesse begann ich daher bei der Rückfahrt von Rostock nach München – eine immer noch 14 Stundenreise – im „Gefühlsstau“ zu lesen und mußte feststellen, daß mich dieses Buch, auch nach der Ankunft in München, tagelang beschäftigte.

Worum geht es? Maaz, Jahrgang 1943, Arzt und Psychotherapeut, seit 1980 Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle, hat dieses Buch in etwa zwölf Wochen „wie im Fieber“ nach Feierabend geschrieben. Er versteht es nicht als einen persönlichen Erfahrungsbericht: „Alle Aussagen hatten sich längst in den letzten zehn Jahren als emotionales Erleben in meinem Bauch und Herzen und als Erkenntnisse in meinem Kopf angesammelt.“ Daß er es jetzt in dieser Schnelligkeit niederschreiben konnte, ist für ihn Teil seiner „Trauerarbeit, meines persönlichen Versuches der Vergangenheitsbewältigung.“

Die Bewältigung einer speziellen Vergangenheit, nämlich die des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR, den Maaz als repressives System im ersten Kapitel seines Buches abhandelt: von der staatlichen Repression über die führende Rolle der Partei SED zur Macht der „Staatssicherheit“ und der daran anschließenden Repression durch die Justiz. Auch die repressive staatliche Er-

ziehung (hier bekommt die fast hundertprozentige „Versorgung“ durch Kinderkrippen und -gärten und andere Einrichtungen ein anderes Gesicht!), die familiäre Repression, die repressive Medizin und auch die kirchliche Repression werden dargestellt, ebenso wie die „Folgen der Repression“, gebündelt in den Beschreibungen des „Mangelsyndroms“ und des „Gefühlsstaus“.

Das Mangelsyndrom ergibt sich für Maaz aus dem inneren Mangelzustand, bei dem Grundbedürfnisse des Menschen, körperlich, seelisch, sozial und spirituell betrachtet zu keiner Befriedigung kommen, analog der äußeren Mangelsituation, die gekennzeichnet war durch „die ewige Suche nach bestimmten Waren, das Organisierenmüssen, die kleine Korruption der „Beziehungen“ (im Volksmund: „Vitamin B“), (die) uns alle chronisch zermürbt (hat). Als Folgen des Mangelsyndroms sieht er die Entfremdung von der Natürlichkeit, Blockierung der Emotionalität und Spaltung der Persönlichkeit.

Kapitel drei ist den Kompensationsbemühungen gewidmet. Hier beschreibt der Autor zuerst Alltagskultur und Merkmale einer für die DDR typischen Lebensweise als Kompensationsversuch, bevor er sich den Charakterdeformierungen, wie dem gehemmten und dem zwanghaften Charakter, zuwendet, und den sozialen Rollen als Möglichkeiten der Kompensation. Idealtypisch werden die Machthaber, die Karrieristen, die Mitläufer, die Oppositionellen, die Ausreisenden/Flüchtenden und die Utopisten beschrieben.

In dem vierten Kapitel befaßt sich Maaz mit der Psychologie der „Wende“. Er hält es für geboten, die gesellschaftlichen Veränderungsvorgänge des Oktober 1989, die als „Wende“ und „friedliche Revolution“ deutsche Geschichte gemacht haben, auch aus psychologischer Sicht kritisch zu würdigen. Was er dann auch tut und zu der schwerwiegenden Aussage kommt: „Es hat keine Revolution stattgefunden! Es gibt zwar gravierende politische, ökonomische und soziale Veränderungen, aber die psychischen Strukturen der Menschen sind bisher unangetastet, so daß gesellschaftliche Veränderungen weder aus den Menschen heraus gereift wären, noch in ihnen wurzeln könnten.“ Er belegt diese gewaltige Aussage in diversen Unterkapiteln, so in psychologischen Betrachtungen und Analysen der situativen Krise in der DDR, des Ablaufs der dann folgenden „friedlichen Revolution“, des Scheiterns

eines eigenständigen Weges der Demokratisierung der DDR, der Grenzöffnung („Deutschland eilig Vaterland“), der Deutung der Volkskammerwahlergebnisse, der Folgen der „Wende“ und in einem Nachtrag ... Problem der „Gewaltfreiheit“.

Kapitel fünf befaßt sich mit dem Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten als einem sozialpsychologischen Problem. Maaz beschreibt zuerst die psychologische Bedeutung der Spaltung Deutschlands („Ich kann die DDR-Krise nicht losgelöst von der gesamtdeutschen Problematik und letztlich auch nicht ohne Bezug auf Europa und die Situation in der Welt sehen“), um den Vereinigungsprozeß als psychischen Abwehrvorgang zu sehen. Maaz ist hier sehr mutig: Er wendet das „Kollisionsprinzip“ Jörg Willis auf das „deutsche Paar“ an, „um auch die Spaltung des Landes in ihrem psychologischen Zusammenspiel zu verstehen“. Nicht nur die Spaltung, auch die Vereinigung kann seiner Meinung nach psychologisch gefährlich werden, „wenn jetzt die unbewältigte psychische Vergangenheit beider deutscher Staaten erneut ohne Trauerarbeit verschmilzt“.

Die beiden letzten Kapitel widmet Maaz der Psychotherapie im Dienste der „psychischen Revolution“ und einer neuen „therapeutischen Kultur“. Unter der „psychischen Revolution“ versteht er einen prozeßhaften Weg, der uns mit „unseren gestauten Gefühlen konfrontiert, dem Wiedererleben aller repressiven Erfahrungen und unseren ungestillten Sehnsüchten“, einem „schmerzlichen Weg von Erkennen, Fühlen und Verändern.“ Ein Weg für beide Seiten: für die BRD in den Mauern der „real existierenden Marktwirtschaft“ und für die DDR in denen des „real existierenden Sozialismus“. Unter dem Begriff der „therapeutischen Kultur“ versteht Maaz „Rahmenbedingungen, die therapeutische Möglichkeiten verbessern und Mangelsyndrom und Gefühlsstau vermindern helfen“. Er beschränkt sich in der Beschreibung dann auf die Gebiete „Kultur des Zusammenlebens“, „natürliche Geburt“, „Begleiten statt Erziehen“, „Ganzheitliche Medizin“ und „Wider die autoritäre Religion“. (Maaz arbeitet in einem kirchlichen Haus, das ihm fast ein Jahrzehnt Schutz bot, aber eben auch Ecken und Kanten hatte).

Maaz schließt sein Buch mit der Feststellung: „Wir sind im vereinten Deutschland der gegenseitigen Projektionen und Abspaltungen beraubt. Wir haben die Wahl, uns neue gemeinsame Opfer als ‚Schuldige‘ für



unsere innere Zerrissenheit zu suchen oder die Vereinigung wirklich als einen Prozeß für Ganzheit zu begreifen, der uns DDR-Bürgern auch die verdrängte und gedemütigte Größe und Würde und den BRD-Bürgern die abgespaltene innere Not und Armut wieder schenkt. In beiden Teilen Deutschlands ist dazu ein emotionaler Verarbeitungsprozeß vonnöten ... Denn jede Art von unbewältigtem „Gefühlsstau“ birgt eine Gefahr: Er kann eine Zeitbombe sein für psychosomatische Krisen, psychische Fehlentwicklungen und soziale Konflikte. Deshalb – so das Resümee des gesellschaftskritischen Psychoanalytikers – dürfen nicht allein wirtschaftliche Interessen zur Behebung des Mangelsyndroms im Vordergrund stehen. Seelische Zufriedenheit und Besinnung auf Werte menschlichen Zusammenlebens sind ebenso zentral eine Verpflichtung für Psychotherapeuten und Menschen in helfenden Berufen. Und eine Herausforderung nicht nur für Menschen in der ehemaligen DDR.

Robert Bolz

Erica Fischer / Petra Lux: Ohne uns ist kein Staat zu machen. DDR-Frauen nach der Wende. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 232 Seiten; DM16,80



Das Urteil über Bücher, die in dieser Zeit erscheinen, um etwas über die DDR zu erzählen, muß wohl zwangsläufig ungerecht ausfallen. So viel ist geschehen seit jener Euphorie nach dem Mauerfall, als Journalisten sich im fremden Osten wie fündig gewordene Goldgräber fühlen konnten und bundesdeutsche Verlage reihenweise DDR-Buchprojekte in Auftrag gaben.

Vorbei ist die Zeit der bedingungslosen Neugier auf alles von drüben. Heute müssen Autoren schon mit Enthüllungen oder mit literarischer Qualität aufwarten, wenn sie die Leser mit DDR-Themen bannen wollen.

So werden es die Journalistinnen Petra Lux (DDR) und Erica Fischer (Österreich) schwer haben mit ihren detailgerechten, aber relativ schmucklosen Tonbandprotokollen über den realsozialistischen Frauenalltag. Die Berichte über Berufstätigkeit, Versorgungsengpässe, staatlich manipulierte Kindererziehung und staatlich deformierte Gleichberechtigung muten seltsam überholt an. Eine Biographie ist nicht mehr nur deswegen faszinierend, weil die Erzäh-

lerin DDR-Bürgerin ist.

Obendrein hatten die Interviewerinnen nur drei Monate Zeit, um unter den ungünstigen DDR-Bedingungen (schlechte Infrastruktur, kaum Telefonverbindungen) zu recherchieren. Es war von zu vielen Zufällen abhängig, ob ein Gespräch zugleich unterhaltsam und informativ gelang, etwa von der Ausdruckskraft einer Befragten oder der Begabung zur Selbstdarstellung. Über beides verfügt die Ost-Berlinerin Gina. Die Reflexionen der Schauspielerin und Kabarettistin über ihr Leben als Frau und Künstlerin im Sozialismus leben von ihrer Selbstironie und sprachlichen Originalität. Ein ganz anderes, nicht weniger eindringliches Selbstporträt liefert die Köchin Johanna B. In schlichten Worten führt sie vor, wieviel selbstbewußter als viele Westfrauen die DDR-Schwesterinnen wurden, weil sie als Arbeitskräfte ebenso unentbehrlich waren wie Männer. „Det is wahrscheinlich det“, sagt Johanna, „was die Männer hier hassen, daß wir Frauen so unerhört selbständig sind.“ Wer jedoch auf eine aktuelle Variante des einfühlsamen DDR-Frauen-Klassikers „Guten Morgen, du Schöne“ hofft, den die verstorbene DDR-Schriftstellerin Maxie Wander vor 13 Jahren veröffentlichte (und der nach der Wende noch mal ein Auflagenplus erfuhr), wird mit der Neuerscheinung enttäuscht. Über zwei Jahre hatte Maxie Wander ihre Gesprächspartnerinnen immer wieder besucht, war ihnen bis zur Schmerzgrenze nahegekommen. Eine intime Kenntnis der Person, die zur Teilnahme an einem Lebenslauf zwingt, vermittelt nun allenfalls das Gespräch mit der Leipziger Journalistin Petra L. – kein Wunder: Die Autorin Petra Lux schildert in diesem Beitrag ihr eigenes Leben.

Bei der eiligen Zusammenarbeit einer Autorin aus dem Osten und einer aus dem Westen konnte kaum ein homogenes Produkt entstehen. Falls es beabsichtigt war, die unterschiedliche Arbeitsweise der Reporterinnen zu dokumentieren, ist das Experiment gelungen. Die Österreicherin Erica Fischer bemüht sich, der Schnellebigkeit der jüngsten Geschichte gerecht zu werden. Sie bringt ihr Gegenüber dazu, immer wieder zu überprüfen, ob das, was sie erzählen will, auch etwas über die DDR aussagt, ob es also aus westlicher Sicht interessant ist.

Die Befragungen der DDR-Bürgerin Petra Lux sind getragen von einem soeben erwachten, allgemein frauenbewegten Interesse an allem, was die Geschlechtsgenossinnen mitzuteilen haben. Diese Introspektionen weiblicher Befindlichkeit erinnern an die Selbsterfahrungsexzesse aus den Anfangsjahren des Emanzipationskampfes – für Westfrauen ein Déjà-vu-Erlebnis.

Aus: Spiegel-Spezial; Nr. 3/1990 Bettina Musall

## Sexualität BRD/DDR im Vergleich

Pro Familia Niedersachsen (Hrsg.): Sexualität BRD/DDR im Vergleich. Gerd J. Holtzmeyer Verlag, Braunschweig 1991. 416 Seiten, DM 33,-.

Herausgeber  
PRO FAMILIA Landesverband Niedersachsen  
Ruth Kuntz/Brunner, Horst Kwast  
Gerd J. Holtzmeyer Verlag

Dieser Band gibt die Referate wieder, die während einer Fachtagung des Landesverbandes Niedersachsen im Juli 1990 in Bad Nenndorf gehalten wurden. Ruth Kuntz-Brunner und Horst Kwast haben in mühsamer Kleinarbeit die Vielzahl der sehr unterschiedlichen Referate zusammengefaßt, ohne die Originale wesentlich zu verändern. Der Reiz dieses Bandes liegt darin, daß die Referate von der einzigen Fachtagung zu diesem Thema stammen, die es in jener Zeit gab, als nebeneinander zwar freie deutsche Staaten bestanden. Die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe in ihrem Vorwort:

„Der Pro Familia Landesverband Niedersachsen hat ... einen Gedankenaustausch zwischen SexualwissenschaftlerInnen, -BeraterInnen und TherapeutInnen aus Ost und West eingeleitet. Die politischen Ereignisse machen diese Tagung nicht nur zu einer geschichtlichen Rarität; die hier vorliegende Tagungsdokumentation ist gleichzeitig ein Grundlagenpapier. Nach Öffnung der Mauer war es das erste große ExpertInnen-Treffen, das Sexualität und Familienplanung zum Thema machte. Ost und West trugen ihre noch nicht aneinander angepaßten wissenschaftlichen Ergebnisse und persönlichen Erfahrungen in der Beratung vor. Die Spuren, die vierzig Jahre unterschiedlicher politischer Strukturen auch im Intimbereich hinterlassen haben, waren noch spürbar. Im Osten scheint seitdem, wenn auch knirschend, ein Anpassungsmechanismus an westliche Werte einzusetzen, der Zwischentöne und begriffliche Konnotationen zu verdecken droht. Beratungspraxis und Politik können aber nur human agieren, wenn sie die Vergangenheit genau kennen, mit der die Menschen Gegenwart erleben und gestalten. Insofern ist diese Tagungsdokumentation ein Nachschlagewerk und ein wichtiger Anstoß zur fundierten Reflektion.“

In dem Band sind Referate zu finden von:

Aus der alten BRD: Prof. Dr. Gerhard Amendt (Bremen), Prof. Dr. Belschner (Oldenburg), Dr. Heinrich Betz (Norderstedt), Norbert Christoff (Hannover), Christa Fal-

kenstein (Peine), Thomas Großmann (Hamburg), Dr. Klaus Görgens (Hannover), Pro. Dr. Habermehl (Hamburg), Monika Halsband (Göttingen), Prof. Dr. Helmut Kentler (Hannover), Ruth Kuntz-Brunner (Gehrden), Horst Kwast (Bad Nenndorf), Dr. Annelies Löffler (Kiel), Heidrun Mollenkopf (Mannheim), Angela Moré (Hannover), Dr. Georg Neubauer (Bielefeld), Klaus Oerters (Hannover), Dr. Susanne v. Paczensky (Hamburg), Leonora van der Starre (Hannover), Prof. Dr. Uwe Tewes (Hannover), Dr. Renate Thies (Osna-brück), Ulla Tschötschel (Hettenleidelheim) und Dr. Urban Wiesing (Münster).

Aus der alten DDR: Dr. Hans-Joachim Ahrendt (Magdeburg), Prof. Dr. Lykke Aresin (Leipzig), Dr. Kurt Bach (Hohemölsen), Dr. Carmen Beilfuß (Magdeburg), Dr. Claus Drunkenmölle (Halle), Cornelia Haase (Magdeburg), Dr. Gert Henning (Markkleeberg), Marion Henning (Markkleeberg), Dr. Ingeborg Kiene (Leipzig), Dr. Bärbel Körner (Magdeburg), Frank M. Kroschel (Markkleeberg), Elke Lauschke (Leipzig), Margitta Scheinfuß (Dessau), Dr. Siegfried Schnabl (Chemnitz), Birgit Steimer (Magdeburg), Ines Teßmer (Magdeburg), Dr. Steffen Wilsdorf (Leipzig).

- tz -

Hans H. Fröhlich: Glück und Leid in der Partnerschaft. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990. 168 Seiten, DM 7,80.



Ehen in der ehemaligen DDR gehen häufiger auseinander als in anderen Ländern. Eine Tatsache, die oft als „Manko“ des Sozialismus dargestellt wird, in Wirklichkeit ganz pragmatische Gründe hat(te): Um zu einer Wohnung zu kommen, heirateten Paare in sehr jungen Jahren; außerdem waren Frauen materiell nicht so abhängig von ihren Männern wie in anderen Ländern. Immerhin waren über 90 Prozent der Frauen berufstätig.

Der Psychologe Dr. Hans H. Fröhlich will mit seinem Buch, das kurz nach der Wende erschien, dennoch Partnern Wege aufzeigen, wie Konflikte ohne Trennung bewältigt oder gar vermieden werden können. Er verspricht in dem nicht ohne Humor geschriebenen Buch keine Allheilmittel, sondern gibt Denkanstöße. Sein Buch ist für Paare in der ehemaligen DDR nun vielleicht besonders aktuell, weil durch die Massenarbeitslosigkeit der Zwang zum

Zusammenbleiben allein aus materiellen Gründen wächst. Aber auch Paare in den westlichen Ländern können von diesem Band, der in der Reihe „Psychologie populär“ des Deutschen Verlages der Wissenschaften erschienen ist, profitieren. -tz-

Henriette Wottrich: „Auguste Kirchhoff, Eine Biographie“, Donat Verlag, Bremen 1990. 256 Seiten, DM 28,-.

Henriette Wottrich

AUGUSTE  
KIRCHHOFF

EINE BIOGRAPHIE

GEGENWERT & FRIEDEN  
IM DONAT VERLAG

Auguste Kirchhoff, Senatorenfrau in Bremen, stand fast dreißig Jahre lang – bis zum Beginn der Nazierrschaft 1933 – an vorderster Front der bürgerlichen Frauenbewegung, deren radikalem linken Flügel sie angehörte. An der Seite von Minna Cauer, Helene Stöcker, Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg kämpfte sie für politische und sexuelle Gleichberechtigung von Frauen und – seit dem Ersten Weltkrieg – für Frieden und Völkerverständigung. Zugleich war sie Mutter von fünf Kindern, Künstlerin, Lehrerin, Sozialarbeiterin, Journalistin, Rednerin und eine berühmte Gastgeberin.

„Entweder ist Morden ein Verbrechen, aber dann ist's immer ein Verbrechen, nicht aber wird's zur Tugend, wenn die Großen der Welt es für gut befinden – oder der Mord (...) ist erlaubt, dem einzelnen, wie dem Volk der Massenmord. Keiner kann Dir sagen, warum er eigentlich diesen wahnsinnigen Krieg führt, jeder behauptet: Zur Verteidigung von Recht, Kultur, Sitte. Für alle Völker ist dieser Krieg ein ‚Verteidigungskrieg‘ (...) Staaten werden lernen müssen, was der Einzelmensch hat lernen müssen, daß über dem Faustrecht das wirkliche Recht steht,“ entgegnete Auguste Kirchhoff 1915 ihrer in Berlin studierenden Tochter. Eine gerade in diesen Wochen hochaktuelle Nachhilfe in Sachen Friedenspolitik.

Eine Biographie dieser bemerkenswerten Frau von Henriette Wottrich, der Enkelin Auguste Kirchhoffs, die ihre Großmutter allerdings persönlich nicht kennengelernt hat, wurde 1990 veröffentlicht.

Auguste Kirchhoff protestierte öffentlich gegen Bevölkerungspolitik und gründete einen Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schwangerer, setzte sich für eine Sexualberatungsstelle in Bremen ein, die damals aber der Ärzteverein zu verhindern mußte,

war Mitbegründerin der Bremer Ortsgruppe des Deutschen Bundes für Mutterschutz, war engagierte Pazifistin, organisiert in der IFFF (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit). 1928 reiste sie zum internationalen Kongreß für Sexualreform nach Kopenhagen. 1924 hatte sie am Friedenskongreß in den USA teilgenommen, 1922 am Weltfrauenkongreß im Haag, 1921 am internationalen Frauenkongreß in Wien.

Sie war für die Abschaffung des § 218 und entlarvte die Motive von Kirche und Staat in dieser Frage als reines Machtinteresse. Ihre Entgegnung auf die Behauptung, christliche Moral verbiete jede Tötung, lautete: Wo waren diese Forderungen christlicher Moral im Weltkrieg?“

Dadurch, daß die Autorin eine große Auswahl aus der umfangreichen Korrespondenz und aus Tagebuchaufzeichnungen zitiert, ermöglicht sie es ihren LeserInnen, sich aus diesen authentischen Aussagen ein eigenes Bild von der Kirchhoff zu machen oder auch vielleicht mit den Augen der Kirchhoff z. B. die Bremer Räterepublik zu erleben.

Viele sexualpolitische und friedenspolitische Fragestellungen und Forderungen der Kirchhoff sind bis heute immer noch aktuell. Interessant ist diese Biographie darüber hinaus, weil sie ein historisches Dokument des Lebens einer bürgerlichen Ehefrau und Mutter zum Beginn dieses Jahrhunderts darstellt.

Elsbeth Köhnken

Uwe Sielert/Frank Her-rath: Jugendsexualität. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1990. 280 Seiten, DM 28,80.



Unter dem Titel „Jugendsexualität – zwischen Lust und Gewalt“ haben Frank Herath und Uwe Sielert, eine Reihe von Aufsätzen versammelt, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit dem „Schattenreich“ jugendlicher Sexualerfahrung auseinandersetzen.

Die beiden Herausgeber konstatieren im Vorwort die einseitige Ausrichtung der Sexualpädagogik auf die zärtliche, schöne und sozial akzeptierte Seite von Jugendsexualität, während selbst die progressiven Vertreter unter den Pädagogen den „schwierigen“ Teil dieser „sexuellen Realität“ aussparen.

„Jugendsexualität ist nicht nur schön, liebevoll-zärtlich und anmutig, sondern auch häßlich und gewaltsam.“



Um diese – eher dunkleren – Seiten der Sexualität geht es: Gewalt gegen Frauen, Kindesmißbrauch, die vielen Gesichter der Pornographie, Prostitution, Vergewaltigung, subtile Formen von erniedrigender, aggressiver Sexualität in der Sprache und alltägliche sexistische Umgangsformen von Jugendlichen – und/aber auch um das Unvermögen von Pädagogik und Erziehung, mit der Konfliktbeladenheit des Sexuellen umzugehen.

Im ersten der insgesamt fünf thematischen Brennpunkte mit dem Titel „Die Biedermänner und die Brandstifter – Sexualität und Gesellschaft“ gibt Peter Kuhnert in seinem Aufsatz „Saubere Republik – Erotische Eiszeit“ einen Rückblick auf die rigide körper- und sexualfeindliche Pädagogik der 50er Jahre. Er beschreibt die Schranken und Zwänge, die konservative Ethik und Moral jener Zeit, die sich offensichtlich jenseits von „Lust und Liebe“ befand und der sich nur die Gruppe der sogenannten „Halbstarken“, über ihnen das Idol des legendären James Dean, widersetzte. So wünscht sich Peter Kuhnert 1990, im Zeitalter von Aids und dem Wiedererstarken eines repressiven, sexualfeindlichen Klimas, eine Renaissance der „Rebellen der Liebe“. Wie sie wohl aussehen könnten, überläßt er der Phantasie der LeserInnen.

Uwe Sielert plädiert in seinem Beitrag „Die Glut der Begierde“ für die Möglichkeit, sich dem „Schattenreich“ des Sexuellen auch pädagogisch zu nähern. Er tritt für eine Form der Sexualerziehung ein, die nicht nur die Vermittlung von Wissen, von Worten und Bildern, sondern auch sinnliche Erfahrung und Anschauung miteinschließt. Dazu gehört für ihn auch die Erweiterung des Vokabulars und des Handlungsspielraums der Sexualpädagogik. Sexualerziehung sollte eher ein „Begleiten“, ein gemeinsamer „Suchprozeß“ sein, um so schwierige Themen wie die Wechselbeziehung von Lust und Liebe, den Umgang mit der Angst und überhaupt die verschiedenen Arten des „Durcheinanderseins“ in dieser schwierigen Zeit zu meistern.

Abschließend diskutiert Sielert am Beispiel pädagogischer Arbeit zum Thema Pornographie die Chancen, die sich ergeben, wenn die Bearbeitung/Verarbeitung der Schattenseite des Sexuellen praktiziert wird.

Ursula Enders und Elisabeth Fey untersuchen in ihrem Artikel das Problem des sexuellen Mißbrauchs von Mädchen und Jungen. Sie lassen Betroffene zu Wort kommen und dokumentieren dabei auch, wie Kinder sich gegen den Mißbrauch wehren und wie wenig eigentlich die betroffenen Mädchen und Jungen von ihrer Umwelt verstanden werden.

Eine sinnvolle Prävention leistet hier

auch, so die Autorinnen, eine „emanzipatorische Sexualerziehung, die die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die Entfaltung einer lustvollen Sexualität anstrebt.“

Die 17 Beiträge dieses Buches widmen sich recht umfassend dem facettenreichen „anderen Gesicht“ von Sexualität.

Sehr verschieden in Sprache und Stil, manchmal auch zum Widerspruch reizend, eine bunte Mischung jedenfalls, die sich eines bis heute reichlich unterbelichteten Kapitels der Sexualität annimmt.

Die Texte zeigen für die Sexualpädagogik eine Reihe interessanter und spannender Lösungsmöglichkeiten auf, auch wenn ich diese Pädagogik nicht nur erlebe, wie sie im Vorwort des Buches charakterisiert wird. „Das hohe Lied der Liebe“ wird, wie mir scheint, doch öfters durch „Sex and Drugs and Rock'n'Roll“ übertönt. Zum Glück.

Petra Zimmermann



Anne Hooper: Massage und Liebe. Noriam Verlag, Olten, 1989. 133 Seiten; DM 28,80

Massage als bewußte und konzentrierte Form der Berührung empfiehlt die Autorin im vorliegenden Buch, in dem verschiedene Massagetechniken übersichtlich und instruktiv dargestellt werden.

Die ansprechende Aufmachung und großzügige Präsentation unterscheiden sich wohltuend von selbsthilfeorientierten Übungsbüchern der 70er Jahre.

Ein kurzer Überblick über den Inhalt zeigt die Vielfalt der Anwendungsbereiche: Die ersten Kapitel umfassen Kopf-, Fuß-, Rücken- und Ganzkörpermassage. Eine ausführliche Anleitung zur Handmassage wird in einem späteren Abschnitt beschrieben, der der Massage und Berührung alter Menschen gewidmet ist. Für Paare finden sich Berührungsspiele, die Sinnlichkeit und bewußtes Körpererleben vermitteln, und Formen intensiver erotischer Massage.

Daneben sind Massagen in der Schwangerschaft und für Babies ebenso berücksichtigt wie spezielle Techniken, beispielsweise bei Kopfschmerzen oder Nacken- und Rückenverspannungen.

In diesen praktischen Anleitungen und Anregungen zu konkreter Erfahrung liegen der Wert und die Stärken des Buches von

Anne Hooper.

Der Untertitel „Berührung als Lebenshilfe“ weist allerdings auf ein weitergehendes Anliegen der Autorin hin: Wo sie für eine „Berührungskultur“ werben will und entsprechende Anleitungen liefert oder sich um eine wissenschaftliche Begründung bemüht, bleibt die Darstellung schlicht und wenig systematisch.

Autoritäten wie Pfarrer, Collegepräsidenten oder „anerkannte Therapeuten“ heranzuziehen, um den LeserInnen die Angst vor Berührungen oder Nacktheit oder vor sexuellen Empfindungen in Massagesituationen zu nehmen, wirkt ebenso naiv wie manche Erfolgsberichte zur Anwendung von Massagetechniken.

Dies gilt auch für das Kapitel „Berührung als Sexualtherapie“. Nach einer Übungsfolge, die aus vorangehenden Abschnitten zusammengestellt ist und in der sich die Intimität der Berührung steigert, werden Instruktionen gegeben, die im wesentlichen sexualtherapeutischen Sensualitätsübungen entsprechen (einschließlich der Vereinbarung, auf Koitus zu verzichten).

Die Anmerkung, die Übungen könnten „Paaren mit zufriedenstellendem Sexalleben neue Impulse geben“, ist sicher leicht zu akzeptieren. Die sich anschließende Darstellung von Übungen zur Behebung sexueller Störungen wirkt dann aber insgesamt simpel und verspricht zu rasche Erfolge (auch wenn Hinweise auf Beziehungsprobleme und Notwendigkeit von Therapie zu finden sind).

Christa Falkenstein



Sylvia Schneider, Birgit Rieger: Das Aufklärungsbuch, 1990, Ravensburger Buchverlag, 144 Seiten; DM 22,—.

„Das Aufklärungsbuch“ vermittelt schon beim oberflächlichen Durchlesen den Eindruck, daß mit Witz, Lust und Offenheit Themen besprochen werden, die Jugendlichen von heute besprechen wollen und die von Erwachsenen nicht mehr vermieden, verschwiegen werden sollten. Eine Vielfalt zeitgerechter, bunter Illustrationen ermöglicht eine Identifizierung Jugendlicher mit den im Buch gezeigten Figuren und ergänzt die verständlichen, informativen Texte. In den einzelnen Kapiteln wird neben der

Sachebene immer auch die psycho-soziale Situation der Jugendlichen angesprochen.

Das Thema Pubertät wird als „Zeit der Veränderungen“ von der körperlichen Seite bei Mädchen und bei Jungen getrennt behandelt. Die psychischen und sozialen Probleme des Erwachsenwerdens werden einfühlsam geschildert. Jugendliche werden sich verstanden fühlen bei der Darstellung der Konflikte mit Eltern, Schule und gleich- und gegengeschlechtlichen Freundschaften. In dem Kapitel „Erste Liebe“ geht es um das, was Liebe und Verlieben sein kann, es geht um das Hineinwachsen in die Rolle des Frau-seins und des Mann-seins. Nicht vergessen werden schmerzliche Gefühle wie Liebeskummer.

Am umfangreichsten sind die Themen Sexualität und Verhütung dargestellt. Sehr einfühlsam und informativ werden Petting, Orgasmus und Selbstbestimmung in der Sexualität beschrieben.

Das Kapitel „Verhütung und Verhütungsmittel“ beginnt mit dem ersten Besuch von Mädchen beim Frauenarzt und dem ersten Besuch von Jungen beim Urologen. Alle erhältlichen Verhütungsmittel werden sachlich, neutral vorgestellt, und ihre Anwendung erklärt.

Die Themen Fruchtbarkeit, Schwangerschaft, Geburt, Schwangerschaftsabbruch, allgemeines Wohlbefinden, Geschlechtskrankheiten und Aids nehmen vergleichsweise weniger Raum in Anspruch, enthalten jedoch die wichtigsten, grundlegenden Informationen. Zu „Aids“ wird in einem gesonderten Abschnitt auf die Ansteckungsrisiken, besonders aber auf die Nicht-Risiken eingegangen.

Im Anhang sind Adressen von Jugend-, Sexual- und anderen Beratungsstellen in größeren Städten West-Deutschlands zu finden, ebenso ein Stichwortverzeichnis.

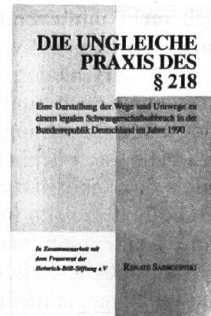
Diesem insgesamt sehr positiven Gesamteindruck steht nur wenig Kritikwürdiges gegenüber: Sex wird gleichgesetzt mit Liebe; die Antibabypille wird als bedenkenlos einzunehmendes Medikament gegen Akne vorgestellt; der Mangel an Verhütungsmittelwahl für den Mann wird nicht hinterfragt.

Das Buch ist für Jugendliche sehr geeignet. Es kann durch seine jugendgerechte, mutmachende, enttabuisierende Offenheit einen wichtigen Beitrag zur Sexuaufklärung leisten.

Eltern werden beim Lesen dem breiten Spektrum der Probleme Jugendlicher in ihrer Lebenswelt begegnen. Für die Sexualpädagogische Arbeit kann die Gestaltung des Buches und die Themenauswahl eine interessante Anregung sein.

Brigitte Koch

*Renate Sadrozinski:* Die ungleiche Praxis des §218. Eine Darstellung der Wege und Umwege zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990. Heinrich-Böll-Stiftung, Köln 1990. 104 Seiten, DM 8,—.



Die Untersuchung von Renate Sadrozinski entstand als Kooperationsprojekt mit dem Frauenrat der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Autorin zeigt Wege, Zeiten, Fristen, Kosten und Anlaufstellen nach. Sie zeigt ebenfalls auf, wie Frauen Informationen vorenthalten werden, um sich legal verhalten zu können. Darüber hinaus enthält die Broschüre einen ausführlichen Adressenhang von Beratungsstellen sowie zahlreichen Statistiken und Schaubilder. Die Studie ist gegen einen Kostenbeitrag von 8,— DM (incl. Porto) bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Unter Krahenbäumen 9, 5000 Köln 1, anzufordern.

## Neuerscheinungen

*In dieser Rubrik teilt die Redaktion mit, welche Neuerscheinungen ihr zugesandt wurden. Eine Beurteilung ist mit dem Abdruck nicht verbunden.*

*Maja Langsdorff:* Kleiner Eingriff – großes Trauma?. Gerd J. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1991. 184 Seiten, DM 26,80.

*Schulte/Böhme-Bloem:* Bulimie. Thieme, Stuttgart 1991. 208 Seiten, DM 39,—.

*Ulf Preuss-Lausitz, Tobias Rülcker, Helga Zeiher (Hrsg.):* Selbständigkeit für Kinder – die große Freiheit?. Beltz, Weinheim 1990. 207 Seiten, DM 36,—.

*Feministisches Frauengesundheitszentrum Berlin (Hrsg.):* Clio Nr. 32 (Zeitschrift). Gegen Vorauszahlung von DM 6,— auf Postgirokonto 783-104 Berlin (FFGZ, Bamberger Str. 51, 1000 Berlin 30).

*Gerdhard Glück/Andrea Scholten/Gisela Strötges:* Heißes Eisen Sexualerziehung. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1990. 196 Seiten, DM 29,—.

*Christian Büttner, Aurel Ende (Hrsg.):* Trennungen. Beltz, Weinheim 1990. 200 Seiten, DM 29,80.

Jetzt als Video:

## „Darüber spricht man nicht“

Über 100.000 Zuschauer, vor allem Kinder, haben bis 1989 das Theaterstück „Darüber spricht man nicht“ gesehen – trotz zahlreicher Widerstände aus dem konservativen Lager. Nach wie vor gilt dieses Stück der „Roten Grütze“ als das beste zum Thema Aufklärung.

Die Filmemacherin Loretta Walz hat nun das Theaterstück für einen Video-Film gestaltet, eine schwere, dennoch gelungene Aufgabe, denn das Stück lebt von der aktiven Teilnahme des Publikums. Der 75-Minuten-Streifen kann in Einzelteilen oder in ganzer Länge gezeigt werden.

Das Video kann für 60,— Mark für eine Vorführung geliehen werden. Für 270 Mark kann man es kaufen, allerdings ohne das Recht zur öffentlichen Aufführung – das kostet dann 398 Mark. Einzelheiten sind bei Loretta Walz, Wielandstr. 32, 1000 Berlin 12, zu erfahren. Übrigens hat auch die Pro Familia-Vertriebs-GmbH (Gutleitstr. 139, 6000 Frankfurt) dieses Video in sein Programm aufgenommen.

## Videofilm „Seelenmord“

Schattenriss, eine Arbeitsgruppe gegen den sexuellen Mißbrauch an Mädchen, hat für den Einsatz auf Fortbildungen einen Videofilm über Signale sexuell mißbrauchter Mädchen produziert, dessen Ausleihe oder Verkauf wir Ihnen anbieten wollen.

Die Mitarbeiterinnen des Vereins erarbeiten dazu ein didaktisches Begleitheft, das dem Film nach Fertigstellung beigelegt wird.

Im Kaufpreis ist ein Solidarbeitrag zur Filmfinanzierung enthalten, da noch immer etwa DM 70000,— der Produktionskosten fehlen. Die wichtigsten technischen Angaben im einzelnen:

Seelenmord – Abschied vom Mythos Familie, 22 Minuten, Farbe, Kopie von MAZ, I Zoll. Leihgebühr einer VHS Kassette 7 Tage 90,— DM, Kauf 500,— DM.

Nachdem die Überweisung auf das Filmkonto eingegangen ist, wird die Kassette zugeschickt. Filmkonto: 1198563, BLZ 29050101, Sparkasse Bremen. Bestelldresse: Heidrun Mössner, Am Dobben 114, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/76684.



# Skandal um Sexualerziehung

In Bonn bahnt sich ein neuer Skandal um die Sexualerziehung an. Zugleich zeigt sich, daß man im Familienministerium in den letzten acht Jahren nichts gelernt hat.

Zur Erinnerung: Ende 1982 – nach der „Wende“ – verfügte der damalige Familienminister Heiner Geißler die Vernichtung von 80000 Exemplaren der Medienmappe „betrifft: sexualität“; über zweihundert neue Kopien der siebenteiligen Filmserie wurden eingezogen. Die in den Bildstellen lagernden Filme wurden zurückgefordert und gleichfalls vernichtet. Proteste aus der Erziehungspraxis, von den Hochschulen und aus dem Lager der Parteien blieben ohne Erfolg.

Drei Jahre ließ sich die CDU-FDP-Regierung Zeit, bevor sie ausgangs 1985 einen Auftrag an eine Projektgruppe vergab, die neue Materialien entwickeln und erproben sollte. Ein Team um Professor Siegfried Keil (Universität Dortmund) wurde mit der Aufgabe betraut, Leiter des Projekts wurde Priv. Doz. Dr. Uwe Siebert. Drei Jahre arbeitete das Team an den Materialien, die nicht nur am Schreibtisch entstanden, sondern als Handlungsforschungsprojekt mit den verschiedensten Jugendgruppen entwickelt und erprobt wurden.

Zustande kamen Materialien, die schon jetzt von Sozialarbeitern und Hochschullehrern als bemerkenswerter Ansatz bezeichnet werden, Jugendlichen Hilfen bei der Findung ihrer sexuellen Identität zu geben. In zehn Paketen entwickelte die Dortmunder Gruppe Arbeitshilfen, die die individuellen, sozialen, ethischen und biologischen Aspekte der Sexualität thematisieren. Zu den ausgearbeiteten Bereichen gehören: Werte, Normen, Orientierungen, Beziehungen, Geschlechtsrollen, Körper, Sprache, AIDS, Gewalt und Sexualität sowie die Problematisierung der Sexualpädagogik selbst.

Führende Fachvertreter haben inzwischen die theoretische Konzeption gewürdigt und die Vielfalt der methodischen und didaktischen Anregungen gelobt. Positive Stellungnahmen liegen vor von Wolfgang Bartholomäus, Ernest Borneman, Gerhard Glück, Friedrich Koch u. v. a.

Um so mehr muß der Umgang des Auftraggebers, des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, mit den Materialien und mit deren Autorinnen und Autoren überraschen.

Nach dem Empfang der Materialien bat man im Ministerium um einige Korrektu-

ren. Das Team lieferte sie innerhalb weniger Wochen ab. Nach fast neun Monaten und nach mehrfachem Drängen, die Materialien zu veröffentlichen, bittet das Ministerium abermals um Korrekturen, diesmal aber so diffus, daß das Team keinen präzisen Auftrag erkennen kann.

Schließlich wurde klar, daß die Materialien in der vorgelegten Form nicht veröffentlicht werden sollen. Wie zieht sich eine Behörde aus der Affäre? Sie ordert eine Expertise an.

So auch das BMJFFG: Eine zweijährige Erprobungsphase solle die Materialien in der Praxis testen.

Obwohl die Medien bereits in der Praxis und mit Jugendlichen und Sozialarbeitern in verschiedenen Verbänden entwickelt wurden, läßt sich das Team auf den Vorschlag ein. Projektbeschreibungen werden angefertigt und neue Anträge an das Ministerium gestellt ...

Da kommt im Februar 1990 eine mündliche Botschaft aus dem Ministerium, mit der das gesamte Erprobungsprojekt und jede weitere Zusammenarbeit mit der Dortmunder Gruppe abgesagt wird.

Statt dessen verfolgt das BMJFFG nun einen neuen Plan: eine Zwölferkommission wurde mit der Aufgabe betraut, die Materialien zu begutachten und zu revidieren. Vorgesehener Zeitraum für den Bericht: 12 Monate!

Das Verfahren ist in mehrfacher Hinsicht skandalös.

\* Es disqualifiziert zahlreiche Fachvertreter aus der Jugendarbeit, die die Medien mit dem Dortmunder Team in nahezu 70 Praxisveranstaltungen in der Jugendverbandsarbeit entwickelt und erprobt haben.

\* Es stößt alle diejenigen vor den Kopf, die seit der Ankündigung neuer Materialien – im Jahre 1982!! – auf Hilfestellung in der sexualpädagogischen Jugendarbeit warten. Diese Situation hat sich seit dem 2. Oktober noch verschärft. Die Sexualerziehung in der ehemaligen DDR wurde von dem SED-Regime in engen Schranken gehalten. Verantwortungs-volle Pädagoginnen und Pädagogen erwarten dringend Orientierungen und Praxishilfen.

\* Schließlich weckt der unglaubliche Umgang des Ministeriums mit den Wissenschaftlern von der Dortmunder Universität erhebliche Zweifel daran, ob die Be-

hörde ihren Auftrag ernst gemeint hat.

Auch für den Steuerzahler dürfte dieser neue Fall einer behördlichen Unterdrückung von Sexualerziehung nicht gleichgültig sein. Bisherige Kosten des Projekts: 1,5 Millionen DM.

Wer sich über die Materialien und über die näheren Umstände ihrer Behinderung informieren möchte, wende sich bitte an „Modellprojekt Entwicklung und Erprobung sexualpädagogischer Arbeitshilfen für die Jugendarbeit“ an der Universität Dortmund z.Hd. Frank Herrath Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund 1.

## Veranstaltungen Termine

### Psychotherapie unter der Lupe

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT, Postfach 1343, 7400 Tübingen) ruft auf zur Teilnahme am Kongreß „Psychotherapie unter der Lupe“. Er findet vom 16. bis 21. Februar 1992 in Berlin statt. Wer sich für den Kongreß interessiert oder sogar Beiträge beisteuern möchte, sollte sich umgehend an die DGVT wenden.

### Prävention im Wandel

Unter der Schirmherrschaft von Rita Stüb-muth veranstaltet die Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie (GwG) eine Fachtagung. Sie steht unter dem Motto „Prävention im Wandel“ und findet vom 11. bis 13. März in Göttingen (Universität) statt. Nähere Informationen: GwG, Tel. 0221/252917.

### Bioenergetik und Sexualität

Die Sexualberatungsstelle im Zentrum für Individual- und Sozialtherapie (ZIST) bietet vom 3. bis 7. April einen Fortbildungs-Workshop unter dem Thema „Bioenergetik und Sexualität“ in München an. Nähere Informationen: ZIST, Richard-Wagner-Straße 9, 8000 München 2.

### Weiterbildung für Frauen

Der Verein Weiterbildung für Frauen (Venloer Straße 405-407, 500 Köln 30) bietet bis zum Sommer eine Fülle von Weiter-

bildungsveranstaltungen an, die teilweise unter die Bestimmungen des Bildungsurlaubs fallen. Mehrere Veranstaltungen befassen sich mit dem Thema sexueller Mißbrauch. Einzelheiten können beim Verein angefordert werden.

#### Weiterbildung für Ärzte und Ärztinnen

Je mehr ein Arzt den Patienten nicht nur in seiner Körperlichkeit wahrnimmt, und je mehr er sich ihm im Sinne eines ganzheitlichen Menschenbildes widmet, desto mehr ist er selbst auch als Mensch betroffen. Dies gilt ganz besonders, wenn es um Sexualität geht. Eine solche Haltung impliziert den Mut zur eigenen Verunsicherung. Sie bietet aber auch besondere Chancen: Der Patient, die Patientin fühlt sich besser aufgehoben, der Arzt, die Ärztin hat über eine bloße Symptombehandlung hinaus die Möglichkeit, sonst nicht eruierbare Ursachen für eine Erkrankung festzustellen und in den Behandlungsplan zu integrieren.

Pro Familia Bremen bietet nun mit einem Seminar für Ärzte und Ärztinnen Gelegenheit, ihr Wissen über Sexualität zu vertiefen, Situationen aus ihrem beruflichen Alltag, in welchen Sexualität eine Rolle gespielt hat, unter fachlicher Anleitung supervisorisch aufzuarbeiten und die Verflechtung eigener Grenzen, Werte und Normen mit dem immer noch bestehenden sexuellen Tabu in unserer Gesellschaft zu reflektieren.

Das Seminar findet von Freitag, 21. Juni (18 Uhr) bis Sonntag, 23. Juni (15 Uhr Ende) im Pro Familia-Beratungszentrum, Stader Str. 35, 2800 Bremen 1, unter der Leitung von Elfie Siegel und Roland Stein statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 100 Mark.

Anmeldung schriftlich bei Pro Familia Bremen, Stader Str. 35, 2800 Bremen. Auch das Halbjahresprogramm kann dort angefordert werden.

#### Bundeskongreß für Rehabilitation

Der 2. Bundeskongreß für Rehabilitation findet vom 23. bis 25. Oktober 1991 im Düsseldorf-Messe-Kongreß-Center – MKC – statt. Parallel hierzu läuft die „Reha '91“ – Internationale Ausstellung mit Forum und Sportcenter vom 23. bis 27. Oktober 1991. In drei Plenarveranstaltungen und 20 Arbeitsgruppen sollen Aufgaben der Rehabilitation in den 90er Jahren aufgezeigt und Vorschläge für den Bereich der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation erarbeitet werden.

Nähere Informationen erhalten Sie bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Walter-Kolb-Str. 9–11, 6000 Frankfurt/Main 70, Tel.: 069/605018–33 und 069/605018–26.

#### Ausstellung zum Thema Mißbrauch

Die „Wildwasser“-Frauen aus Minden haben das Ziel, Menschen zu erreichen, die sich mit der Situation und den Problemen sexuell mißbrauchter Mädchen und Frauen auseinandersetzen. In Wort, Bild und symbolischer Darstellung versuchen sie, die vielschichtigen Aspekte aufzuzeigen, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Die Ausstellung „Sexueller Mißbrauch an Mädchen“ ist in gemeinschaftlicher Arbeit der Gleichstellungsstelle der Stadt Minden und des Kreises Minden-Lübbecke, des Amtes für Jugend und Sport im Kreis Minden-Lübbecke und des Vereins „Wildwasser“ Minden entstanden. Sie kann ausgeliehen werden über: Wildwasser Minden, Alte Kirchstr. 11–15, 4950 Minden, (Tel. 0571/87677).

#### Systematische Beratung

Das Institut für systematische Beratung in Hanau führt vom Arbeitsamt geförderte Weiterbildungsveranstaltungen für soziale und pädagogische Berufsgruppen durch sowie Einzelseminare zu verschiedenen Themen. Programme können direkt beim Institut angefordert werden: Krämerstr. 5, 6450 Hanau 1.

#### World Congress for Sexology

Vom 17. bis 22. Juni 1991 findet in Amsterdam der 10th World Congress for Sexology statt.

Die Abteilung für Fachstudien- und Kongreßreisen der Deutsches Reisebüro GmbH bietet zu dieser Veranstaltung eine preisermäßigte Flugpauschalreise, eine Bahnpauschalreise sowie nur das Hotelarrangement an. Das Reiseprogramm kann unverbindlich angefordert werden bei: Deutsches Reisebüro GmbH, Der-Congress, Abt. 7112/Ru, Eschersheimer Landstr. 25–27, 6000 Frankfurt, Telefon: (069) 1566-389.

#### Frauen-Film-Festival Dortmund

Vom 12. bis 17. April findet in Dortmund das dritte Frauen-Film-Festival unter dem Motto „Maschinenstürmerinnen“ statt. Nähere Informationen bei „femme total“, c/o Kulturbüro der Stadt Dortmund, Kleppingstraße 21–23, 4600 Dortmund.

#### Redaktionsschluß für die nächsten Ausgaben

Die Redaktion freut sich über jeden Beitrag aus dem Kreis der Leserinnen und Leser, auch über Leserbriefe (die sollten möglichst kurz gehalten sein, damit Kürzungen nicht erforderlich sind).

Heft 3/91 zum Thema „Paare“ erscheint Anfang Mai. Das Schwerpunktthema ist redaktionell abgeschlossen. Aktuelle Kurzberichte können bis zum 30. März eingeschickt werden.

Heft 4/91 zum Thema „Gewalt in der Familie“ erscheint Anfang Juli 1991. Redaktionsschluß für Beiträge zum Schwerpunktthema ist der 30. März, für aktuelle Kurzberichte ist es der 2. Mai 1991.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe ist ein Katalog des „Waschbär“-Versandes, Freiburg, beigelegt.

#### pro familia magazin

Ankreuzen und einsenden an:  
Gerd J. Holtzmeier Verlag  
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

#### Fest-Abonnement

Hiermit abonniere ich das *pro familia magazin* ab Heft \_\_\_/ bis mindestens Ende 1991. Das Abonnement verlängert sich stillschweigend von Kalenderjahr zu Kalenderjahr, wenn ich nicht bis 30. September kündige.

● Mit der Abo-Bestätigung erhalte ich ein Heft **kostenlos**.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Dieses Abonnement kann ich innerhalb von 10 Tagen widerrufen. Die Frist ist gewährt, wenn ich innerhalb dieser Zeit den Widerruf absende.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_





# PRO FAMILIA INFORMATIONEN

Die *Pro Familia Informationen* erscheinen als Teil der Zeitschrift *pro familia magazin*. Redaktion der *Pro Familia Informationen* und für den Inhalt verantwortlich: Ausschuß für innerverbandliche Kommunikation (Helga Gluffke, Jürgen Heinrichs, Elisabeth Lutz, Annette Rethemeier, Elke Thoß). Anschrift der Redaktion: *Pro Familia*, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1.

## Die Praxis des § 218 – eine „de facto-Fristenregelung“?

Immer häufiger wird in die erneut eskalierte Diskussion um den § 218 eingebracht, daß wir in der BRD bereits eine verkappte Fristenregelung hätten. Begründung: Jede Frau bekomme einen Abbruch, wenn sie ihn wolle. Diese Äußerungen machen beispielsweise Gynäkologen, oft mit Resignation und Verbitterung wegen ihrer geringen Einflußmöglichkeiten, aber auch Menschen, die für eine liberale Regelung sind und damit ausdrücken, daß die Indikationsregelung in der Praxis gar nicht so schlimm ist und eine Fristenregelung für die Praxis nicht viel ändert. Mit der de facto-Fristenregelung argumentieren aber auch die unterschiedlichen Institutionen und Gruppen, die sich für den „Lebensschutz“ einsetzen, und sie leiten daraus Forderungen nach Verschärfung des § 218 und seiner Durchführungsbestimmungen ab.

Aber ist die Tatsache, daß zum Abbruch entschlossene Frauen Möglichkeiten zur Durchführung des Abbruches suchen und finden, ein Beweis für eine de facto-Fristenregelung? Wer die Praxis des gültigen § 218 mit Indikationsregelung und Pflichtberatung kennt und das Umfeld mit den widersprüchlichen rechtlichen und moralisch-ethischen Stellungnahmen sieht, wird hier vehement widersprechen.

Daß Frauen im Gegensatz zu den Möglichkeiten vor der Reform des § 218 heute einen medizinisch einwandfreien und gesundheitlich schonenden Abbruch vornehmen lassen können, darf nicht darüber hinwegtäuschen, in welcher Gesamtatmosphäre und unter welchen Rahmenbedingungen ein Abbruch erfolgt. Endlose Diskussionen um die Notlagenindikation, der Memminger Prozeß, Planung eines Beratungsgesetzes, eine laufende Normenkontrollklage und vieles mehr einschließlich der Themenbearbeitung in den Medien haben zu einer zunehmenden Verunsicherung aller an einem Abbruch Beteiligten geführt. Es wird für ÄrztInnen und BeraterInnen immer schwieriger, zum Abbruch entschlossenen Frauen in ihrer Not wirklich beizustehen und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß zu handeln, denn es gibt eine umfassende medizinisch-soziale Indikation mit

der Untergruppe Notlagenindikation, und es gibt die Verpflichtung für ÄrztInnen, sich an die Grenzen, aber auch an den Ermessensspielraum der Straffreiheit zu halten und nicht an eigenwillige Auslegungen.

Frauen stehen zunehmend mit ihrer Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch allein und oft im Widerspruch zu ihnen wichtigen Menschen. Konsens im ärztlichen Gespräch entsteht oftmals nur noch, wenn die Frau der Meinung, Abbruch sei unerlaubte Tötung oder gar Mord, auch in ihrem Fall, zustimmt und schuldbewußt und mit dem Gefühl von Versagen und Verantwortungslosigkeit den für sie unausweichlichen Eingriff vornehmen läßt. Ich bin inzwischen überzeugt, daß Frauen im Laufe des Procedere von der Feststellung der Schwangerschaft über ärztliche und sozialrechtliche und psychosoziale Gespräche bis zum Abbruch nicht die informativen Entscheidungshilfen und die Akzeptanz bekommen, die der jetzige § 218 zuläßt und vorschreibt. Dazu gehört nach meiner Meinung auch das Ausstellen einer Notlagenindikation, obwohl eine medizinisch-soziale Indikation gut begründet wäre. Durch dieses Procedere mit zunehmend verunsicherten und ängstlichen Ärzten und Ärztinnen, aber auch unter Druck stehenden BeraterInnen kann es nicht ausbleiben, daß Frauen zwangsläufig Schuldgefühle und depressive Verstimmungen entwickeln müssen, vielleicht aus zunächst nur vagen Gedanken an Schuld oder auch als Verstärkung von bereits vorhandenen Schuldgefühlen. Diese Schuldgefühle mit der häufig auftretenden „normalen“ begründeten und angemessenen Trauer oder in Verbindung mit schon länger bestehenden Konflikten (möglicherweise schon aus der Kindheit, beispielsweise „unerwünschtes Kind“) führen dann zu der sogenannten „depressiven Reaktion nach Schwangerschaftsabbruch“. Das Bedürfnis, einfache Zusammenhänge von Symptom und Auslöser zu erkennen, verhindert dann, daß die Frauen selber und gegebenenfalls ihre Therapeuten und Therapeutinnen bei einer solchen depressiven Reaktion nach Abbruch sorgfältig die verschiedenen Einflüsse von Konflikten vor der

Schwangerschaft, durch das Procedere des Verfahrens und die nicht erwartete oder nicht zugelassene Trauerreaktion erfassen, sondern einfach den Abbruch als Ursache erklären.

Diese oberflächliche Betrachtung dieser depressiven Reaktion hat verschiedene schwerwiegende Folgen: einmal für die betroffene Frau selber, die oft keine angemessene Beratung oder Therapie findet, aber auch für Frauen dadurch, daß nicht intensiv an einer Prävention gearbeitet wird. Diese Diagnose wird unreflektiert und undifferenziert zu den Spätkomplikationen nach Schwangerschaftsabbruch gezählt, und schwangere Frauen mit Überlegungen zum Abbruch werden vor allem auf diese Spätfolgen hingewiesen, sicher mit der Absicht einer abschreckenden Wirkung. So wird durch die Angst vor psychischen Folgen bei einem trotzdem durchgeführten Abbruch bereits der Keim für die Entstehung oder Verstärkung von Schuldgefühlen und depressiven Reaktionen gelegt. Diese Schuldgefühle müssen dann fast zwangsläufig kommen und überwertig wahrgenommen werden, und die Frauen sind ihnen schutz- und widerstandslos ausgeliefert – und dienen dann wiederum als warnendes Beispiel – eine Kette ohne Ende.

Diese Frauen mit psychischen Folgen nach Schwangerschaftsabbruch sind darüber hinaus das ideale Beweismittel für die „Lebensschützer“ und Befürworter von verschärfenden gesetzlichen Maßnahmen. Sie argumentieren mit den lebenslänglichen Schäden, die ein sehr hoher Prozentsatz von Frauen durch einen Schwangerschaftsabbruch angeblich davonträgt.

So haben wir inzwischen eine Praxis des Schwangerschaftsabbruches, bei der die medizinische Durchführung gut ist – bis auf regionale Unterschiede, beispielsweise bei der ambulanten Durchführung –, die psychischen Belastungen aber spiralförmig ständig steigen, so daß ich fast von einem „neurotisierenden System“ sprechen möchte, in dem Frauen genau so gefangen sind wie Ärzte/Ärztinnen und BeraterInnen.

Wie konnte es dazu kommen? Die Re-

form des §218 nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes war ein Kompromiß, der heute von fast allen, auch von Fachleuten unterschiedlicher Standorte als unbefriedigend bewertet wird und sich zunehmend für die Praxis als problematisch darstellt. Beispielsweise ist die Auslegung der Notlagenindikation strittig, wird die „ärztliche Erkenntnis“ und ihre Überprüfbarkeit durch Juristen widersprüchlich gehandhabt. Die unterschiedliche Auslegung des Wortlautes des §218 konnte die alte Diskussion nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern bietet ständigen Anlaß zu erneuten Auseinandersetzungen und politischen Forderungen. Nach dem öffentlich wenig diskutierten Celler Urteil (richterliche Überprüfung der Richtigkeit einer Indikation) wurde erst durch den Memminger Prozeß deutlich, welche Unsicherheit bei der Indikationsfeststellung und ihrer Überprüfbarkeit für Ärzte besteht. In der Öffentlichkeit hat es viel Widerspruch gegen die Praxis des Memminger Prozesses gegeben, aber bis heute gibt es keine eindeutige juristische Stellungnahme, daß Ärzte, wenn sie gemäß ärztlicher Erkenntnis Indikationen feststellen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen Abbrüche durchführen, dies ohne Angst und im Vertrauen auf geltendes Recht tun können. Statt dessen steigt die Verunsicherung bis zu nicht unbegründeten Existenzängsten (letztes Urteil aus Koblenz!).

Diese Situation ist keine de facto-Fristenregelung. Die Fristenregelung gewährt einen von Strafandrohung freien Raum von 12 Wochen, in dem Ärzte und Frauen eine Überprüfung ihrer Entscheidung durch Richter nicht befürchten müssen. Bei der Fristenregelung wird den Frauen zugetraut, aber auch zugemutet, eigenverantwortlich zu entscheiden, und es wird ihnen Beratung bei der Findung oder Überprüfung der Entscheidung und Hilfen angeboten. Diese Beratung muß sich an der Lebenssituation der Frau orientieren, beläßt der Frau letztendlich die Entscheidung und darf keine Verpflichtung zur Einflußnahme haben, wie es zum Beispiel in dem Beratungsgesetz vorgesehen war. Es müßte der Frau auch bewußt werden, daß sie für eine aus späterer Sicht als Fehlentscheidung zu wertenden Entscheidung nicht Berater, Ärzte oder Gesetze verantwortlich machen kann.

Für das Selbstverständnis von Beratung ist jede Form von Zwang problematisch und wird daher abgelehnt. Sollte es jedoch bei neuen gesetzlichen Regelungen, die einer Fristenregelung entsprechen, zu einer Pflichtberatung kommen, müßte als Auftrag sichergestellt werden, daß sie im Interesse der Frau und der Würdigung ihres Selbstbestimmungsrechtes erfolgt und mit der Einsicht, daß letztlich nur die Frau das ungebo-

rene Leben schützen und seine Entwicklung zu einem lebensfähigen Kind gewährleisten kann. In einer Beratung müßte auch sorgfältig auf die Prävention der oben beschriebenen psychischen Spätfolgen geachtet werden.

Nebenbei sei bemerkt, daß Beratung fehlende oder unzureichende sozialen Hilfen nicht ersetzen kann und daß Beratung im Procedere und Entscheidungsprozeß immer relativ spät erfolgt – entscheidend für die Entstehung und Verarbeitung eines Schwangerschaftskonfliktes ist, wie einer Frau die ungeplante und unerwünschte Schwangerschaft mitgeteilt wird und wie in dieser Situation mit der Frau und der Unerwünschtheit umgegangen wird. Studien über das Leben nach unerwünschten, aber ausgetragenen Schwangerschaften bei Frauen und Kindern zeigen, daß hier über lange Zeit auch nach dem Ja zu der Schwangerschaft eine intensive Betreuung notwendig wäre.

Zusammenfassend ist zu sagen: Es müßte endlich eingesehen werden, daß durch strafrechtliche Maßnahmen Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindert werden und daß die gegenwärtige Praxis des §218 so belastend, verunsichernd und vieldeutig ist, daß endlich klare Bestimmungen, beispielsweise durch eine Fristenregelung notwendig sind. Mit einer gut verständlichen Regelung verbunden sein muß eine Information der Frauen über ihre Rechte und deren Grenzen, aber auch der deutliche Hinweis an Ärzte und Ärztinnen, daß diese gesetzlichen Regelungen unabhängig von persönlichen ethischen Vorstellungen zu respektieren und der Frau nicht vorzuenthalten sind. Denn täuschen wir uns nicht, auch bei einer Fristenregelung oder dem 3. Weg von Frau Süßmuth bleiben Autorität und Autoritätsmißbrauch und der Einfluß von Ärzten groß und Frauen von ihnen abhängig!

Wir haben keine de-facto-Fristenregelung, sondern eine höchst komplizierte und auslegungsfähige Indikationsregelung, die bis heute nicht einmal zu einheitlichen Bestimmungen für alle Bundesländer geführt hat, statt dessen zu einem Abtreibungstourismus in Süd-Nord-Richtung, der sicher größer ist als ein denkbarer Tourismus in West-Ost-Richtung nach der Vereinigung.

Der Behauptung einer de facto- oder verkappten Fristenregelung muß energisch widersprochen werden, sie ist unsachlich und verkennt oder bagatellisiert die wahre Situation des Schwangerschaftsabbruches in der bisherigen Bundesrepublik.

*Eleonore Adam*

*Pro Familia-Landesverband Schleswig-Holstein*

(Dieser Artikel ist ebenfalls erschienen in: Ärztin Nr. 11/1990)

## IPPF-Zentralrat geht in die Offensive

Vom 16. bis 18. November 1990 veranstaltete der Zentralrat (Central Council) des Internationalen Verbandes für geplante Elternschaft (International Planned Parenthood Federation – IPPF) in Nordwijk/Niederlande seine Jahrestagung. Dieses Gremium setzt sich aus stimmberechtigten Vertretern/innen aller IPPF-Regionen zusammen. Aber auch viele Mitarbeiter/innen nehmen an den Zentralrats-Tagungen teil.

Der größte Teil der verfügbaren Zeit wurde auf detaillierte Berichte aus den Regionen verwandt. Dies hat sich bewährt. Die ausführliche Behandlung der unterschiedlichen Ausgestaltung von Familienplanungsaktivitäten in den verschiedenen IPPF-Regionen ermöglicht nützliche Vergleiche und Bewertungen. Von der Europa-Region wurde besonders darauf hingewiesen, daß im Bereich der Familienplanung und Sexualität wichtige gesellschaftliche Probleme, Aufgaben und Auseinandersetzungen nicht nur in Osteuropa bestehen und zu lösen sind.

Neben einer Reihe von Berichten und jährlich üblichen Aktivitäten, einschließlich der generellen Planung und Verabschiedung des Haushalts, standen die Herausforderungen des neuen Jahrzehnts auf der Tagesordnung.

Für die IPPF gehört dazu, Selbstbestimmung als Menschenrecht insbesondere für Frauen zu erkämpfen, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern und gegen gesundheitliche Gefahren anzugehen, die mit Mutterschaft verbunden sein können (safe motherhood). Auch das Verhältnis von Umwelt und Familienplanung war Thema einschließlich der Einschränkung der Fertilität durch Gifte und Schadstoffe. Die Beweggründe von Gruppen, sich öffentlich gegen Familienplanungsaktivitäten zu wenden, wurden ebenfalls diskutiert.

Neue Erkenntnisse über Methoden der Kontrazeption, ihre Anwendung und Nebenwirkung sowie ihre Bedeutung für Frauen und Männer wurden zur Diskussion gestellt. Ein Bericht aus China über gute Erfolge mit einer neuen Methode zur Sterilisation des Mannes fand besondere Beachtung.

Der Afrikaner Fred T. Sai, seit einem Jahr Präsident der IPPF, erhielt Zustimmung für seine Forderung, daß das Verhältnis von organisierter Familienplanung und Abtreibung wieder beachtet und neu geklärt werden muß. Es wurde festgestellt, daß der Zu-



gang zu einem gesundheitlich schonenden Schwangerschaftsabbruch als ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Gesundheitsversorgung anzusehen ist. Der Schwangerschaftsabbruch ist für die IPPF im wesentlichen ein Gesundheits- und kein ideologisches Thema. Auch in Fällen illegaler Schwangerschaftsabbrüche setzt sie sich dafür ein, daß Frauen gesundheitlich schonend und menschlich würdevoll behandelt werden.

Zur Frage des Menschenrechts faßte der Zentralrat folgenden wichtigen Beschluß: Die IPPF soll ein Verfahren entwickeln, um Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Familienplanung untersuchen und ihnen begegnen zu können.

Jürgen Heinrichs  
Stellvertretender Vorsitzender des  
Zentralrats der IPPF

## Adressen der Landesverbände

### Baden-Württemberg:

7000 Stuttgart 1  
Schloßstraße 60  
Telefon (0711) 61 7543

### Bayern:

8000 München 40  
Türkenstraße 103/I  
Telefon (089) 39 9079

### Berlin:

1000 Berlin 30  
Ansbacher Straße 11  
Telefon (030) 213 9013

### Bremen:

2800 Bremen  
Stader Straße 35  
Telefon (0421) 49 1090

### Hamburg:

2000 Hamburg 13  
Teesdorfstraße 8  
Telefon (040) 44 19 53 22

### Hessen:

6000 Frankfurt/Main 1  
Schichaustraße 3-5  
Telefon (069) 44 7061

### Niedersachsen:

3000 Hannover 1  
Am Hohen Ufer 3 A  
Telefon (0511) 36 3608

### Nordrhein-Westfalen:

5600 Wuppertal 2  
Loher Straße 7  
Telefon (0202) 89 821 22

### Rheinland-Pfalz/Saarland:

5600 Mainz, Schillerstraße 24  
Telefon (06131) 22 5022

### Schleswig-Holstein:

2390 Flensburg,  
Am Marienkirchhof 6  
Telefon (0461) 8 69 30

## Fortbildung für MitarbeiterInnen aus Familienplanungszentren

# Nach-Denken über Fortbildungskonzepte

Fortbildung für MitarbeiterInnen aus FPZs – eine Forderung, die auf den FPZ-September-Treffen seit Jahren geäußert wurde. Sie wurde immer wieder dann laut, wenn wir Themen mangels Zeit nicht ausdiskutieren konnten oder nicht weiterkamen, weil es einer Vorbereitung bedurfte hätte. Alle anderen Berufsgruppen innerhalb der Profa haben ihre Fortbildungen: Wir jedoch, die MitarbeiterInnen der FPZ's, die wir doch das *machen*, worüber die anderen nur *reden*, wir haben keine.

Mit einer Auflistung unserer Themenwünsche und Vorschläge für Referentinnen und Teamerinnen wurde unsere Forderung auf den Weg gebracht und über Ausschüsse hingetragen zum Bundesverband. Nach 2 Jahren war es dann soweit: Das erste Fortbildungswochenende war ausgeschrieben. Prima – die Idee, eine von „drinnen“ und eine von „draußen“ als Teamerin zu haben, war aufgegriffen worden. Mit der Anmeldebestätigung gab's dann die ersten Überraschungen: frau konnte lesen, daß nunmehr 2 FPZ-fremde Frauen die Fortbildung leiten würden. Ohne Erklärung.

Wenige Tage vor dem Wochenende flatterte dann noch ein Brief ins Haus, der uns Teilnehmerinnen daran erinnerte, Massageöl, Schere für Collagen, Decken etc. mitzubringen. Stirnrunzeln, Nackenkräuseln. Ich hatte mich auf Köpfchen eingestellt und nun: Massage – Collage? Na, lassen wir's rankommen!

Das Thema des Wochenendes war nun also „Betreuungskonzepte in Familienplanungszentren“. Obwohl von Anfang an deutliche Skepsis und Widerstand zu spüren war, gelang es den beiden Teamerinnen, mit uns eine Annäherung an den Begriff „Betreuung“ zu erarbeiten. Wir tasteten uns auch an durchaus heikle Themen wie „Machtgefälle innerhalb des med. Teams“ (sprich: zwischen ÄrztIn/Assistentin/Betreuerin) heran und konnten uns auf ein Stück Auseinandersetzung mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch einlassen – als Medium dienten erarbeitete Collagen.

Immer wieder brachen in die Arbeitsphasen Widerwille – Skepsis – Unwirschheit ein, die irgendwann auch thematisiert wurden. Wir äußerten unsere Kritik an der „Fehlbesetzung“, womit wir nicht die Teamerinnen persönlich meinten.

Für mich hat die Fortbildung folgendes „gebracht“:

- den Blick geschärft für die unterschiedlichen Arbeitsfelder, Arbeitsabläufe und deren Wertigkeit;
- ich registriere viel deutlicher als früher die Ähnlichkeit der Arbeit rund um den Abbruch mit der einer Hausfrau

Für mich ganz persönlich war es ein nettes Wochenende. Das Erlernte und Erfahrene ist wenig greifbar und benennbar.

Fragen für die Zukunft tun sich auf: Wie wünsche ich mir Fortbildung für FPZ's, oder, halt, stop – vorher ansetzen: Wollen wir, brauchen wir Fortbildungen? Wenn ja, welche Themen könnten unsere sein? Und wer kann uns (uns, den Abbruchexpertinnen) etwas beibringen?

Wie läßt sich ein Fortbildungskonzept entwickeln, das der Verschiedenheit der FPZ's gerecht wird? Wer ist denn gemeint? Das sog. „med. Hilfspersonal“, also jene beim Abbruch mitarbeitenden, assistierenden, betreuenden Frauen, die als Krankenschwestern, Hebammen, Arzthelferinnen für den med. Bereich eingestellt wurden; die ÄrztInnen (von denen „zufällig“ in Wiesbaden keine anwesend waren, was einige der Teilnehmerinnen sehr bedauerten, andere so erwartet und auch gewünscht hatten); all die anderen MitarbeiterInnen der Zentren, die, als Soz.päd., Dipl.Päd., PsychologInnen eingestellt, neben anderen Arbeitsbereichen *auch* ein paar Stunden im Abbruchbereich arbeiten?

Bei dieser Beschreibung fallen mir gleich eine Reihe von Themen ein, die immer wieder angetippt, aber im wesentlichen umschiffert werden: Arbeitsteilung, Struktur der FPZ's, Hierarchie, Wertigkeit der verschiedenen Arbeitsbereiche, physische und psychische Belastung, Arbeitsplatzbeschreibung und Honorierung und – last not least – Konkurrenz.

Aber – so spannend diese Themen auch klingen – gehören Auseinandersetzungen und Diskussionen darüber in eine Fortbildung? Sind es nicht Themen, für die auf den FPZ-Treffen Platz sein sollte, weil zu deren Diskussion auch und vor allem die „Leitungspersonen“ der FPZ gehören – und nicht nur die „Krankenschwestern“!?

Was also könnte in Fortbildungsveranstaltungen erarbeitet werden? Vielleicht lohnt

ein Nachdenken über Themengebiete, in denen wir nicht per se „die Expertinnen“ sind. Fortbildung in Bereichen unserer Arbeit, die eher im Hintergrund bleiben.

Es gibt hier natürlich eine Vielzahl von Themen. Würde aber eine Woche FPZ-Treffen, in der Austausch, Referate, Informationen und Diskussionen ihren Platz haben, nicht die beste Lösung sein? Halten wir an unserem Wunsch nach einer Fortbildung fest, weil wir natürlich nicht eine Woche lang „den Laden“ dicht machen können und wir so wenigstens auf 2 Wochenenden pro Jahr für uns kommen?

Rosemarie Kaiser  
(überarbeitet von Daniela Wolf)  
beide Pro Familia Kassel

### Mitgliederversammlung befaßt sich mit Fusion Pro Familia / Ehe und Familie

Im Mittelpunkt der Diskussion der diesjährigen Mitgliederversammlung am 4./5. Mai in Frankfurt-Höchst stehen das Zusammengehen der Pro Familia mit ihrer Schwesterorganisation Ehe und Familie und die Perspektiven gesamtdeutscher Familienplanungsarbeit.

Das vorliegende pro familia magazin enthält zahlreiche Beiträge, vor allem aus den neuen Bundesländern, die den bisherigen Entwicklungsstand dokumentieren und die sich für die Vorbereitung der Diskussion besonders gut eignen. Verwiesen sei hier aber auch nochmals auf die gemeinsame Erklärung von Pro Familia und Ehe und Familie im pro familia magazin 6/90 sowie auf den Beitrag von Monika Simmel-Joachim „Die Folgen der deutschen Einigung für Pro Familia“ im pro familia magazin 1/91.

Alle Ehe und Familie-Landesverbände sind zur Mitgliederversammlung '91 eingeladen. Die Landesverbände Sachsen und Thüringen haben bereits den Namen Pro Familia übernommen. Der Landesverband Sachsen hat außerdem seine Mitgliedschaft im Bundesverband beantragt. Eine Prüfung der Satzung hat ergeben, daß keine vereinsrechtlichen Einwände existieren. Mit Erscheinen dieses pro familia magazin wird es also wahrscheinlich einen neuen Landesverband im Pro Familia-Bundesverband geben. Für beide Familienplanungsorganisationen ist bereits jetzt nichts mehr so, wie es war. Wie es weitergehen soll, dazu wird sicherlich die Mitgliederversammlung wichtige Weichen stellen.

Die Einladung mit Tagesordnung wird bis spätestens 28. März über die Landesgeschäftsstellen an alle Delegierten und Vorsitzenden der Landesverbände verschickt. Wer interessiert ist, als Gast teilzunehmen, wende sich bitte schriftlich an Michael Altmann in der Pro Familia-Bundesgeschäftsstelle, Cronstettenstr. 30, 6000 Frankfurt 1.

## Fachtagung des Landesverbands Bayerns

# Kinderlosigkeit und Fortpflanzungsmedizin

Unter dem Motto „Beratung im Spannungsfeld von Kinderlosigkeit und Fortpflanzungsmedizin“ stand eine Fachtagung des Landesverbandes Bayerns Ende vergangenen Jahres. Der Plan zu dieser Tagung ging hervor aus einem Arbeitskreis des Landesverbandes, in dem sich VertreterInnen der sieben Ortsvereine seit etwa einem Jahr zu Erfahrungs- und Literaturtausch sowie zur Diskussion des Pro Familia-Standpunktes regelmäßig trafen.

Zur Entwicklung einer fundierten eigenen Stellungnahme schien uns weiterer qualifizierter Input notwendig. Außerdem war uns wichtig, als Pro Familia in Bayern zu diesem sehr vielschichtigen Thema ein Forum für Fortbildung und Auseinandersetzung anzubieten, um uns als kompetenter Fachverband auch auf diesem Gebiet in Erinnerung zu rufen. Beides bewerten wir als gelungen.

Die Tagung war in zwei Blöcke aufgeteilt, von denen der erste in Bamberg (aus Anlaß der 10-Jahresfeier des Ortsvereins und der damit verbundenen Imagepflege der Beratungsstelle) stattfand und der zweite in München (weil sich der unterstützend mitwirkende Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern, mit einer ausschließlichen Provinzveranstaltung nicht anfreunden konnte).

Der Bamberger Teil begann mit einem sehr anschaulichen und informativen Lichtbildervortrag von Dr. Heribert Kentenich von der Universitätsfrauenklinik Berlin, der aus der Sicht des Psychosomatikers einen Überblick gab über Ursachen von Sterilität und Infertilität, über diagnostische und therapeutische Verfahren sowie speziell über die Methode der In-vitro-Fertilisierung, ihre Indikationen, Erfolgsraten und Risiken. Er plädierte für ein Verbleiben im homologen System, Zurückhaltung der Mediziner gegenüber dem technisch Machbaren, scharfe Abgrenzung zur Gentechnik und für eine erweiterte psychologische Betreuung – nicht nur der Kinderwunscha-paare, sondern auch der behandelnden Ärzte.

Aufgehoben wurde die Grenze zur Gentechnik im folgenden Vortrag von Dr. Elisabeth Beck-Gernsheim von der Universität München. Aufbauend auf einem kulturhistorischen Überblick über den Wandel von Elternschaft entwarf sie ein Szenario, in

dem zukünftig verantwortungsvolle Elternschaft gleichgesetzt werden könnte mit dem Zwang zur Produktion optimaler Kinder. Die Ausweitung der pränatalen Diagnostik erscheint dabei als Indiz für die Entwicklung zu einem neuen gesellschaftlichen Biologismus.

Die umweltbedingten Ursachen zunehmender ungewollter Kinderlosigkeit in den modernen Industriegesellschaften standen im Mittelpunkt des Vortrages von Dr. Jutta Walter vom medizinischen Ausschuß im Fachgebiet Familienplanung und Gesundheit des Pro Familia-Bundesverbands. Dargestellt wurde ein breites Spektrum häufig kumulativ wirkender Faktoren, von Lärm und Streß über Abgase, Industrieemissionen bis hin zu Pestiziden und Herbiziden. Ein weiterer Schwerpunkt des Referats lag in den psycho-sozialen Auswirkungen medizinisch-technischer Lösungsversuche aus der Sicht der Erfahrungen in der Pro Familia-Beratung.

Der Münchner Teil der Tagung begann mit einer Einführung in juristische und damit auch gesellschaftspolitische Aspekte der medizinischen Kinderwunschbehandlung. Die Juristin Manuela Gerhard von der Universität Passau faßte das neue Embryonenschutzgesetz zusammen, verwies auf nach wie vor ungelöste Probleme vor allem im Bereich heterologer Verfahren und auf den unzureichenden Mißbrauchsschutz im ärztlichen Berufsrecht, da dieses von den MedizinerInnen selbst gesetzt und gesamtgesellschaftlich nicht demokratisch legitimiert sei. Der vordergründige Widerspruch zwischen Embryonenschutzgesetz einerseits und § 218 andererseits wurde in dem Vertrag dahingehend aufgelöst, daß es in dem Embryonenschutzgesetz nicht um den individuellen Schutz der jeweils einzelnen Embryonen, sondern vielmehr um den Schutz der Menschheit gehe vor Eingriffen in ihre genetische Determination.

Die Folgen lustloser Elternschaft ohne sexuell-libidinöse Zeugung standen im Zentrum des Vortrags von Dr. Gerhard Amendt von der Universität Bremen. Hermeneutisch abgeleitet aus einer psychoanalytisch orientierten Kulturkritik stellte er die These auf, die Heilungsangebote der Reproduktionsmedizin seien letztendlich krankmachend und menschenzerstörend. Die fort-dauernde narzistische Kränkung der El-



tern, Entwicklungsstörungen und Identitätsprobleme der Kinder rechtfertigten die Frage, ob es legitim sei, den Fortschritt der Medizin nach der Zahl der produzierten Kinder zu messen, statt die psychische Befindlichkeit der von ihren Erfolgen und Mißerfolgen betroffenen Menschen zu bewerten.

Auf beiden Teilen der Tagung bestand in dreistündigen Workshops die Möglichkeit, die Auseinandersetzung mit den Themen der Vorträge zu vertiefen. Besonders intensiv waren die Workshops der Diplompsychologinnen Andrea Patzer aus Hamburg und Dr. Christine Hölzle aus Münster, in denen viel Raum für Selbsterfahrungselemente bezüglich des eigenen Umgangs mit (Un-)Fruchtbarkeit, sowie der eigenen Rolle als BeraterIn gegeben war.

Die Tagung war ein Erfolg. Wir haben viele Anregungen erhalten für unsere Weiterarbeit im Arbeitskreis. Wir sind in Austausch getreten mit KollegInnen aus dem Nicht-Pro Familia-Bereich und aus dem ganzen Bundesgebiet.

Wir haben viel gelernt über Planung, Organisation und Finanzierung einer Tagung, auch wenn es uns nicht ganz gelang, ein Defizit zu vermeiden, und all das nur möglich war, weil einige Leute einen großen Teil ihrer Freizeit in das Projekt investiert haben.

Gewünscht hätten wir uns eine größere TeilnehmerInnen-Zahl, enttäuscht waren wir über das absolute Desinteresse der niedergelassenen Ärzteschaft.

Mit Genugtuung hat uns nicht zuletzt erfüllt, daß in Bamberg, in dieser Stadt, die 10 Jahre lang versucht hat, Pro Familia zu ignorieren, der Oberbürgermeister sich schriftlich entschuldigt hat, weil er aus Zeitgründen kein Grußwort sprechen konnte und daß tagelang an allen Kreuzungen und Einfahrtsstraßen große knallgelbe Schilder hingen mit Hinweisfeilern und der Aufschrift „Pro Familia-Tagung“.

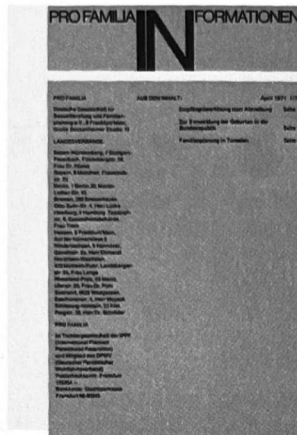
Jutta Franz  
Pro Familia Landesverband Bayern

## Wir gratulieren

Bernhard Braunschweig (Hamburg), Vorsitzender des Pro Familia-Landesverbandes Hamburg und Schatzmeister des Bundesvorstandes der Pro Familia, wird am 20. März 60 Jahre alt.

Prof. Dr. Lykke Aresin (Leipzig), Vorsitzende des Landesverbandes Pro Familial Ehe und Familie in Sachsen, konnte am 2. März ihren 70. Geburtstag feiern.

## Zwei Jubiläen hat unsere Zeitschrift in diesen Wochen



Gleich zwei Jubiläen kann unsere Zeitschrift in diesen Wochen feiern: Anfang 1971 erschienen erstmals die „Pro Familia-Informationen“ (links die Titelseite der Ausgabe 1, der eine schreibmaschinengeschriebene Ausgabe 0 vorangegangen war). 1981 dann fusionierten die „Informationen“ mit der Zeitschrift „Sexualpädagogik“ zu „Sexualpädagogik und Familienplanung“ (siehe Ausgabe 1/81 Mitte). Seit September 1983 lautet der Name „pro familia magazin“ (siehe Bild rechts). Dr. Jürgen Heinrichs ist seit Anbeginn Mitglied der Redaktion, also seit 20 Jahren. Inge Nordhoff und Gerd J. Holtzmeier sind seit 10 Jahren dabei.

(Daß im Impressum 19. Jahrgang steht, hat einen simplen Grund: Wegen des Versandes als Postvertriebsstück mußte der Verlag die Jahrgangsnumerierung fortsetzen, wie sie die frühere Zeitschrift „Sexualpädagogik“ hatte).



## Pro Familia Vertriebsgesellschaft informiert:

**Pro Familia-RFSU-Kondome:** Für 1991 planen wir zwei neue Marken einzuführen: *Cho San*, das dünnere Condom, und *Safe Sex*, das neue Condom für junge Leute. Ab sofort erstmals *Black Jack* als T-shirt schwarz, mit Aufdruck 1a Baumwollstoffqualität in den Größen S, L und XL (19,80) erhältlich.

Übrigens finden Sie unsere RFSU-Kondome auch im Katalog der Fa. Waschbär Versand Freiburg (siehe Beilage in diesem Heft).

**Frankfurter Frühjahrsmesse:** Neue Condomgeschenkartikel, Condom anders verpackt immer noch im Trend. Qualität setzt sich durch: Harlekin Geschenke erstmals mit unseren RFSU-Kondomen!!

**Neue Videos:** Rote Grütze „Darüber spricht man nicht“ – Aufzeichnung des Theaterstücks (siehe Seite 26). Unser Kinderaufklärungsvideo „Wo komm ich eigentlich her?“ nun in überarbeiteter Fassung lieferbar (Preis DM 49,-).

Neue Filme in Vorbereitung: Aufklärung für Kinder und Jugendliche in der (Vor-)

Pubertät und ein Film für Jugendliche zu Aids (beide Zeichentrick). Verkaufsbeginn im Sommer.

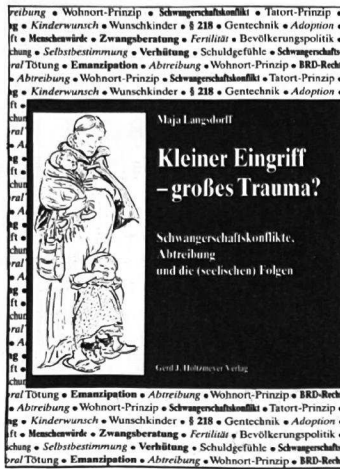
**Bundesarbeitstagung 1991:** Besuchen Sie unseren Stand 4./5. Mai in Frankfurt/M – Höchst.

**Wir über uns:** Neue Mitarbeiterinnen: Ruth Moritz (Verkauf und Versand seit 1. 11. 90) und Gisela Schröder (Rechnungswesen und Versand seit 1. 1. 91). Da wir räumlich aus allen Nähten platzen, werden wir Büro, Lager und Versand ausgliedern und in neuen Räumen in der Nähe der *Condomeria* unterbringen. Unser einzigartiger Laden bleibt, wird schöner und hat dann mehr Platz.

Fragen, Ideen, Anregungen und natürlich Bestellungen an:

Pro Familia-Vertriebsgesellschaft mbH & Co  
KG, Gutleutstr. 139  
6000 Frankfurt/Main 1  
Tel. 069/25 1930  
Fax 069/237227

# Soeben erschienen



Maja Langsdorff

## Kleiner Eingriff – großes Trauma?

Schwangerschaftskonflikte,  
Abtreibung und  
die (seelischen) Folgen

Können Abtreibungen seelisch krankmachen? Immer wieder hört und liest man davon, daß Frauen, die ihre ungewünschte Schwangerschaft abbrechen lassen, Depressionen und andere psychische Probleme drohen. Das Risiko einer gefühlsmäßigen Irritation nach einer Abtreibung besteht tatsächlich, doch es ist nicht schicksalsbedingt. Meist sind die seelischen Schwierigkeiten, die Frauen „danach“ beklagen, hausgemacht oder zumindest durch eine Vielzahl von Faktoren provoziert. Manche Depression, manches Schuldgefühl und manches Absinken der Selbstachtung wäre vermeidbar, würden Mutterschaft einerseits und das „Nein“ zum Kind andererseits nicht unter ideologischen und moral-ethischen Aspekten zu Weltanschauungsfragen hochstilisiert. Entgegen allen anderslautenden Gerüchten haben nur wenige Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch – vorübergehend – seelische Beschwerden. Den meisten Frauen bleibt allerdings die Zeit „davor“ viel frischer und viel grausamer im Gedächtnis haften – die Zeit der Angst, der Konflikte, des Zeitdrucks, des Entscheidungszwangs, der Organisation. Das wird in diesem Buch dargelegt.

Broschur  
ISBN 3-923722-39-7

180 Seiten  
DM 26,80



## Sexualität BRD/DDR im Vergleich

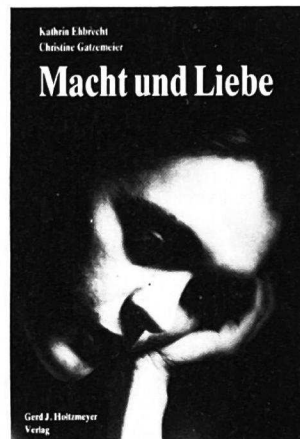
Im Juli 1990 trafen sich in Bad Nenndorf über 200 Frauen und Männer aus der früheren BRD und der früheren DDR zu einer Tagung unter dem Motto „Sexualität BRD/DDR im Vergleich“. Es war das erste und letzte Mal, daß sich Fachfrauen und -männer aus den beiden deutschen Staaten trafen, um Fragen wie gesellschaftliche Normen, rechtliche Regelungen und professionelle Praxis zu diskutieren. Die Referentinnen und Referenten aus beiden Staaten wußten zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß sie ab 3. Oktober 1990 Bürgerinnen und Bürger ein und desselben Staates sein würden. Die in diesem Band wiedergegebenen Vorträge sind daher eine sicher einzigartige Dokumentation zu diesem Thema aus jener kurzen Zeitspanne, als es zwei demokratische deutsche Staaten gab. Die Referate geben Rückschauen auf die Entwicklungen in den beiden Staaten, weisen aber auch Perspektiven auf. Veranstalter war der Pro Familia-Landesverband Niedersachsen (auch Herausgeber dieses Bandes) zusammen mit der Leitstelle Leipzig für Ehe- und Sexualberatung, der Abteilung Sexualmedizin der Medizinischen Akademie Magdeburg sowie dem Arbeitsbereich Sexualmedizin der Medizinischen Hochschule Hannover.

Broschur  
ISBN 3-923722-40-0

448 Seiten  
DM 33,—

Fördern Sie unseren Prospekt „Frauen-/Männer-Sexualität, Familienplanung, Beratung, Empfängnisverhütung“ an. Bücher aus dem Verlag, in dem auch alle zwei Monate das *pro familia* magazin erscheint.

Gerd J. Holtzmeier Verlag, Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig



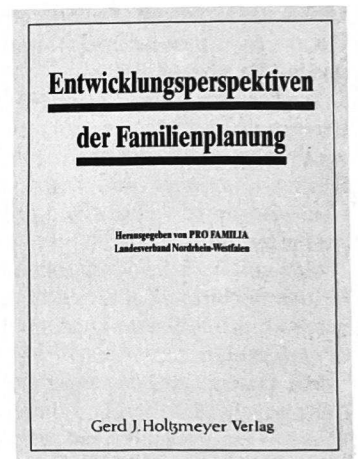
Kathrin Ehbrecht  
Christiane Gatzemeier

## Macht und Liebe

Anhand von mehreren Frauen geschilderter Erfahrungen wird deutlich, welche Bedingungen zur paradoxen Beziehungsrealität „Macht und Liebe“ führen, wie Frauen zu ihrer eigenen Reduzierung beitragen, indem sie Diskrepanzen mit dem Mantel der Liebe verdecken und so zur Aufrechterhaltung einer sie belastenden Beziehung beitragen. Welche Chancen haben Frauen, sich aus dieser Verstrickung zu befreien, ohne auf gesellschaftsverändernde Momente warten oder psychoanalytische Studien betreiben zu müssen?

Broschur  
ISBN 3-923722-35-4

128 Seiten  
DM 26,80



## Entwicklungsperspektiven der Familienplanung

Dieser Sammelband enthält die Referate, die von Fachfrauen und -männern während einer Tagung des Pro Familia-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Herbst 1989 gehalten wurden. Alles in allem eine bislang einzigartige Bestandaufnahme der aktuellen Diskussion um Familienplanungsarbeit in Gegenwart und Zukunft. Mit Beiträgen von: Gerhard Amendt, Elisabeth Beck-Gernsheim, Ute Fritsche, Sylvia Groth, Hermann Heinemann, Jürgen Heinrichs, Evert Ketting, Franz Mechsner, Rosenmarie Nave-Herz, Roscha Schmidt, Michael Schröter, Kristine von Soden, Hanna Staudt, Elke Thoß.

Broschur mit 14 Abb.,  
ISBN 3-923722-28-1

104 Seiten  
DM 20,—